



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 77. Sitzung - Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 3. Dezember 2015, 11.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- H. K., BND, Referatsleiter T2A (Beweisbeschluss Z-96)	4
- MDgt Jürgen Schulz, AA, Unterabteilungsleiter 2-B-1 (Beweisbeschluss Z-106)	42
- A. Sch., BND, Verbindungsmann BfV (Beweisbeschluss Z-112)	siehe Protokoll 77 II

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herr H.K. (Anlage1) sowie des Zeugen Herrn Jürgen Schulz (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D.
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Heyer, Christian Wassermann, Friedrich
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Keller, Dr. Iris Leopold, Nils



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Neist, Dennis Pabst, Daniel Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akman, Torsten Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Gierth, Sonja Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Heino Unterlöhner, Dr. Ulrike
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat

LV Hessen	Schmitt, Harald Steinbach, Arvid
-----------	-------------------------------------



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 77. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich an dieser Stelle, wie jedes Mal, besonders herzlich begrüßen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die diejenigen, die regelmäßig hier sind, schon genau kennen müssten.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ich bitte, dies also zu beachten.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- H. K., BND, Referatsleiter T2A
(Beweisbeschluss Z-96)
- MDgt Jürgen Schulz, AA,
Unterabteilungsleiter 2-B-1
(Beweisbeschluss Z-106)
- A. Sch., BND, Verbindungsperson BFV
(Beweisbeschluss Z-112)

Der Beweisbeschluss Z-96 stammt vom 02.07.2015, der Beweisbeschluss Z-106 vom 15.10.2015 und der Beweisbeschluss Z-112 vom 25.11.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung von H. K., Jürgen Schulz und A. Sch. als Zeugen.

Zunächst werden die Zeugen mit Ausnahme von Herrn A. Sch. hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss finden die nichtöffentlichen Vernehmungen statt.

Vernehmung des Zeugen

H. K.

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen H. K.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr K., Sie haben die Ladung am 30. November 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen. Seien Sie herzlich begrüßt.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Protokollierung dieser Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann auch gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, dann 14 Tage Zeit, Änderungen oder Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen und das zurückzusenden. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge H. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf dann bitten, da Sie von einem Rechtsbeistand begleitet sind, dass auch der Rechtsbeistand sich kurz vorstellt. Herr Eisenberg, bitte.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Vor Ihrer Anhörung, Herr K., habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortführen kann und Ihnen dann die Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge H. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, bei dem Sie auf alle aus Ihrer Sicht relevanten Dinge zum Untersuchungsgegenstand Stellung nehmen können, ohne von Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge H. K.: Ebenfalls nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, unter der wir Sie erreichen können. Dafür bitte das Mikro anschalten.

Zeuge H. K.: Habe ich bereits. - H. K., wie schon gesagt. Ich bin beschäftigt beim Bundesnachrichtendienst in Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann bitte ich Sie, wenn Sie dies wünschen, ein Eingangsstatement abzugeben, also zum Untersuchungsgegenstand in Gänze, wenn Sie dies möchten, im Zusammenhang vorzutragen. Dann werden Sie auch nicht durch Fragen unterbrochen, wenn Sie dies wollen, natürlich nur.

Zeuge H. K.: Nein, ich verzichte darauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung?

Zeuge H. K.: Ich verzichte darauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, so hatte ich es auch gehört. Ich wollte nur noch mal nachfragen. - Dann hätte ich einige Fragen an Sie. Mich würde zuerst interessieren, welche Ausbildung Sie denn genossen haben, bevor Sie zu Ihrer jetzigen Position gekommen sind.

Zeuge H. K.: Ich bin Diplomingenieur für Luft- und Raumfahrttechnik, habe in der Industrie dann gearbeitet, wurde vom BND angeschrieben.

(Zuruf des Abg. Christian
Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

- Bitte?

(Christian Ströbele (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN):
Können Sie mal ins Mikro-
fon sprechen?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ja. - Entschuldigung, Herr Ströbele. - Also, ich bin Diplomingenieur für Luft- und Raumfahrttechnik, habe in der Industrie gearbeitet, wurde vom BND angeschrieben, ob ich für sie arbeiten will, bedingt durch meine Ausbildung. Habe in der Zeit dann die ersten 15 Jahre in der Auswertung gearbeitet, habe dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das, als Sie Ihr Studium abgeschlossen haben und vom BND angeschrieben wurden?

Zeuge H. K.: Ist das wirklich wichtig?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist wichtig, weil es um die fachliche Expertise geht. Wenn das 1912 gewesen ist, ist das was anderes von der Erkenntnis her, die Sie haben, als wenn es 1980 war.

Zeuge H. K.: Mit 1912 hätte ich mich gut gehalten. - 84.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 84. Danke schön. - Es geht mir jetzt also nicht darum, Ihr privates Leben auszuforschen, sondern um die Fragen, die wir hinterher stellen können. Deswegen frage ich auch nach Ihrer Ausbildung. Wenn Sie ein Jurist sind, dann sind das andere Fragen, als wenn Sie ein E-Techniker sind oder ein Nachrichtendienstler, der früher bei der Telekom gearbeitet hat. Das sind so Hintergrundfragen; deswegen.

Zeuge H. K.: Ich habe ja, wie schon gesagt, bis 2001 in der Auswertung gearbeitet, habe dann zur technischen Aufklärung gewechselt und bin dort seit diesem Zeitpunkt tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also von 1984 ununterbrochen bis 2001 in der Auswertung.

Zeuge H. K.: Nein, 85 habe ich erst beim - - Ich wurde angeschrieben 84, und es hat noch eine Weile gedauert, bis ich -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - die Einstellung erfolgte.

Zeuge H. K.: - mich dann durchgerungen hatte, für unseren Verein zu arbeiten, und ich kam dann zum 1. April 85 zum Bundesnachrichtendienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dann, ab 85, kontinuierlich in der Auswertung?

Zeuge H. K.: Ja, bis 2001.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Abteilung TA ist das dann?

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein. Auswertung ist was anderes -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sagen Sie es mir.

Zeuge H. K.: - als technische Aufklärung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, in welcher Abteilung waren Sie dann, wenn Sie nicht TA waren?

Zeuge H. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In welcher Abteilung waren Sie dann, wenn es nicht TA war?

Zeuge H. K.: Die heißt jetzt TW.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: TW. - Waren Sie in der Zeit, also bis 2001, zeitweise in den USA?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja?

Zeuge H. K.: Ja, regelmäßig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Regelmäßig. - Aber jetzt nicht im Sinne von einem längeren, mehrmonatigen Aufenthalt? Das war dann zu Besuchen?

Zeuge H. K.: Nur zu Besprechungen, wenige Tage bis zu wenigen Wochen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - „bis zu wenigen Wochen“ heißt: zwei, drei, vier Wochen?

Zeuge H. K.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also vier Wochen auch schon?

Zeuge H. K.: Nein, vier Wochen habe ich nie erreicht, aber 14 Tage bis knapp drei Wochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - War das in Ihrer Zeit, als Sie Referatsleiter T2C waren?

Zeuge H. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein? Davor?

Zeuge H. K.: Die Zeit war zwischen 2003 und 2009. Und in der Zeit war ich zwar auch in den USA, aber dann nur ein oder zwei Tage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es war im Grunde davor. In welcher Funktion waren Sie dann in den USA?

Zeuge H. K.: Im Rahmen meiner Tätigkeiten in der Auswertung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und genauer?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge H. K.: Ja, sorry, mein Rechtsbeistand sagt: Das hat nichts mit dem Untersuchungsausschuss zu tun. Ich möchte deshalb davon Abstand nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es vor 2001 war, vermute ich.

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage dahin gehend, ob das Dinge sind, die in die Tätigkeit als Referatsleiter T2C hineinreichen. Sie

sind ja dann 2003 nach T2C gewechselt, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Am 24.11.2003. Kann das sein?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die Reisen vorher in die USA, die ich auch gar nicht detailliert wissen möchte, waren die eine Grundlage für die dann später folgenden Reisen?

Zeuge H. K.: Absolut überhaupt gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat damit gar nichts zu tun gehabt. Okay. - Wie war denn die Aufteilung, als Sie in das Referat T2C kamen, zum - wie soll ich das nennen? - Parallelreferat T2D - oder wie? Da gibt es ja eine Arbeitsaufteilung.

Zeuge H. K.: Ja, ja. Die Arbeiten in T2C - das war auch die entsprechende Vorgängerorganisation dazu -, die befassen sich mit Terrorismus und Proliferation, Meldungs- und Berichterstattung zu SIGINT-Meldungen. Und T2D, die befassen sich mit anderen Themen, Politik, Wirtschaft usw. usf. in den restlichen Regionen, also in allen Regionen weltweit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kann das auch irgendwas mit der Art der SIGINT zu tun haben, die man erfasst. Dass es da um einerseits Routineverkehre ging, andererseits um G-10-relevante Sachverhalte, kann das auch eine Rolle gespielt haben?

Zeuge H. K.: Jetzt bei T2C oder bei T2D?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sowohl als auch. Bei dem einen das eine, bei dem anderen vielleicht das andere.

Zeuge H. K.: Nein, in der Regel bei - - Ja, gut überwiegend Routineverkehre, weil mit G 10, da sind ja ganz andere Arbeitsabläufe implementiert. Bei den Routineverkehren: normal, alles



Nur zur dienstlichen Verwendung

was mit Terrorismus weltweit zusammenhängt und auch was proliferationsrelevante Sachverhalte anbetrifft. Und wir hatten parallel dazu natürlich eine Gruppe, die speziell G-10-Verkehre bearbeitet hat, auch zu den Themenbereichen Proliferation und Terrorismus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehe ich das richtig: „Dann ist das T2C-Referat, also Ihr Referat, das G-10-Referat“?

Zeuge H. K.: Ja, wir haben die Nachrichten bearbeitet und die Meldungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah. Dann war meine Frage eben doch gar nicht so blöd.

Zeuge H. K.: Nein, nein. Das habe ich nicht gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil das klang so, als wenn Sie gar nicht verstehen würden; aber dann war es ja gar nicht so kompliziert. Okay. - Und T2D wäre dann was für ein Referat gewesen?

Zeuge H. K.: Die haben militärische, wirtschaftliche, politische Sachverhalte bearbeitet zu - - weltweit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und wurden dann bei T2C nur Meldungen im G-10-Bereich erstellt, oder - -

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein. Im Gegenteil: Die G-10-Meldungen, die sind im Gesamtumfang eigentlich vernachlässigbar im Verhältnis zu den normalen Routinemeldungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie das Verhältnis noch mal - -

Zeuge H. K.: Null Komma null irgendwas Prozent zum Rest.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also im unteren Promillbereich.

Zeuge H. K.: Ja, so im Promillbereich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das heißt, im Jahr, wie viele G-10-relevante Meldungen liefen da bei Ihnen im Referat?

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen beim besten Willen, ohne dass ich Ihnen jetzt irgendeinen Stuss erzähle, nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, das sollten Sie nicht. - Also, könnten Sie sagen: Im einstelligen - -

Zeuge H. K.: Unsere Juristen bei TAG können das ganz sicher aus dem Ärmel schütteln, aber ich leider Gottes nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist unser Problem. Das können selten Zeugen, irgendwas locker aus dem Ärmel schütteln. Und wir probieren, das so wie so ein Mosaik zusammzusetzen, was ja auch irgendwo manchmal verständlich ist, weil das Sachverhalte sind, die sind viele Jahre her. Deswegen nehmen wir uns ja auch die Zeit.

Zeuge H. K.: Puzzle spielen, das kenne ich, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge H. K.: - Puzzle spielen, das kenne ich, weil man muss ja auch die Informationen zusammentragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, dann machen wir das mal zusammen; deswegen sind wir ja auch hier. - Im Rahmen der sogenannten G-10-Aufklärung: Wenn Ihr Referat da im Promillbereich tätig war, was war denn das Referat T1E?

Zeuge H. K.: Das Referat T1E war - oder ist - für die Erfassung von Kabeleinsätzen in Deutschland zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, die Akustik ist hier irgendwie heute komisch.

Zeuge H. K.: Ja, vielleicht bin ich zu nahe; ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu nah, glaube ich nicht; eher zu weit.

Zeuge H. K.: T1E ist für die Erfassung von Kabeleinsätzen in Deutschland zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kabeleinsätzen in Deutschland?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie mit T1E zusammengearbeitet und Rohdaten ausgetauscht?

Zeuge H. K.: Nein. Ich war ja Referatsleiter bei T1E von 2009 bis 2011¹, und wir hatten, als ich bei T1E war, in diesem ein bisschen mehr als einem Jahr überhaupt keinen Kontakt zu den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu anderen, bitte was?

Zeuge H. K.: Überhaupt keinen Kontakt zu den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Ich hatte jetzt eigentlich nach T1E gefragt.

Zeuge H. K.: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach, das sind die Amerikaner?

Zeuge H. K.: Nein, nein. T1E ist für die Einsätze in Deutschland zuständig. Und in der Zeit, als ich Referatsleiter T1E war, hatte ich keinen Kontakt zu amerikanischen Dienststellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe gar nichts mit Amerikanern gefragt. Vielleicht habe ich mich da nicht - -

Zeuge H. K.: Ja, gut, okay. Ja, sorry.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe noch die Zeit - - Im Grunde ging es mir -

Zeuge H. K.: Ich habe doch auch - - Sorry.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - um den Austausch zwischen T2C und T1E.

Zeuge H. K.: Also Austausch T2C und T1E ist: T1E erfasst Routinemeldungen, auch G 10 dann, und liefert die Ergebnisse, also die Erfassungen, an T2C.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Kabeleinfassung?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das wollte ich nur wissen, ob das, was am Kabel erfasst wird, dann auch ausgetauscht wird. - Warum macht T1E das nicht völlig autark? Was ist der Grund dieses BND-internen Datenwanderns?

Zeuge H. K.: Weil T1E eigentlich nur erfasst und die entsprechende Bearbeitung der Nachrichten bzw. die Umsetzung dann zu Meldungen dann bei T2C erfolgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge H. K.: Weil sonst müsste man hingehen und müsste dann den Apparat T1E ganz anders gestalten, was vom Aufwand her - - ja ein Aufwand wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, T2C hat mehr Manpower, Womenpower, wie auch immer, um entsprechende Meldungen auch dann erstellen zu können?

Zeuge H. K.: T2C hat die entsprechende Nachrichtensbearbeitungskompetenz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ohne dass Sie da jetzt in Details gehen müssen; nur

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich halt dieses Zusammenspiel so ein bisschen verstehe. - Und T1E hat im Endeffekt das nicht, erfasst nur am Kabel?

Zeuge H. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und T1E erfasst nur am Kabel und hat sonst keine Auswertekompetenz - oder?

Zeuge H. K.: Ja, im Großen und Ganzen nicht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - T1E hat man aber nie irgendwie als Erfassungskopf beschrieben?

Zeuge H. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: T1E hat man aber nicht irgendwie als Erfassungskopf auch beschrieben - oder? Das wäre falsch, die Beschreibung „Erfassungskopf“?

(Der Zeuge blickt zu RD
Philipp Wolff (BK) und
berät sich mit seinem
Rechtsbeistand)

Zeuge H. K.: Nein. T1E ist eine Stelle, ja, vergleichbar einer Außenstelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Damit sitzt T1E auch nicht in Pullach und Bad Aibling, sondern woanders?

Zeuge H. K.: Nein. T1E sitzt in Pullach, und die Erfassungssituation ist so, dass die Erfassung halt außerhalb von Pullach erfolgt. Aber das lässt sich technisch bewerkstelligen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Von T1E, sind da auch Daten, nicht nur BND-intern, wie ich ja gerade gefragt habe, sondern auch an Dritte - was Sie eben schon so ein bisschen - - in die Richtung gingen - geleitet worden?

Zeuge H. K.: Zu meiner Zeit nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche Zeit ist das jetzt genau gewesen, von der wir reden: „zu Ihrer Zeit“?

Zeuge H. K.: 2009 bis Mitte, Ende 2011, also bis im September 2011.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. 31.08.2011, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da ist das, was T1E erfasst hat, nur BND-intern weitergeleitet worden?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie ausschließen, dass von den Referaten, die die Erfassungsergebnisse bekommen haben, dann Folgeprodukte bis hin zu Meldungen an Dritte weitergeleitet wurden?

Zeuge H. K.: Zu diesem Zeitpunkt - - Ich kann es nicht ausschließen, weil ich ja -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber Meldungen, das war schlecht formuliert von mir, weil Meldungen werden mit Sicherheit ausgetauscht.

Zeuge H. K.: - nicht zuständig war zu diesem Zeitpunkt für die entsprechenden Aktivitäten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Waren Sie mal vor Ort, wo auch immer das war? Das brauchen Sie jetzt nicht sagen.

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das aus Ihrer Sicht ausgeschlossen gewesen, dass man technisch dort etwas installieren konnte, dass Daten an Dritte hätten abgeleitet werden können?

Zeuge H. K.: An unseren Tools: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da würden Sie es ausschließen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Ja, definitiv.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An den Tools von privaten Drittfirmen, die in den Räumlichkeiten da möglicherweise auch waren?

Zeuge H. K.: Nein, da waren keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber die Räumlichkeiten waren ja bei Dritten?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber da können Sie ausschließen, dass da irgendwas von Dritten manipuliert worden ist, dass man da etwas ableitet?

Zeuge H. K.: An unseren Tools: Sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge H. K.: Weil die wurden entsprechend überwacht, kontrolliert, und da ging - - das geht nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben nur Sie - also nicht Sie in persona, sondern Sie mit Ihrem Referat oder Kolleginnen, Kollegen des BND - diese Tools überwacht und kontrolliert, oder hatten auch Dritte Zugang, sprich: Dritte von ausländischen Nachrichtendiensten der Five-Eyes-Staaten?

Zeuge H. K.: Nein, nicht mal andere deutsche hatten Zugang. Wir hatten das selbst installiert und gewartet und auch kontrolliert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es war BND-Technik?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht dritte Technik, die man sich irgendwie - -

Zeuge H. K.: Zugekaufte Technik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber nicht von der NSA zugekaufte Technik, -

Zeuge H. K.: Nicht dass ich wüsste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sondern von Cisco oder sonst irgendwem?

Zeuge H. K.: Also nicht dass ich wüsste. Weil da waren ja viele Teile schon installiert, als ich da Referatsleiter wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie oft waren Sie denn dann zur Wartung draußen? Was können Sie sagen? So einmal im Monat, einmal im Jahr oder einmal die Woche?

Zeuge H. K.: Ich habe nicht gewartet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so.

Zeuge H. K.: Das waren meine Mitarbeiter, die gewartet haben. Ich war in dieser Zeit ungefähr zwei- bis dreimal an dem entsprechenden Ort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meinte auch - - Wenn ich „Sie“ sage, dann meine ich natürlich immer das Referat, für das Sie verantwortlich waren.

Zeuge H. K.: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wie oft war man vor Ort? War das eine Sache, da fuhr man einmal im Quartal hin und guckte, ob die Lämpchen noch blinken oder - -

Zeuge H. K.: Nein. Das war je nach Bedarf. Es konnte sein, wenn irgendein Tool ausgestiegen ist, dass Sie zweimal in der Woche hinfahren mussten. Und wenn es halt zwei Monate reibungslos lief, dann vielleicht nur einmal im Monat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber so oft war man schon da und hätte bemerkt, wenn da irgendwas manipuliert worden wäre.

Zeuge H. K.: Ja, nicht nur das. Weil wir - - Es war ja entsprechende Überwachungseinheit da, die wir von uns, also von Pullach aus - - Wir konnten



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja nachvollziehen und sehen, was in den Räumlichkeiten - - ob einer reingeht. Das war ja alles entsprechend gesichert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sprich: Es war eine Kamera da.

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge H. K.: Also, wir haben schon Vorkehrungen getroffen, dass da nichts passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und nach Ihrer Erkenntnis fand kein Materialaustausch mit den Dingen, die da gewonnen worden sind, mit Dritten statt? Zu Ihrer Zeit?

Zeuge H. K.: Zu meiner Zeit, soweit ich jetzt das nachvollziehen kann und weiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bad Aibling war da kein Thema?

Zeuge H. K.: Absolut nicht - zu meiner Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie es denn aus anderen Zeiten vom Hörensagen oder irgendwoher? Wenn Sie was wissen?

Zeuge H. K.: Nein. Ich kann Ihnen da beim besten Willen - - Nein, sorry; nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen der Begriff „Eikonol“ etwas?

Zeuge H. K.: Nicht ausreichend genug, dass ich dazu irgendwas sagen könnte. Weil, wie schon gesagt: Ich bin kein Elektrotechniker. Ich bin Luft- und Raumfahrttechniker. Und die Tools, die andere einsetzen - - Ich kann Ihnen dazu leider Gottes nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und „Eikonol“ ist E-Technik?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was unterscheidet dann die Projekte mit E-Technik von den Projekten, die Sie gemacht haben? Wie würden Sie dann Ihre - - Luft- und Raumfahrttechnik war es ja nicht?

Zeuge H. K.: Nein, nein; sicher nicht. - Was wir gemacht haben: Für die Erfassung benötigen Sie entsprechende Experten, die in der E-Technik oder in der IT-Technik fit sind. Nachher, für die Weiterverarbeitung der erfassten Meldungen, weil - - Also alles, was sprachmäßig oder entsprechend auch verschriftet ankommt, muss ja weiterverarbeitet werden. Es muss ja gesichtet werden; es muss die ND-Relevanz geprüft werden. Alle diese gesamten Vorgänge müssen ja durchlaufen werden, um überhaupt dann die Spreu vom Weizen trennen zu können und um entsprechende Meldungen, die ND-relevant sind, auch zu generieren. Und für diese Zuständigkeiten bzw. für diese Tätigkeiten, ja, da war ich zuständig dann später, hatte aber nichts mit der gesamten Technik zu tun, die notwendig ist, um ein Signal abzugreifen oder ein Signal aufzubereiten, ein Signal zu „processen“. Also diese ganzen Funktionen und Funktionalitäten - - Ja, gut, ich kann Ihnen zwar sagen, wie ein Flugzeug funktioniert oder eine Rakete; aber wie diese Technik dahinter geht, ist das Problem der E-Techniker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann komme ich zu einem letzten Bereich: Wie hat das denn bei den, wenn auch wenigen, im Promillbereich liegenden G-10-Erfassungen funktioniert?

Zeuge H. K.: Wie meinen Sie das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es da im Vorfeld Abstimmungen mit den Hausjuristen gegeben, oder wie erfolgt so etwas?

Zeuge H. K.: Immer, immer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. - Kann ja nicht so oft gewesen sein, wenn es im Promillbereich war.

Zeuge H. K.: Ja, gut, okay. - Was die Erfassungen anbetrifft, das ist ja eine Seite. Aber wir hatten ja auch im Rahmen von 2001 - - Das ging eigentlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

los 2003 bis 2000 [sic!] - - ja, jetzt eigentlich noch. Im Rahmen von Entführungsfällen und von solchen Krisenszenarien hatten wir sehr wohl die Problematik, dass wir immer wieder G-10-Anträge gestellt haben; das ist Ihnen ja auch bekannt.

In diesem Zusammenhang: Der erste Schritt ist eigentlich immer, wenn man irgendwo einen Selektor einsteuern will und einsteuern muss, dass man dann die Juristen zurate zieht, die den gesamten G-10-Prozess dann anstoßen. Es wird keiner von uns, also von den Nachrichtensachbearbeitern, von sich aus hingehen und irgendeinen Selektor einstellen, von dem er weiß, dass er einem Deutschen gehört. Wir haben das sogar auch so gemacht, immer, selbst wenn Deutsche entführt wurden, dass wir generell hingegangen sind und zuerst den G-10-Prozess angestoßen, initiiert haben, und erst mit Freigabe durch die G 10-Kommission - die Freigabe, dass wir erfassen dürfen - - erst dann wurden unsere Tools so weit freigeschaltet, dass auch die Erfassung ge-griffen hat, und nicht vorher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nachdem dann die Daten da waren und zur Meldung peu à peu generiert wurden, was passierte dann damit - jetzt alles bezogen auf G-10-relevante Sachverhalte?

Zeuge H. K.: Wenn die Daten kommen, dann werden die speziell bearbeitet in einem speziellen Strang, damit geprüft werden kann - - Zuerst prüfen wir, ob es überhaupt G-10-Relevanz hat, bzw. wenn wir das schon wissen, dann wird geschaut, ob diejenigen, die hier erfasst wurden, auch - - ob es mit dem Sachverhalt zusammenhängt, und dann werden verschiedene Prüfstufen durchlaufen, ob die Strecke, auf der erfasst wurde, überhaupt quasi zulässig war. Und wenn alle die entsprechenden Abläufe, die hier notwendig waren, rechtens - oder, ja gut, rechtens: richtig - waren, dann erstellt der Nachrichtensachbearbeiter aus dieser Nachricht eine Meldung; die wird dann anschließend wieder von anderen Kollegen überprüft, ob alle Parameter, die zur Erfassung geführt haben, auch korrekt waren. Und wenn jeweils irgendwo ein Schritt drin ist, der quasi besagen

würde: „Es ist irgendwas nicht ganz korrekt gelaufen“, dann wird die unwiederbringlich gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die G-10-Anordnung dann im jeweiligen Fall, wird die irgendwie an die Meldung drangeheftet? Oder was passiert mit der G-10-Anordnung? Oder ist die nur bei den Juristen?

Zeuge H. K.: Die G-10-An- - Es läuft so, dass, wenn der Antrag gestellt ist und wenn die Freigabe kommt, dann die Nachrichtensachbearbeiter informiert werden, dass die folgenden oder die freigegebenen Selektoren zur Erfassung freigegeben sind. Die Selektoren sind ohnehin bei der entsprechenden Nachricht immer dabei, sodass jeder nachvollziehen kann: „Gut, hier ist der Ablauf korrekt“, oder, ja gut - - und dann dadurch natürlich auch passend zuordnen kann. Und freigegeben oder weitergegeben haben unsere Nachrichtensachbearbeiter dies auch nicht, weil die letzte Stufe bei uns ist immer, dass ein Jurist, der die Befähigung zum Richteramt hat, nochmals draufschaut, ob alles wirklich korrekt gelaufen ist. Und erst dann werden diese Nachrichten an die Auswertung weitergeleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer macht diese Freigabe, also spricht: Wer hat die G-10-Anordnung auf dem Tisch liegen und erteilt die Freigabe dann quasi für Ihr Referat?

Zeuge H. K.: TAG.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte wer?

Zeuge H. K.: TAG.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: TAG, okay. - Und wenn eine Freigabe erteilt ist, gehen Sie davon aus: „G-10-Anordnung - alles korrekt“?

Zeuge H. K.: Freilich, natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Theoretisch, wenn keine Vorläge und die Freigabe wäre da, würden Sie es gar nicht merken. Sie würden davon ausgehen, es liegt eine vor.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein, nein, andersrum. Wenn eine vorliegt und wir werden nicht informiert, dann passiert nichts. Und wenn keine vorliegt und wir werden nicht informiert, passiert auch nichts. Also, wenn irgendeiner von sich aus sagen würde: „Alles ist okay“, dann würden wir loslegen, weil wir ja nicht wiederum unsere Juristen kontrollieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge H. K.: So läuft der Loop nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn keine vorliegt aus irgendeinem Grunde, die Juristen aber sagen würden: „Alles okay“, würden Sie es, weil Sie ja die Juristen nicht kontrollieren, in dem Fall nicht merken. Sollte nicht passieren, aber als rein theoretischer Fall.

Zeuge H. K.: Das ist reine Hypothese, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge H. K.: - aber wir würden es nicht merken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, okay. - Hat es aus Ihrer Erinnerung mal Fälle gegeben, wo so eine Sache umstritten war und man sagte: „Dafür brauchen man eigentlich eine G-10-Anordnung, ist aber keine da“, dass es dann lange Zeit hin und her ging?

Zeuge H. K.: Eher andersrum. Unsere Juristen waren schon mal der Ansicht: „Dafür brauchen wir keine G-10-Anordnung“; kann ich Ihnen gleich ein Beispiel erzählen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn es kein konkreter Sachverhalt ist, da hätte ich sonst ein bisschen Sorgen.

Zeuge H. K.: Ich weiß nicht, es tut uns, glaube ich, nicht weh, wenn wir da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie entspannt sind, dann gut.

RD Philipp Wolff (BK): Es ist jetzt weniger die Frage, ob es wehtut, als die Frage, ob es eingestuft ist. Also, deswegen, -

Zeuge H. K.: Ach so.

RD Philipp Wolff (BK): - nur, wenn es ein eingestuftes Sachverhalt ist - -

Zeuge H. K.: Ja, nichtöffentlich dann.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine gute PR-Geschichte, Herr Wolff, wird doch drin sein!)

RD Philipp Wolff (BK): Genau deswegen habe ich ja die Anmerkung gemacht, Herr von Notz.

Zeuge H. K.: Also gut, nichtöffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn es eingestuft ist, tut es weh; einigen wir uns da drauf. Okay, gut. - Dann umschreiben Sie es halt, dass Sie halt nicht den konkreten Sachverhalt nennen mit Firma X oder Y oder Person Z, sondern das umschreiben, wenn das geht. Sonst machen wir es in eingestufte Sitzung.

Zeuge H. K.: Ich glaube, eingestuft wäre besser, weil ich kann Ihnen das nicht verständlich darlegen, dass Sie wirklich die ganzen Details da mitbekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber nur so weit: In Einzelfällen, hat es da schon mal eine Diskussion gegeben: „Wie machen wir das? Brauchen wir - -“

Zeuge H. K.: Halt, langsam.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, es gibt schon tatsächlich - was ich ja gerade vorher auch schon angedeutet habe - Fälle, wo die Juristen gesagt haben: „Da brauchen wir keine“, aber wir drauf gedrängt haben, dass wir eine bekommen und - ja, gut - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Umgekehrte Fälle auch?

Zeuge H. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erinnern Sie sich nicht. - Mal weg von diesen Dingen. Gab es daneben auch reine Sammlung von Metadaten?

Zeuge H. K.: Wo?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei Ihnen im Referat. Wenn Sie es anderswo wissen - -

Zeuge H. K.: Jetzt G-10-bezogen oder normal Routine oder - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sowohl als auch.

Zeuge H. K.: Das Referat T2C meinen Sie?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge H. K.: T2C sammelt keine Metadaten. Die Metadatensammlung erfolgt in den entsprechenden Außenstellen, und diese Metadaten werden dann gebündelt in ein entsprechendes Tool übermittelt, wo die Metadaten anschließend entsprechend analysiert werden können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das wäre dann beispielsweise wieder T1E.

Zeuge H. K.: Zum Beispiel, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es da Ihres Wissens nach die Ausleitung von reinen Metadaten gegeben?

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich - - Also, von T1E nicht, definitiv nicht zu meiner Zeit. Aber von anderen Stellen kann ich Ihnen nicht sagen; entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Können Sie sagen, was für Metadaten gewonnen wurden?

Zeuge H. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie sagen, was für Metadaten gewonnen wurden? Was sind da Metadaten? Gibt ja eine Vielzahl von Metadaten.

Zeuge H. K.: Ja, in unserer Metadatenbank sind über lange, lange Zeit überwiegend leitungsvermittelte Metadaten eingelaufen. Leitungsvermittelt heißt Telefonnummern. Und wir sind gerade erst dabei, da umzustellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die IMEIs beispielsweise, war das auch so was?

Zeuge H. K.: IMEIs laufen bei bestimmten Erfassungsstellen auch unter Metadaten.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was noch vielleicht? Telefonnummern, IMEIs - -

Zeuge H. K.: Ja, alle Daten, die zur Charakterisierung von Teilnehmern notwendig sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also im Grunde alle mit einem Kommunikationsvorgang zusammenhängenden Daten zur Charakterisierung: Zeitlänge, Location - -

Zeuge H. K.: Klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie wurden die dann im Nachgang bearbeitet? Was macht man mit so was? Also, das ist ja ein Wust von Daten, aber kein Inhalt.

Zeuge H. K.: Ja, das ist schon richtig. Es macht auch -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich würden ja immer die Inhalte interessieren, aber ich bin ja auch da nicht so Experte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: - aus der Sicht der Nachrichtenbearbeiter nur Sinn, wenn sie zu verschiedensten Metadaten auch irgendwann bestimmte Inhalte haben, weil sonst können sie nicht vernünftig auf die entsprechenden Strukturen schließen. Deshalb brauchen sie schon einen gewissen Inhaltsanhaltspunkt, um auch vernünftig Netzwerke analysieren zu können. Aber zu dieser Analyse dieser Netzwerke reicht in aller Regel die schiere Information: A hat mit B kommuniziert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht das Sinn, mittels dieser Metadaten zum Beispiel Bewegungsprofile zu erstellen oder Teilnehmer einer Mobilfunkkommunikation zu lokalisieren?

Zeuge H. K.: Ja, unter bestimmten Umständen schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay. Was sind das für Umstände?

Zeuge H. K.: Wir hätten da ein paar Beispiele in - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es um konkrete Sachverhalte geht, bitte ich das wirklich in nichtöffentlicher Sitzung darzulegen. Ganz generell kann man, glaube ich, Ausführungen machen, wenn es um die technischen Umstände geht, dass so was möglich ist oder nicht möglich, aber zu konkreten Sachverhalten bitte nicht-öffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt haben Sie die schwere Aufgabe, den Spagat hinzukriegen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge H. K.: Sorry, jetzt habe ich den Anschluss verloren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, macht es Sinn aus Ihrer Sicht, mittels dieser Metadaten Bewegungsprofile von Personen oder

sogar die Lokalisierung von Gesprächsteilnehmern einer Mobilfunkkommunikation vorzunehmen?

Zeuge H. K.: Es kommt immer dann auf die entsprechenden Umstände drauf an. Es kann Sinn machen, aber, ja, nur die Lokalisierung, wenn Sie ganz genau wissen, wer das ist und was der vielleicht im Schilde führt, dann unter Umständen schon; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich mache mal einen Fall - -

Zeuge H. K.: - aber nur aus dem hohlen Bauch raus macht das überhaupt keinen Sinn.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also, irgendwann nicht; aber ich sage mal, Sie haben eine Telefonnummer, gehen davon aus, dass diese durch HUMINT gewonnene Telefonnummer auch einer entsprechend gefährlichen Person gehört - sagen wir mal in Afghanistan -, und jetzt möchten Sie wissen: Wo ist er denn gerade, wenn er hier telefoniert und über improvisierte Sprengfallen redet?

Zeuge H. K.: Bei den Mobilfunknummern macht es nicht unbedingt den schieren Sinn in dem speziellen Fall, wenn Sie allgemein über Mobilfunknummern reden. Weil bis das alles verarbeitet ist und wenn Sie davon ausgehen, dass der Kandidat unterwegs ist: Bis die ganzen Verarbeitungsschritte durchgeführt sind, ist der unter Umständen schon meilenweit weg von der Stelle, wo er vorher war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange dauern diese Verarbeitungsschritte?

Zeuge H. K.: Ja, mehrere Stunden, wenn es - - ja, ein, zwei, drei Stunden, bis es dann tatsächlich beim Nachrichtenbearbeiter ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber brauche ich den bei Metadaten? Ich weiß: Der Selektor, spricht: die Handynummer, telefoniert. Ich habe die Funkzellendaten, die ja mitgeschickt werden als Metadaten; da könnte ich doch sagen: Super.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Nein, die Funkzellendaten helfen Ihnen auch nicht immer, weil die Funkzellen teilweise so groß sind, gerade speziell - wenn Sie sagen: Afghanistan - in der Region. Da können Sie nicht sagen, wenn die Funkzelle quasi, bedingt durch den entsprechenden Funkmast, den Sie da lokalisieren können oder den Sie wissen - - Wenn die eine Abstrahlrichtung haben nach rechts und links mit jeweils 15 Kilometer und Sie wissen: „In dieser Zelle ist er drin“, dann haben Sie 30 Kilometer breite Streifen, und da suchen Sie jemanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann habe ich mal gehört, dann gäbe es so was wie eine Dreieckspeilung, dann kriegt man es noch genauer hin.

Zeuge H. K.: Ja, gut, wenn man es kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ist das schwer?

Zeuge H. K.: Ich kann es Ihnen nicht sagen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich auch nicht.

Zeuge H. K.: - weil ich nicht im Erfassungsbereich tätig bin. Ich weiß nur, dass wir ein Problem haben damit immer wieder.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Raum- und Luftfahrt: -

Zeuge H. K.: Luft- und Raumfahrt, ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Jetzt könnte ich mir ja vorstellen: Jetzt macht das nicht die Erfassungsstelle, die vielleicht sonst wo ist, sondern jetzt schickt man eine Drohne, und die hat einen IMSI-Catcher oder hat alle Möglichkeiten an Bord, wie man vielleicht mit den Funkzellendaten in dieser großen Funkzelle dann - -

Zeuge H. K.: Da müssen Sie die Amerikaner fragen, weil ich kann es Ihnen - - Ich kann mir zwar theoretisch vorstellen, wie Drohnen - - also, ich

weiß, wie Drohnen funktionieren, bedingt durch meine Ausbildung; aber ich weiß nicht, wie die Amerikaner die entsprechenden Tools miteinander verknüpfen, dass sie dann da drin entsprechend erfolgreich sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt kommen wir mal zum Punkt. Ich habe mich jetzt so ein bisschen probiert anzunähern. Können Sie sich vorstellen, dass aufgrund der gewonnenen Metadaten eines Mobiltelefonats die Funkzellendaten abgeschöpft werden, schnellstmöglich weitergeleitet werden über irgendwelche Wege bis hin zu über dem Gebiet kreisenden Drohnen, die dann das Telefonat irgendwie übernehmen oder das sendende Telefon übernehmen und die Person lokalisieren und bekämpfen?

Zeuge H. K.: Wissen Sie, was ich mir vorstellen kann und was de facto vielleicht wirklich passiert und in Realität durchgeführt wird - - Meine Vorstellungskraft ist ja immens, aber ob es wirklich so ist, was ich mir vorstelle, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie irgendein Indiz dafür, dass es so ist?

Zeuge H. K.: Ich persönlich habe kein Indiz dafür.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Dann wäre ich erst mal hier am Ende mit den Fragen. Wir haben, wenn ich das richtig sehe, noch ein bisschen Zeit, sodass ich glaube, die Fragen der Fraktion Die Linke müssten von der Zeit noch gehen. Ich glaube, vor 12 Uhr müssen wir nicht los. - Machen wir so.

Dann beginnen wir jetzt mit den Fragen der Fraktionen. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Und wenn Sie eine Pause brauchen - - Wir hätten jetzt noch einmal acht Minuten, dann müssen wir sowieso in eine namentliche Abstimmung, und Sie hätten Zeit, sich zu erholen. Aber grundsätzlich: Wenn Sie eine Pause brauchen oder nicht mehr können, sagen Sie es.

Zeuge H. K.: Ja, ich weiß, ich weiß. Mir geht es auch nicht so sonderlich gut, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen sage ich es.

Zeuge H. K.: - aber in Gottes Namen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Acht Minuten schaffen wir noch mal?

Zeuge H. K.: Ja, ja, freilich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr H. K., bevor ich auf die Abteilung T2C zu sprechen komme, würde ich gerne noch was zu Ihrer Ausbildung nachfragen; schließt sich an die Fragen des Vorsitzenden eben zum Geheimen Krieg an. Sie sagten, Sie waren vor dem BND in der Industrie tätig. Kann man diese Industrie als Rüstungsindustrie bezeichnen?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke. - Und dann meine Fragen zu T2C, ausdrücklich: Können Sie kurz darstellen, welche Datenarten dort verarbeitet werden und in welchem Umfang?

Zeuge H. K.: Verarbeitet werden Nachrichten, die von den Erfassungsstellen vorselektiert werden und von denen wir wissen und annehmen, dass sie bereits einen gewissen ND-Bezug haben. Diese Nachrichten werden von den entsprechenden Nachrichtensachbearbeitern gesichtet; es werden unter Umständen auch mehrere zusammengefasst. Es werden entsprechende Statements geschrieben - heißen tut das dann Finished SIGINT -, um entsprechende Sachverhalte für die Auswertung entsprechend aufbereiten zu können.

Martina Renner (DIE LINKE): Unter Nachrichten - - Ich habe nach den Datenarten gefragt, und sie antworten Nachrichten; ich meine etwas anderes: Datenarten.

Zeuge H. K.: Es war - -

Martina Renner (DIE LINKE): Rohdaten, Metadaten, Inhaltsdaten: Welche Datenarten werden in T2C verarbeitet?

Zeuge H. K.: Ja, okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie viel?

Zeuge H. K.: Wir verar- - Wie viel?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge H. K.: Wie viel, kann ich Ihnen nicht sagen. Wie viel, dass das - - Ich habe da keine Statistik geführt. Also, es sind Inhaltsdaten -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge H. K.: - auf der einen Seite. Auf der anderen Seite: Wenn entsprechende Notwendigkeit da ist, werden auch Metadaten verarbeitet, und zwar um Kommunikationsprofile darstellen oder produzieren zu können.

Martina Renner (DIE LINKE): Rohdaten werden auch verarbeitet?

Zeuge H. K.: Rohdaten verarbeiten wir nicht. Also, Rohdaten werden lediglich von den Erfassungsstellen weiterverarbeitet zu entsprechenden Nachrichten, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, -

Zeuge H. K.: - weil Rohdaten könnten wir so weit gar nicht lesen.

Martina Renner (DIE LINKE): - also, Sie verarbeiten Inhaltsdaten und Metadaten.

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und jetzt möchte ich tatsächlich von Ihnen den Umfang wissen. Sie können jetzt sagen: Pro Tag, pro Stunde, pro Monat.

Zeuge H. K.: Pro Tag, was die Inhaltsdaten anbetrifft, ein paar Hundert zu den entsprechenden Hauptsachgebieten, also zu - T2C - Terrorismus



Nur zur dienstlichen Verwendung

und Proliferation und auch zu Migration in dem speziellen Fall dann noch, Rauschgifthandel. Und Metadaten laufen in die Datenbank ein, und da tut es mir jetzt dann wirklich leid, weil ich kann Ihnen nicht sagen, wie viel Metadaten tagtäglich in die Datenbank einlaufen, weil die Datenbank steht als Datenbank da, und da wird ja nur bei entsprechender Notwendigkeit, wenn Sie einen Selektor haben, geschaut: „Wer kommuniziert mit dem?“, und da ist es irrelevant, wie viel Metadaten in dieser Datenbank stehen: Sie brauchen ein Ergebnis. Also, das interessiert auch keinen Nachricht- -²

Martina Renner (DIE LINKE): Also, für uns ist es nicht irrelevant, weil wir ja hier der These der anlasslosen Massenüberwachung nachgehen; deswegen frage ich. - Ich würde noch gerne wissen: Die Metadaten, die in die Datenbank einlaufen, sind das nur Metadaten, die über Erfassungsmaßnahmen des BND gewonnen werden? Oder sind das auch Metadaten, die andere erfassen?

Zeuge H. K.: Nein, soweit ich weiß, sind es nur Metadaten, die wir erfassen, weil - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sicher?

Zeuge H. K.: Ja, was heißt „sicher“? Wir sind die Anwender dieser Metadaten; wir stellen die nicht ein. Und da müssten Sie halt irgendjemanden von den Erfassungsstellen fragen, wo genau die Metadaten herkommen, weil die T2C-Leute, die Nachrichtens bearbeiter in T2C, ziehen diese Daten aus der Datenbank raus und machen entsprechendes „call chaining“.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn man mit der Datenbank arbeitet, muss man doch wissen, woher die Daten kommen, um auch im Endeffekt die Nachricht beurteilen zu können.

Zeuge H. K.: Ja, von unseren Erfassungsstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Und stammen diese Daten alle aus Erfassungsmaßnah-

men des BND oder auch von Erfassungsmaßnahmen Dritter? Das muss man doch als Nachrichtens bearbeiter wissen, woher der Kram stammt.

Zeuge H. K.: Aus meiner Sicht stammen die alle von uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie, also - -

Zeuge H. K.: Soweit ich weiß, soweit mir bekannt ist, sind die von uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Metadaten in der Datenbank: Werden die ausgeleitet an Dritte?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht - -

Zeuge H. K.: Also, wenigstens nicht von T2C.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht von T2C. Von wem dann?

Zeuge H. K.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen es nicht. Sie leiten nicht an Dritte aus.

Zeuge H. K.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Leiten Sie die Nachrichten an Dritte aus?

Zeuge H. K.: Es gibt Situationen, bei denen bestimmte Nachrichten, bestimmt durch Kooperationen - nicht Nachrichten, Meldungen dann -, an andere Staaten weitergegeben werden, weil bestimmte Kooperationsverbände existieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Werden diese Daten automatisiert weitergegeben?

Zeuge H. K.: Nein. Das ist alles nur - - immer Einzelfall.

2) Richtigstellung des Zeugen: "Also, das interessiert auch keinen Nachrichtens bearbeiter", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Individuell.

Zeuge H. K.: Immer individuell.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Begriff „Rohmaterialaustausch“?

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo findet der statt?

Zeuge H. K.: Der läuft - - die Erfassung läuft bei den Außenstellen. Das Rohmaterial wird von den Außenstellen erfasst und wird an die entsprechenden Kooperationsländer über die Zentrale weitergeleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An dieser Stelle müssten wir, glaube ich, gleich weitermachen, weil der letzte Redner gerade beginnt und in - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich würde gern noch - - Dieser Rohmaterialaustausch, der von den Außenstellen an Sie geht und dann weitergeleitet wird, wird der auch über eine Breitbandverbindung in das ETC der NSA geleitet?

Zeuge H. K.: Nicht, dass ich jetzt wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht, dass Sie es wüssten.

Zeuge H. K.: Ja, nicht, dass ich es wüsste, weil ich kann Ihnen nicht sagen, wie der Austausch direkt ist mit der NSA, weil ETC ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, weil wir hatten einen Zeugen, der sollte dazu Auskunft geben, Herr J. S.; der konnte es nicht. Und Sie sind der nächste Zeuge, der uns benannt wurde, der uns über diese Breitbandverbindung etwas sagen kann. Sie können es auch nicht.

Zeuge H. K.: Ja, ich kann Ihnen was sagen, wie überhaupt diese Breitbandverbindung - - wie überhaupt dieses Papier zustande kam.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde aber doch jetzt vorschlagen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Das machen wir dann nachher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass wir das im Anschluss machen, zum einen, weil jetzt sogar punktgenau die Zeit um ist, und zum anderen, weil in drei Minuten die namentliche Abstimmung ist, und ich denke, jetzt sollten wir schnellen Schrittes gehen. Die Sitzung ist jetzt unterbrochen. Sobald die namentliche Abstimmung zu Ende ist, machen wir weiter ohne großartige Verzögerung; bis dahin allen eine kurze Pause. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
12.00 bis 12.13 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort. Es geht weiter mit den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek hat das Wort.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr K., Sie hatten gerade, glaube ich, zum Schluss auf die Fragen der Kollegin Renner gesagt, dass es so eine Art Breitbandverbindung da gibt. Und vielleicht können Sie - gehen wir da gleich mal weiter - da ein paar nähere Angaben mal zu machen.

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Wer hat die gelegt? Seit wann existiert die? Wo führt die hin? Was wird darüber übermittelt? Das wären alles Dinge, die uns interessieren, auch den Herrn Wolff.

Zeuge H. K.: Ja. - Also, wer die gelegt hat: keine Ahnung. Wo die hingehet: Ich weiß, dass es eine Anbindung ist zur Zentrale von der NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff. Ich weiß nicht, ob das - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Sie hätten ruhig noch ein bisschen weiter nach hinten gucken können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich war ja informiert.

Zeuge H. K.: Ich will Ihnen das so weit erzählen. Aber was ich Ihnen definitiv sagen kann: Über diese Anbindung laufen keine Metadaten, und die Daten, die da drüber laufen, die sind hier definitiv nicht Untersuchungsgegenstand.

Christian Flisek (SPD): Also, es laufen keine Metadaten darüber, sagen Sie?

Zeuge H. K.: Es laufen Daten drüber, die hier nicht Untersuchungsgegenstand sind. Und in diesem speziellen Fall, denke ich, wäre es vielleicht vernünftig, das nichtöffentlich zu erörtern.

Christian Flisek (SPD): Also, was das für Daten sind?

Zeuge H. K.: Ja, damit - - Ja, gut, wenn Sie es wissen wollen: freilich.

Christian Flisek (SPD): Ja, klar wollen wir das wissen, weil, ich sage mal, die Frage, was Untersuchungsgegenstand ist und was nicht, das ist hier immer Gegenstand von teils heftigen Erörterungen.

Zeuge H. K.: Ja, gut. Aber Sie werden dann schnell doch feststellen, dass es tatsächlich so sein wird.

Christian Flisek (SPD): Ich habe keine Zweifel, wenn Sie mir das substantiiert vortragen, glaubhaft, dass wir dann zu dem Ergebnis kommen. - Also, Sie werden mir erzählen dann in eingestufte Sitzung, was da für Daten übermittelt werden und wohin die gehen und warum das aufgrund dieser Umstände nicht Untersuchungsgegenstand ist.

Zeuge H. K.: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge H. K.: Die Daten, die da übermittelt werden, die kommen überwiegend von der NSA - also, eigentlich fast nur - und gehen zu uns. Es ist fast nur eine Einbahnstraße.

Christian Flisek (SPD): Aha.

Zeuge H. K.: Aber Sie werden es hören.

Christian Flisek (SPD): Also, es ist - - Aha. Also, das heißt, die Verbindung, die geht zur NSA?

Zeuge H. K.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Oder kommt von der NSA?

Zeuge H. K.: Die kommt von da und kommt zu uns.

Christian Flisek (SPD): Und geht nach Pullach?

Zeuge H. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und die wird nur dafür genutzt auch, exklusiv?

Zeuge H. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Mhm.

Zeuge H. K.: Nichtöffentlich, bitte, dann.

Christian Flisek (SPD): Also, ich habe Respekt davor, wenn wir sagen, dass wir das nichtöffentlich machen. Aus verschiedenen Gründen kann das durchaus möglich sein. Mir kommen jetzt allerdings echt Zweifel, weil Sie gerade ja doch sehr verbindlich gesagt haben, ich werde dann der Meinung sein mit Ihnen, dass das nicht Untersuchungsgegenstand ist. Und wie eine Leitung, die von der NSA nach Pullach geht - - Also, das scheint sehr untersuchungsgegenständlich zu sein.

(RA Johannes Eisenberg: Ja, dann kann man das ja später klären! - Gegenruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Öffentlichkeitsgrundsatz -
ja?)

- Ich habe Sie nicht verstanden.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann kann man das ja
später klären!)

- Sie brauchen gar nicht so zu schreien. Sie können die Mikrofone nutzen, wenn Sie wollen.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich denke, Sie haben mich
nicht verstanden?)

- Ja, ja. Aber dafür haben wir Technik, Herr Eisenberg, und diejenigen, die das Protokoll machen, die freuen sich immer, wenn Sie sich mal die Mühe machen, leicht sich nach vorne zu beugen, den Schalter zu betätigen mit einem Finger, um dann ins Mikrofon zu sprechen, weil das dann für die Stenografen erheblich leichter ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann Herr Eisenberg aber nicht, weil er gar kein Rede-recht hat hier im Ausschuss.

Christian Flisek (SPD): Ja, das mag ja sein. Das nimmt er sich ja sowieso immer. - Also, halten wir es noch mal fest: Also, Sie bleiben dabei, dass eine Leitung - das werden wir erörtern in eingestufte Sitzung - von der NSA - aufgrund dessen, was Sie uns dann erzählen werden detailliert -, also eine Leitung der NSA nach Pullach nicht Untersuchungsgegenstand sein wird?

Zeuge H. K.: Nein, ich kann da - - Ich kann das jetzt nicht so - - Ich kann da nicht weitermachen. Ich kann Ihnen da nichts dazu sagen.

Christian Flisek (SPD): Aha. Na ja, wird rutschig. - Na ja, gut, dann machen wir das mal. Ich will Sie jetzt auch nicht weiter quälen.

Zeuge H. K.: Danke.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Wer entscheidet
das jetzt?)

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich entscheide das jetzt. - Wenn Daten mit G-10-Anordnungen aus Kabelzugriffen abgegriffen werden, wo auch Deutsche betroffen sein können, unter welchen Voraussetzungen können diese dann an andere Nachrichtendienste weitergeleitet werden?

Zeuge H. K.: Wir leiten die nicht weiter an andere Nachrichtendienste. Und ich denke, wenn dies der Fall wäre oder wenn dies der Fall ist, wird das Kanzleramt entsprechend informiert vorher.

Christian Flisek (SPD): Ja, das setzt ja Mehreres voraus: Das setzt erst mal voraus, dass man sich die Mühe macht, überhaupt zu gucken, ob da Deutsche drin sind. Das setzt dann voraus - wenn man das erkennen würde -, dass in den erkennenden Abteilungen, Unterabteilungen die Bereitschaft besteht, überhaupt das in die Hierarchie hinein zu melden, weil das Kanzleramt kann nur auf das reagieren, was es weiß.

Zeuge H. K.: Aber was Sie nicht - -

Christian Flisek (SPD): Und, Herr K., sehen Sie es mir einfach nach jetzt, dass ich da deswegen auch nachfrage. Wir haben da höchst unterschiedliche Erfahrungen mit der Organisationspraxis innerhalb des Bundesnachrichtendienstes gemacht, und wir haben auch höchst unterschiedliche Erfahrungen mit der Filterqualität gemacht.

Zeuge H. K.: Wenn Sie etwas nicht erkennen und sehen, können Sie auch nicht reagieren.

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig.

Zeuge H. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Die Frage ist halt nur, wie viel Mühen man sozusagen investiert, um etwas zu erkennen bzw. was.

Zeuge H. K.: Die Mühe dahin gehend - - alles, was unsere Technik - - was technisch möglich ist und zusätzlich - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, das würde ich nicht unterschreiben, Herr K. Also, das sage ich Ihnen ganz offen: Nach meinem Erkenntnisstand würde ich das nicht unterschreiben. Dass alles, was technisch möglich ist, vom BND unternommen wird, um G-10-relevante Daten rauszufiltern, sage ich Ihnen ganz offen, das ist nicht der Eindruck, den ich aufgrund dessen, was ich hier vorgelegt bekommen habe, habe; nein. Da, glaube ich, ist technisch weit mehr möglich. Das ist meine feste Überzeugung.

Zeuge H. K.: Ich kann da nichts dazu sagen.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen, so was wird nicht wissentlich weitergeleitet? G-10-relevante Daten, -

Zeuge H. K.: Nein.

Christian Flisek (SPD): - egal in welchem Kontext, werden nicht weitergeleitet an andere Dienste?

Zeuge H. K.: Nein. Ich sage, dass, wenn ich nicht weiß, dass ich irgendwo was weitergebe, ich das auch nicht sehe und dann wir aber davon ausgehen, dass alles okay ist.

Christian Flisek (SPD): Was ist mit Deutschen, die bei internationalen Organisationen arbeiten?

Zeuge H. K.: Die sind genauso geschützt, und die unterliegen genauso dem G 10 wie hier in Deutschland Wohnende.

Christian Flisek (SPD): Sind das nicht Funktionsträger?

Zeuge H. K.: Ja, das mit den Funktionsträgern, das ist so ein gewisses Problem.

Christian Flisek (SPD): Haben wir auch schon gesehen. - Also, die Probleme mehren sich auch. Also, es ist ja nicht so, dass das - - Haben Sie jemals Anhaltspunkte dafür gehabt, dass der BND im Rahmen einer Kooperation mit US-Diensten Daten weitergeleitet hat, die aus einer anlasslosen massenhaften Erfassung stammen?

Zeuge H. K.: Da gilt wieder das, was ich vorhin gesagt habe: Ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich in dem Bereich tätig bin und war, der mit Erfassung und Datenweiterleitung in diesem Sinne nichts zu tun hat.

Christian Flisek (SPD): Sie können aber ja grundsätzlich auch sehen, was es so an Daten gibt und - - Tauscht man sich eigentlich über die einzelnen Referate irgendwie aus?

Zeuge H. K.: Grundsätzlich ja, aber nicht - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, dann weiß man doch, was die anderen so machen.

Zeuge H. K.: Nein, aber nicht unbedingt mit den Außenstellen, weil die Außenstellen sind ja abgesetzt von der Zentrale, und demzufolge ist der Kontakt dann nicht so intensiv.

Christian Flisek (SPD): So, und Sie haben klassischerweise dann Nachrichtenbearbeitung gemacht?

Zeuge H. K.: Ja, also nicht die Rohdaten irgendwo hingeschoben und weitervermittelt oder sonst irgendwas gemacht, was Sie hier gerade so fragen, sondern klassische Nachrichtenbearbeitung.

Christian Flisek (SPD): Das haben Sie auf der Basis von Rohdaten aber gemacht?

Zeuge H. K.: Nein. Die Erfassungsstellen sichten diese Rohdaten, setzen die um, machen die lesbar, weil Telefonat - - oder verschriften das auch logischerweise, übersetzen die entsprechenden Teile und schicken die dann an die Nachrichtenbearbeitung, filtern schon Nachrichten raus, die definitiv keinen ND-Bezug haben.

Christian Flisek (SPD): Und ist Ihnen da jemals irgendwas untergekommen, wo Sie gesagt hätten: „Hoppla, also, das ist jetzt irgendwie komisch“, im Sinne von: „dass ich jetzt hier eine Meldung bearbeite über diese Person; die dürfte eigentlich gar nicht von uns beobachtet werden“?

Zeuge H. K.: Könnte ich mich jetzt nicht erinnern, sorry.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Noch mal. Ich habe es akustisch jetzt nicht verstanden.

Zeuge H. K.: Ich kann mich da dazu nicht erinnern; es tut mir leid.

Christian Flisek (SPD): Na ja, manchmal passieren ja so Sachen. Da denkt man sich: Hm. - Können Sie sich an gar nichts erinnern? Aber Sie schließen es auch nicht aus?

Zeuge H. K.: Ich kann mich an vieles erinnern, aber an das nicht.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Wie bewertet man denn eigentlich - - Also, Ihre Abteilung - - Das wird ja alles in Pullach bleiben, auch nach dem Umzug - richtig? Also - -

Zeuge H. K.: Die momentane Planung sieht das vor, ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt verfolgen Sie ja auch so ein bisschen sicherlich die Medien, was so in der Abteilung alles im Rahmen dessen, was wir im Untersuchungsausschuss an Fragen haben, auf den Tisch kommt, also das Thema „Umgang mit Selektoren“, Selektorenlisten etc. Wie schätzen Sie das denn ein, wenn in Zukunft der Leitungsstab des Bundesnachrichtendienstes hier in Berlin sein wird, diese Abteilung, die hochsensibel ist, grundrechtssensibel arbeitet, in Pullach bleibt? Wie soll denn da die Aufsicht und Kontrolle funktionieren? Glauben Sie, dass das ohne Weiteres und ohne Probleme möglich ist heutzutage, oder sagen Sie: „Na ja, das wird schon schwierig“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Über die zukünftige Struktur des BND können wir natürlich hier keine Fragen stellen.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, wir müssen uns ja - -

Zeuge H. K.: Ich könnte höchstens meine persönliche Meinung, die ich aber hier nicht - - die hier nicht trägt, von mir geben; aber gehört hier nicht dazu, denke ich.

Christian Flisek (SPD): Doch, gehört schon dazu - also, da bin ich ausnahmsweise mal ganz anderer Meinung als der Vorsitzende -, weil wir natürlich aufgrund dessen, was wir hier tun, -

Zeuge H. K.: Aber das ist nicht der Untersuchungsgegenstand.

Christian Flisek (SPD): - im dritten Kapitel selbstverständlich die Frage stellen müssen, welche Änderungsvorschläge dieses Parlament auf der Grundlage des Untersuchungsgegenstandes macht. Und deswegen ist die Frage, ob die Abteilung TA in Pullach bleibt, eine hochessenzielle Frage dieses Untersuchungsausschusses.

Zeuge H. K.: Ja, aber diese Frage müssten Sie meinem Präsidenten stellen und - -

Christian Flisek (SPD): Haben wir schon. Ich stelle sie aber Ihnen.

Zeuge H. K.: Ich schließe mich da der Meinung meines Präsidenten an.

Christian Flisek (SPD): Also umziehen.

Zeuge H. K.: Wenn der meint.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guter Beamter!)

Schließen Sie sich immer der Meinung Ihres Präsidenten an?

Zeuge H. K.: Ja, das kommt darauf an.

Christian Flisek (SPD): Auf was?

(Zuruf: Welche Meinung er hat!)

Zeuge H. K.: Ja.

(Der Zeuge lacht)

Ich kann da jetzt keine zusätzliche Äußerung dazu machen - und möchte nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, die Frage ist ja nicht unbedingt - - des Möchtens - nicht? Also, glauben Sie, dass das eine gute Idee ist aufgrund Ihrer Erfahrung, dass die Abteilung in Pullach bleibt - aufgrund Ihrer persönlichen Erfahrungen, ja oder nein?

Zeuge H. K.: Aus meiner persönlichen Sicht - meine persönliche Sicht - stimme ich Ihnen zu: Wir sollten auch umziehen. Das ist meine persönliche Sicht.

Christian Flisek (SPD): Na, sehen Sie. Mehr will ich auch nicht.

Zeuge H. K.: Aber meine persönliche Sicht.

Christian Flisek (SPD): Ja, mehr will ich ja auch gar nicht.

Zeuge H. K.: Okay.

Christian Flisek (SPD): Sie sind ja nicht der Sprecher des Bundesnachrichtendienstes.

Zeuge H. K.: Deshalb, ja.

Christian Flisek (SPD): Sie sind der Zeuge H. K., und ich frage Sie aufgrund Ihrer persönlichen Wahrnehmungen bei Ihrer Arbeit im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes, nicht mehr und nicht weniger. - Haben Sie was mit Bad Aibling zu tun?

Zeuge H. K.: Wie meinen Sie das?

Christian Flisek (SPD): Na ja, ob Sie in Ihrer Arbeit Kontakt haben mit Bad Aibling.

Zeuge H. K.: Von Zeit zu Zeit schon, ja.

Christian Flisek (SPD): Und was ist das für ein sachlicher Bezug? Was - -

Zeuge H. K.: Im Rahmen der Nachrichtenbearbeitung haben wir regelmäßig Kontakt nach Bad Aibling gehabt, also zu unseren amerikanischen Kollegen, weil die uns immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, dass bestimmte Sachverhalte, die für uns wichtig wären - - dass wir da

ein Auge drauf haben sollten. Die haben uns immer wieder informiert über bestimmte Zusammenhänge, und demzufolge ist da ganz logischerweise ein Kontakt da.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber das ist jetzt sehr abstrakt. Also, die amerikanischen Kollegen haben Sie auf Dinge hingewiesen, auf die Sie ein Auge haben sollen. Was sind das für Dinge? Sind das Selektoren gewesen, die von den Amerikanern kamen? Sind das Meldungen gewesen?

Zeuge H. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sind das bestimmte Ziele gewesen?

Zeuge H. K.: Nein, Ziele nicht. Das waren Informationen der NSA zu terroristischen Sachverhalten.

Christian Flisek (SPD): Und da haben die dann insbesondere gesagt: „Hier, schaut euch das mal intensiv an“?

Zeuge H. K.: Zum Beispiel, ja.

Christian Flisek (SPD): In Bad Aibling sind ja sehr viele Metadaten auch angefallen. Wie wurden die an die Amerikaner weitergegeben? Gab es da auch Extraleitungen? Oder lief das über Pullach? Gab es von Bad Aibling direkten Zugang zur NSA? Wissen Sie das?

Zeuge H. K.: Nein. Da kommt wieder der gleiche Satz wie vorhin: Ich bin nicht für die Weitergabe von Daten verantwortlich zuständig. Ich habe gar keine Karten drin und kann Ihnen auch nicht sagen, wie das alles bewerkstelligt wurde bzw. wie das alles abgelaufen ist, falls es abgelaufen ist.

Christian Flisek (SPD): Also, noch mal: Meine Frage ist nicht, ob Sie zuständig sind, sondern - - Sie wissen es nicht.

Zeuge H. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja; klar. Das sind zwei Dinge: etwas nicht wissen oder für etwas nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

zuständig sein. „Nicht zuständig sein“ kann allenfalls eine Begründung dafür sein, es nicht zu wissen. Aber man kann auch etwas wissen im Bereich von Dingen, in dem man nicht zuständig ist.

Zeuge H. K.: Okay.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Also, deswegen: Wir sind da ganz genau.

Zeuge H. K.: Habe ich gemerkt.

Christian Flisek (SPD): Gut, aber - - Also, das heißt, Sie haben in Bad Aibling Kontakt eher mit den Amerikanern gehabt. Auch mit Ihren deutschen Kollegen?

Zeuge H. K.: Klar. Mehr als mit den Amerikanern.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Mit wem haben Sie da Kontakt gehabt?

Zeuge H. K.: Mit dem Dienststellenleiter und mit dem nachrichtensbearbeitenden Sachgebietsleiter - der war, glaube ich, auch schon hier -, der Herr J. Z.

Christian Flisek (SPD): So, und jetzt haben wir ja gesehen, dass offensichtlich - die Presse berichtet ja darüber - scheinbar mehrere etwas problematischere Selektoren auch über längere Zeiträume scharfgestellt waren, was jetzt nicht heißt, dass die zu Treffern führen müssen. Aber die Wahrscheinlichkeit - anhand der gemeldeten Zahl -, dass es zu Treffern gekommen ist, ist relativ hoch. Da muss doch mal irgendwas bei Ihnen auch aufgelaufen sein in der Meldungsbearbeitung. Ich kann mir das doch gar nicht - -

Wissen Sie, wir haben hier Leute sitzen gehabt, die haben irgendwann mal angefangen, diese Listen durchzuschauen, und sind dann auf problematische Selektoren gekommen - sei es rechtswidrig, sei es interessenswidrig -, nicht vom Aufgabenprofil gedeckt - ja? Und die waren scharfgestellt. Allein aufgrund der Menge, der schieren Menge, müssen doch da Treffer dann irgendwann mal dabei sein. So, und jetzt stelle ich mir halt

die Frage - - Das ist ja dann nicht abgestellt worden, sondern das muss ja dann irgendwann mal nach Pullach gekommen sein, also irgendwann mal zu Ihnen gekommen sein. Und jetzt haben Sie mir ja vorhin gesagt auch: Das war nie der Fall. - Sie haben nie - - können sich erinnern, dass irgendwo mal da was auftauchte, wo Sie sich an die Stirn gefasst haben und gesagt haben: „Hm, hopp! Komisch, dass das jetzt hier auftaucht“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage auch.

Christian Flisek (SPD): Sie verstehen, was ich meine?

Zeuge H. K.: Ja, ja; ich verstehe Sie. Aber es ist, bedingt durch die Bearbeitungssituation, also in der Erfassungsstelle - sprich: hier in dem Fall in Bad Aibling -, einfach so, dass alles, was diesbezüglich erfasst wird, ja von der Erfassungsstelle vorgesichtet wird, und nur das, was entsprechend ND-relevant ist, an die Zentrale weitergeleitet wird. Das heißt, wir in der Zentrale haben eigentlich keine Chance, solche Sachen passend zu erkennen.

Was Sie mir jetzt - - Was Sie mich fragen hier: Das ist eine Baustelle für die Erfassungsstelle. Ich kann es nicht - - weil ich es einfach nicht sehe, und weil wir es einfach nicht wissen.

Christian Flisek (SPD): Na gut, okay. - Herr K., erst mal herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit kommen wir zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Guten Tag, Herr H. K.! Ich habe Ihnen jetzt längere Zeit interessiert zugehört. Dieses Need to know beim Bundesnachrichtendienst, das ist uns hier ja am Anfang sehr eingetrichtert worden. Also, ich glaube ja, dass wir einen effizienten Geheimdienst haben, der eigentlich ganz gut aufgestellt ist. Und so, wie Sie das darstellen, müsste man sich große Sorgen machen, ob da überhaupt eine Hand weiß, was die



Nur zur dienstlichen Verwendung

andere tut im Bundesnachrichtendienst. Ich will damit sagen: Das ist so nach meiner Einschätzung wenig überzeugend. Das ist so, als wenn Sie jemanden von Opel befragen, und - - fragt: „Arbeiten Sie an einem Auto oder einem Motorrad?“, und der sagt: Ja, also, ich schraube nur Räder an; ich weiß es auch nicht. - Das wirkt sozusagen - - Aber gut, wenn das - - Wie haben Sie sich eigentlich vorbereitet auf die Sitzung?

Zeuge H. K.: Bedingt durch meine gesundheitliche Situation habe ich mich gestern informiert, informieren lassen von den Vertretern unseres Leitungsstabes. Ich habe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist das? Vertreter Ihres Leitungsstabes?

Zeuge H. K.: Ja, hier Kollegen aus dem präsidialen Bereich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem präsidialen Bereich?

Zeuge H. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

Zeuge H. K.: Was ich nicht gemacht habe, ist - bedingt durch meine gesundheitliche Situation, weil mir es ja wirklich nicht wahnsinnig gut geht -, dass ich ein Dutzend Ordner durchgewälzt habe und mir alle diese Sachen, die vorhin schon gelaufen sind, reingezogen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge H. K.: Das habe ich nicht gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Angesichts der kurzen Zeit - - Sie haben ja wirklich lange Jahre in interessanten Bereichen gearbeitet, und ich hätte da unheimlich viele Fragen. Aber da wir wenig Zeit haben - aus berechtigten Gründen, die ich gut nachvollziehen kann, und deswegen danke ich Ihnen auch, dass Sie hier sind heute -, würden

mich heute die Selektorenlöschungen im August 2013 interessieren und Ihre Rolle dabei. Haben Sie von dem Umstand der Selektorenlöschungen im August 2013 schon mal gehört?

Zeuge H. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie da gehört?

Zeuge H. K.: Ich weiß, dass unser Unterabteilungsleiter angeordnet hat, dass bestimmte Selektoren zu löschen sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann hat er das angeordnet? Wir reden über Herrn D. B. - ja?

Zeuge H. K.: Ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann hat er das angeordnet?

Zeuge H. K.: Irgendwann im Herbst 2013. Ich kann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Irgendwann im Herbst 2013.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Herbst 2013.

Zeuge H. K.: Ich kann es Ihnen aufs Datum nicht sagen, sorry.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was für Selektoren sollten gelöscht werden?

Zeuge H. K.: Es waren Selektoren mit Europa-bezug und auch mit NATO-Bezug, mit USA-Bezug.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben Selektoren gesteuert mit NATO-Bezug, mit Europabezug?

Zeuge H. K.: Wir hatten die damals gesteuert, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja; das ist ja interessant. - Und Sie sagten - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr von Notz?

Zeuge H. K.: Wobei zu beachten ist, dass diese Steuerungen eigentlich aus dem auswertenden Bereich kommen und wir dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus was kommen?

Zeuge H. K.: Aus dem auswertenden Bereich kommen und wir die entsprechend umsetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie prüfen die auch?

Zeuge H. K.: Ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - So, und dann sind Ihnen die NATO- und europabezogenen - - sind Ihnen nicht aufgefallen all die Jahre?

Zeuge H. K.: Ja, „aufgefallen“ - so kann man es nicht sagen. Freilich sind die uns - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sie gesehen; aber Sie dachten, das geht schon in Ordnung?

Zeuge H. K.: Ja. Und natürlich - -

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Jetzt müssten wir noch mal eine Meldung - - Herr Wolff meldet sich jetzt doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe den Schluss jetzt nicht verstanden.

Zeuge H. K.: Sorry, ich habe jetzt da - - war jetzt gerade - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich verstehe jetzt auch gar nicht - - Herrn Wolff hatte ich gar nicht gefragt.

RD Philipp Wolff (BK): Davon gehe ich aus; das ist auch selten der Fall. - Ich wollte nur ganz kurz den Zeugen darauf aufmerksam machen: Weil es um konkrete Selektoren geht, haben Sie dafür keine Aussagegenehmigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach habe ich ja gar nicht gefragt.

RD Philipp Wolff (BK): Na ja, es ging in die Richtung so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist gut, dass Sie ihn jetzt noch mal einordnen. Ich würde das als illegitime Beeinflussung des Zeugen bezeichnen, was Sie hier machen - ich hoffe, die Zeit ist angehalten -, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Herr von Notz, das weise ich ausdrücklich zurück, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - sondern das ist meine Aufgabe, das zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nicht nach spezifischen Selektoren gefragt, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Es hätte aber sein können, dass der Zeuge aufgrund der Frage, die Sie gestellt haben, auch spezifische Selektoren nennt, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - und dafür hat er keine Aussagegenehmigung. Deswegen bin ich gehalten, ihn darauf aufmerksam zu machen, dass er



Nur zur dienstlichen Verwendung

dafür keine Aussagegenehmigung hat. - Die Zeit ist angehalten; insofern geht es auch nicht von Ihrer Zeit ab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr H. K., lassen Sie sich nicht verunsichern. Wir reden über völlig legitime Dinge.

RD Philipp Wolff (BK): Herr von Notz, ich bitte wirklich, auch im Dialog einfach die Form zu beachten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich bemühe mich. Ich bitte, sozusagen in den acht Minuten, die ich habe, Herr Wolff - -

RD Philipp Wolff (BK): Es geht nicht von Ihrer Zeit ab; das habe ich so verstanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Und ich will den Zeugen auch noch kurz darauf hinweisen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!

RD Philipp Wolff (BK): - dass die Erfassung im Hinblick auf die NSA-Selektoren untersuchungsgegenständlich ist, aber nicht die Erfassung der BND-eigenen Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! Haben wir eben über BND-Selektoren geredet, Herr H. K., oder über NSA-Selektoren?

Zeuge H. K.: Über BND-Selektoren gerade.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben gerade über BND-Selektoren geredet? Ah ja.

Zeuge H. K.: Und deshalb - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. - Dann frage ich jetzt mal - - Das ist ja interessant.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Jetzt geht es weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt geht es weiter. - Also, wenn sich das eben auf BND-Selektoren, die Sie gesteuert haben, bezogen hat: Das ist auch eine interessante Auskunft. Aber ich wollte eigentlich - weil das ja nur untersuchungsgegenständlich, zumindest bis heute, ist - über NSA-Selektoren reden. Also, bezogen sich die Anweisungen, die Herr D. B. gemacht hat, auch auf NSA-Selektoren?

Zeuge H. K.: Auf alle Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf alle Selektoren. - Und das ist auch zur selben Zeit erfolgt? Also, wir reden jetzt über den Herbst 2013.

Zeuge H. K.: Ich denke schon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt sprachen Sie eben von Löschen. Meinten Sie löschen, dass diese Selektoren gelöscht werden sollten?

Zeuge H. K.: Nein, wir haben - - Die wurden deaktiviert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum deaktiviert man die? Warum löscht man die nicht?

Zeuge H. K.: Deaktiviert deshalb - - Nun ja. Zum Beispiel: Es gibt entsprechende Selektoren da drin, die man auch drin hat, damit die Erfassung, wenn die erfasst werden - - dass man diese erkennen kann, damit da keine Meldung oder keine Nachricht generiert wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht.

Zeuge H. K.: Warum nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, erklären Sie es mir noch mal. Seien Sie geduldig! Ich habe keine technische Ausbildung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Wenn Sie einen Selektor besitzen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: - von dem Sie wissen, dass der nicht zu erfassen ist, der entsprechende Teilnehmer, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: - wenn Sie ihn als - - in dieser Liste drin haben. Und wenn trotzdem eine Erfassung kommt, wenn dieser Selektor auftaucht - weil die Tools vergleichen ja die entsprechenden Daten -, dann wird dieses Datum, dieses erfasste Datum, nicht an die entsprechenden Bearbeiter weitergeleitet, sondern sofort gelöscht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wird es doch sowieso nicht, wenn ich keinen Selektor dafür habe.

Zeuge H. K.: Wenn Sie keinen Selektor dafür haben, dann erfassen Sie es auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Also, wenn ich ihn deaktiviere, dann erfasse ich es doch sowieso nicht. Warum muss ich das - -

Zeuge H. K.: Ja, aber Sie haben unter Umständen einen anderen Selektor, mit dem der - - also, mit dem der Selektor, den wir jetzt nicht haben sollen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge H. K.: - vielleicht kommuniziert, und den anderen Selektor, den kennen Sie vielleicht, und der kommuniziert halt mit einem anderen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil man immer andere Kommunikation, andere Selektoren mit erfasst, wenn man diese Form der Erfassung macht.

Zeuge H. K.: Automatisch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge H. K.: Ja, und deshalb müssen Sie, wenn Sie halt einen bestimmten aussortieren wollen, den so aussortieren, dass er auch vernünftig nicht mehr Meldungen oder Nachrichten generiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn Sie ihn auf „deaktivieren“ in der Datenbank stellen, dann gilt er gleichzeitig als Negativfilter.

Zeuge H. K.: So ungefähr, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ungefähr oder so genau?

Zeuge H. K.: So genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und kann es auch damit zu tun haben, dass man sagt, so ein Selektor, das ist ein schönes Datum, das will man gar nicht löschen, weil irgendwann kann man es vielleicht noch mal gebrauchen, in schlechten Zeiten oder so?

Zeuge H. K.: Das ist ein Problem, mit dem wir kämpfen mit den Nachrichtensachbearbeitern und - - Es kann passieren, und das ist sicherlich ein bestimmtes Handicap. Aber wir arbeiten daran im Rahmen der Kontrollmaßnahmen bei unserer Datenbank, dass solche Vorgänge nicht sich wiederholen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

Zeuge H. K.: - also, wenn einer ausgesteuert ist, dass der auch dann draußen bleibt. Sie haben - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man aus der - - Verzeihung, Herr H. K., ich habe nur acht Minuten. - Kann man aus der Datenbank Selektoren löschen? Kann ich sie entfernen?

Zeuge H. K.: Sicher.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Okay, das ist interessant. - Wissen Sie, dass das mal passiert ist? Ist das im Herbst 2013 auch passiert? Hat man auch gelöscht? - Hat man eine bestimmte Anzahl deaktiviert und eine andere gelöscht?

Zeuge H. K.: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde denn davon gesprochen, dass man löscht, oder wurde davon gesprochen, dass man deaktiviert?

Zeuge H. K.: Ach, das ist - - Eigentlich ist das so lange her. Ich kann es Ihnen definitiv nicht richtig vernünftig beantworten, ohne dass jetzt - - Nein, ich kann es nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Das ist interessant. - Und: Herr D. B., hat der mit Ihnen direkt gesprochen?

Zeuge H. K.: Ja, wir haben täglich kommuniziert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: Aber wenn Sie täglich kommunizieren, woher soll ich jetzt momentan wissen, was vor zweieinhalb Jahren war?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben nicht direkt mit Dr. T. kommuniziert, sondern Sie haben - -

Zeuge H. K.: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch?

Zeuge H. K.: Ja, aber - - Ja, habe ich auch mit Dr. T.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und jetzt ist die interessante Frage: Sie haben da davon gehört, dass da illegitime, nicht mehr steuerbare Selektoren in der Datenbank sind?

Zeuge H. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Und wie haben Sie dann - - Wie sind Sie mit dieser Information umgegangen?

Zeuge H. K.: Das ist relativ simpel. D. B. hat den Auftrag direkt an Dr. T. gegeben. Dr. T. kam zu mir und hat mir erzählt, dass da was schief läuft aus unserer Sicht, was de facto der Fall war. Ich habe zu ihm gesagt, ich bin über die Aktivität nicht informiert gewesen zu diesem Zeitpunkt, und er soll bitte hingehen und soll das gleich direkt D. B. melden. Freilich habe ich dann im Nachhinein mitbekommen, was gelaufen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D. B. soll das wem melden?

Zeuge H. K.: Dr. T. dem D. B. melden.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr von Notz wäre dann rum.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage. - Über R. U. und Bad Aibling wurde gar nicht gesprochen?

Zeuge H. K.: In dem speziellen Fall nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben Ihren Untergebenen Herrn K. M. auch nicht darüber informiert, dass da Selektoren drin sind, die er zukünftig aussortieren müsste?

Zeuge H. K.: Der K. M. - - Die Selektoren kamen aus Bad Aibling, die der Dr. T. angeschaut hat und untersucht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, aber der K. M. ist ja für die tägliche Prüfung, für die wöchentliche Prüfung zuständig.

Zeuge H. K.: Ja, aber in dieser Selektorenliste waren Daten drin, die nicht greifen im Rahmen der Analyse oder der Selektion oder der, ja, Überprüfung, die M. macht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge H. K.: Ja, und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber zukünftig musste er das doch beachten.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr von Notz, jetzt haben wir gut überzogen. Jetzt müssen wir leider weitergeben.

Zeuge H. K.: Freilich muss er es zukünftig machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer hat es ihm gesagt?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr H. K., wir müssen jetzt die Runde beenden. Wir haben gut überzogen. Jetzt geht es bei der CDU/CSU weiter. Das ist nicht Ihre Schuld. Die Zeit ist nun mal rum.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich mache da auch direkt weiter. - Wenn ich es mal so zusammenfassen kann: D. B. hat den Auftrag an Dr. T. gegeben, das zu überprüfen. Dann hat Dr. T. Ergebnisse gehabt, die er zunächst Ihnen mitgeteilt hat. Und Sie haben dann gesagt: Damit gehen Sie bitte zu D. B.

Zeuge H. K.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie ging es dann aus Ihrer Sicht weiter?

Zeuge H. K.: D. B. hat mit W. K. geredet, und soweit ich dann - kenne ich nur vom Hörensagen - informiert bin, wurde dann auch die NSA informiert, dass die zu entfernen sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie haben dann keinen weiteren offiziellen, sage ich mal, Rücklauf bekommen, dass Sie irgendwas ändern müssen, und Sie haben folglich auch nichts an K. M. weitergegeben?

Zeuge H. K.: So ist es.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie gehen davon aus, dass K. M. davon Kenntnis hat und das jetzt in Zukunft auch beachtet. Oder wie ist es weitergegangen? Man hat es ja jetzt einmal festgestellt. Dann wurde es abgestellt.

Zeuge H. K.: Mittlerweile ist das ja alles kommuniziert und demzufolge - - Es ist auch so weit - - Wir überprüfen die Selektoren jetzt, ja, auf eine andere Art und Weise, und demzufolge müsste es eigentlich abgestellt sein. Aber hier gilt auch: Was Sie nicht erkennen können - - Mittlerweile gehen wir hin: Alles, was wir nicht erkennen können, hauen wir sowieso raus.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie, was Sie nicht erkennen können?

Zeuge H. K.: Ja, es gibt Selektoren, die wir nicht erkennen konnten.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil Sie nicht genau wussten - - weil keine Begründung mitgeliefert war, oder weil Sie die Begründung nicht - -

Zeuge H. K.: Erstens das, und zweitens, weil halt bestimmte Selektoren, ja, uns so nicht geläufig waren, dass es Selektoren waren.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es geht ja nicht nur ums Erkennen-Können, sondern es geht auch darum, ob das Selektor zulässig ist - oder nicht?

Zeuge H. K.: Ja. Mittlerweile wissen wir das auch, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben gesagt, vorher haben Sie das auch schon so gemacht, dass die Selektoren, die Sie nicht erkennen können, konnten - - Die wurden vorher dann auch schon rausgenommen - oder erst jetzt?

Zeuge H. K.: Nein, vorher - - zuvor nicht. Also, vor 2013 nicht, weil - - war halt so.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, das hatten Sie vorhin auch mit einem Halbsatz angedeutet, dass der K. M. in seiner Prüfung - - dass dem das hätte gar nicht auffallen können. Meinen Sie da jetzt die, die man nicht hätte erkennen können, oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

meinen Sie die, die, ich sage es jetzt mal, unzulässig sind? Oder was haben Sie da gemeint? Oder habe ich Sie da falsch verstanden? Sie hatten irgendwas gesagt, K. M. hat das gar nicht geprüft oder K. M. hatte das gar nicht erkennen können.

Zeuge H. K.: Wenn er was nicht erkennen kann als unzulässigen Selektor, weil es bestimmte Kombinationen von Buchstaben und Zahlen sind, dann kann er es auch nicht prüfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Oder - wir hatten ja schon mal das Beispiel hier öfter gehört oder gebildet - wenn da jetzt die E-Mail-Adresse von Günther Oettinger dabei gewesen wäre zum Beispiel, hätte er die vorher dann nicht rausgefiltert, weil es einfach mit den vielen Löschstufen zusammenhing, weil die vorher nicht eingepflegt war und jetzt man solche Sachen einpflegt oder - -

Zeuge H. K.: Wenn er den Günther Oettinger gesehen hätte, hätte er ganz sicher dieses Teil rausgefiltert, weil es aus unserer Sicht den deutschen Interessen entgegenläuft, dass die NSA diese Daten erfasst.

Nina Warken (CDU/CSU): Nun ist es ja so - so wurde es uns gesagt -, dass die Selektoren erst aktiv gestellt werden können in Bad Aibling, wenn Sie sie freigegeben haben. Da gab es - - Da kennen wir jetzt die Stufen „approved“, „disapproved“ und „pending“. Jetzt haben Sie noch gesagt: „irgendwie gelöscht“ oder - - Ist das irgendwie dasselbe? Oder man kann nicht genau - - Also, das haben Sie jetzt vorhin so ein bisschen unklar ausgedrückt. Genau. Und vielleicht können Sie uns noch mal jetzt genau erklären, wie man - - wie, nach welchen Kriterien das vorher geprüft wurde und wie Sie es jetzt prüfen, nach 2013.

Zeuge H. K.: Momentan kann ich Ihnen, wie wir es jetzt prüfen, leider Gottes nicht detailliert genug erzählen, weil ich im letzten halben Jahr krank war und ich, wenn ich Ihnen jetzt irgendwas erzähle, was jetzt in - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber zwischen 2013 und jetzt?

Zeuge H. K.: Ja, zwischen 2013 - - 2013 sind wir hingegangen - -

Nina Warken (CDU/CSU): Und vor 2013?

Zeuge H. K.: Ja, ja. Aber es hat diverse Änderungen gegeben im letzten halben Jahr. Davor haben wir nach der Filterungsstufe 1 und 2 und nach der Filterstufe 3 die entsprechenden Selektoren gefiltert und entfernt.

Nina Warken (CDU/CSU): Also zum Beispiel nach deutschen Interessen?

Zeuge H. K.: Genau. - Auch nach entsprechend deutschen Einwahlen, nach deutschen Interessen - das wäre die Stufe 3 - usw.

Nina Warken (CDU/CSU): „Deutsches Interesse“, wer hat das bestimmt? Haben Sie sich da was überlegt, -

Zeuge H. K.: Ja, wir haben - -

Nina Warken (CDU/CSU): - oder gab es da Anweisungen?

Zeuge H. K.: Nein, eine Anweisung in dem Sinne gab es hier nicht. Aber wir haben natürlich gesagt: Wenn wir sehen, dass bestimmte Selektoren von bestimmten Personen oder von bestimmten Formen drin sind, dann wollen wir auch nicht, dass die Amerikaner solche Selektoren oder solche Daten bei uns - - oder nicht bei uns, aber halt so weit erfassen über unsere Erfassungsanlagen, und demzufolge haben wir die dann entfernt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Stufe 3, wer hat da festgelegt, was da reinkommt? Waren das auch - -

Zeuge H. K.: Ja, das war genau die Stufe 3 gerade.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die 2 bzw. - - Wer hat es festgelegt? Wer hat - -

Zeuge H. K.: Na ja, gut, bei der Stufe 1 und bei der Stufe 2, da haben wir - - Bei Stufe 1 haben wir ja die entsprechenden deutschen Einwahlen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, genau; das ist klar, ja.

Zeuge H. K.: Ja, ja. - Und das sind normal - - Ja, das können Sie mechanisch locker einstellen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Stufe 1 ist mir klar. Aber wer hat zum Beispiel sich überlegt - was weiß ich? -, Günther Oettinger muss jetzt in Stufe 3?

Zeuge H. K.: Die Leute, die - - wie zum Beispiel K. M.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge H. K.: Wir reden ja miteinander. Und in dem Zusammenhang sind halt diese Selektoren, die quasi deutsche Politiker oder sonst was in der Richtung erfassen - - werden die rausgefiltert.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das machen Sie. Da gibt es keinen Austausch auch mit anderen Abteilungen, Referaten? Das hat K. M. sich entwickelt?

Zeuge H. K.: Ja, gut, die Nachrichtenbearbeiter sagen dem dann auch, wenn er irgendwas sieht - - Er kommuniziert ja auch mit den entsprechenden Nachrichten bearbeitenden Bereichen. Da ist schon eine Kommunikation da, freilich.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat sich da jetzt was geändert im Laufe der Zeit, wie man da rangeht, besonders nach 2013? Das würde ich mir ja schon vorstellen.

Zeuge H. K.: Ja, seit 2013 - - Wir sind da schon entsprechend sensibler geworden. Es sind mehr und mehr solcher Selektoren natürlich eingepflegt worden - - dass die nicht mehr erfassbar sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie uns vielleicht, was wir vorhin besprochen haben mit dem Löschen - - noch mal vielleicht klarstellen? Also, wir kennen oder ich kenne „approved“, „dis-approved“ und, wenn es eben noch nicht geprüft ist, „pending“. Kann man jetzt was löschen in dem Sinne, dass es tatsächlich raus ist? Oder

heißt „gelöscht“ einfach, dass es inaktiv gestellt ist?

Zeuge H. K.: Die amerikanischen Selektoren können wir sowieso so nicht löschen. Das ist dann - - Es ist inaktiv, denke ich.

Nina Warken (CDU/CSU): Die erscheinen aber - - Wenn ich jetzt irgendwie eine Liste erstellen würde, würden die erscheinen, oder sind die dann irgendwo verschwunden in der Datei? Oder wie muss man sich das vorstellen? Oder sehe ich, dass der Selektor - -

Zeuge H. K.: Na, Sie sehen dann eine Liste, die sagt: inaktiv.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge H. K.: Weil Sie können die ja - - Sie müssen ja quasi die zuweisen; sonst können Sie nicht entsprechend selektieren und verwerfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten die Selektoren ja wöchentlich, glaube ich, aus Bad Aibling erhalten zur Prüfung. Hat sich das geändert? Macht man das jetzt häufiger? Oder muss ich das dann so verstehen, dass ein Selektor, auch wenn er zulässig wäre, dann tatsächlich vielleicht eine Woche gar nicht aktiv sein kann, bis Sie es geprüft haben?

Zeuge H. K.: Nein. Also, das ist alles jetzt gelaufen im letzten halben Jahr.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge H. K.: Aber soweit ich weiß, läuft das jetzt deutlich häufiger, als es zuvor gelaufen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Zahl der Selektoren, die Sie zur Prüfung bekommen haben, können Sie sagen, wie die sich geändert hat, wie die angestiegen ist vielleicht? Gibt es da Schwankungen?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal sagen: Die Gegenwart ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht Untersuchungsgegenstand! Also, da darf er gar nichts zu sagen, wie das heute ist!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hat der Kollege von Notz recht. Haben wir eben auch schon gesagt.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber wie die Zahl der Selektoren sich verändert hat?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leider nicht! Entweder ganz oder gar nicht!)

- Aber auch vor 2013.

Zeuge H. K.: Also, ich kann Sie beruhigen. Ich weiß es - -

Nina Warken (CDU/CSU): Vor 2013.

Zeuge H. K.: Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie viele haben Sie da im Durchschnitt beanstandet? Wie viele der Selektoren wurden so im Durchschnitt beanstandet?

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen jetzt keine vernünftige Antwort geben, mit Durchschnitt und mit - - Nein, sorry.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wenn Sie einen Selektor beanstandet haben, gab es dann auch manchmal Fälle, dass Bad Aibling gesagt hat: „Warum habt ihr den jetzt beanstandet?“, dass die sich darüber, sage ich mal, beschwert haben oder nachgefragt haben oder dass vielleicht auch die Amerikaner nicht einverstanden waren?

Zeuge H. K.: Nein. Es ist so: Was beanstandet wurde, da kam es - - Meines Wissens gab es da keine Beanstandungen, weder von amerikanischer Seite noch von Bad Aibling. Was aber passiert ist: dass von Zeit zu Zeit solche Selektoren oder - - ja, dann wieder aufgetaucht sind und dann wurden sie halt wieder rausgeschmissen.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat man dann auch von Zeit zu Zeit noch mal das Gesamtprofil überprüft?

Zeuge H. K.: Ja, freilich.

Nina Warken (CDU/CSU): In welchen Abständen?

Zeuge H. K.: Das Gesamtprofil wurde meines Wissens monatlich überprüft.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Jetzt würde ich gern noch mal zu dem Auftrag von D. B. zurückkommen. Wir tappen da ja immer noch ein bisschen im Dunkeln, wie es denn dazu kam, ob der D. B. einen konkreten Verdacht hatte, ob es einen Anlass gab für seine Prüfung. Vielleicht können Sie mehr dazu sagen. Hatte er irgendwelche Hinweise?

Und dann ist es aus unserer Sicht natürlich etwas unverständlich, wie dann der Rücklauf war. Sie haben ja schon gesagt, T. hatte Ihnen das gemeldet oder gesagt, dass ihm da was aufgefallen sei, was ich ja nachvollziehbar finde, dann haben Sie ihm gesagt: Melden Sie es doch an D. B. - Wie es dann weiterging, das ist alles ein bisschen unklar. Man hat den Eindruck, dass sich auch keiner richtig erinnert bzw. dass die Information auch nicht richtig weitergegeben worden ist. Haben Sie irgendeine Erklärung dafür, warum es diese Prüfung überhaupt gab?

Zeuge H. K.: Eine Erklärung dafür habe ich nicht, aber manchmal hört der D. B. das Gras wachsen und - -

(Heiterkeit)

- Ja. Ich wollte jetzt einfach sagen: Er hatte ein gutes Gefühl, dass er da schauen lässt. Und bedingt durch diese Tatsache hat sich das so entwickelt.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben auch nie mit ihm darüber gesprochen?

Zeuge H. K.: Ich habe ja vorhin gesagt: Es ging an mir vorbei. Es ging von D. B. zu Dr. T. - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Der ja nicht in Ihrem Referat war.

Zeuge H. K.: Dr. T. ist einer meiner Referenten; das stimmt schon. Aber ich habe erst mitbekommen, was da läuft, als - - Weil das hat er immer wieder - - also D. B. macht es oder hat es immer wieder gemacht. Es war auch nicht nur in meinem Referat so, das ist allgemein so gelaufen. Aufgrund der Tatsache habe ich da ja dann auch zum Dr. T., nachdem er kam und gesagt hat: „Hier stimmen einige Sachen nicht“, gesagt, gut, kann ich jetzt zwar zur Kenntnis nehmen, aber melden muss er das D. B.

Nina Warken (CDU/CSU): Noch zwei Verständnisfragen. Sie haben gerade gesagt, T. M. gehörte zu Ihrem Referat. Ich hatte gedacht, der gehörte nicht zu Ihrem Referat.

Zeuge H. K.: Dr. T.?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeuge H. K.: Doch, der gehört zu mir ins Referat.

Nina Warken (CDU/CSU): Gehört zu Ihnen. Also es war dann kein Fachfremder aus einem Nachbarreferat, sondern er war aus Ihrem Referat.

Zeuge H. K.: Nein, nein, er gehörte zu mir.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben gesagt, D. B. hatte das immer wieder gemacht. Was meinten Sie da, einfach Prüfaufträge oder Kontrollen? Was meinten Sie damit?

Zeuge H. K.: Nein, wenn irgendwo ein Problem anstand, dass er halt direkt auf entsprechende Referenten zugeht oder auf den entsprechenden Sachgebietsleiter und gesagt hat: „Hilf mir hier mal, erzähl“ oder: „Schau mal genauer hin, was da läuft und los ist“, ohne dass er den entsprechenden Referatsleiter informiert hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Also das war üblich, dass er sozusagen an Ihnen vorbeiging und direkt dann den Sachbearbeiter - -

Zeuge H. K.: Normalerweise nicht. Es war nicht üblich, aber es ist passiert.

Nina Warken (CDU/CSU): D. B. hat es gemacht?

Zeuge H. K.: Und es ist nicht nur mir passiert, also allen anderen Referatsleitern genauso.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben es aber auch nicht beanstandet, sondern haben dann gesagt - - Also Sie haben es nicht bei D. B. beanstandet - oder?

Zeuge H. K.: Gehen Sie mal zu Ihrem Chef und sagen Sie: Ich mag das nicht, was du hier machst.

Nina Warken (CDU/CSU): Das war nicht erwünscht? Oder haben Sie es sich lieber gespart?

Zeuge H. K.: Das kann man sich ersparen. Weil wenn man das Echo kennt, kann man sich das sparen.

Nina Warken (CDU/CSU): Deswegen war die Sache für Sie, indem Sie gesagt haben: „Dr. T., gehen Sie wieder zu D. B.“, sozusagen -

Zeuge H. K.: Ad acta gelegt.

Nina Warken (CDU/CSU): - ad acta gelegt. - Und Sie sind dann auch nicht mehr darauf zurückgekommen, bis es dann sozusagen eben öffentlich wurde? Gab es da keine Gespräche drüber, oder haben Sie mit dem T. geredet?

Zeuge H. K.: Ja, freilich gab es ein Gespräch. Ich habe mit D. B. schon darüber geredet, und er hat auch gesagt, dass er bereits mit W. K. geredet hat und dass sie auf die Amerikaner zugehen werden, damit das umgehend abgestellt wird. Also so viel weiß ich schon im Nachgang. Aber wie es sich dann weiterentwickelt hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, „mit den Amerikanern geredet“ ist das eine. Der K. M. hat bedauert, dass er eben keine Kenntnis erlangt hat, wo er doch die, sage ich mal, Erkenntnisse auch für seine Selektorenprüfung hätte nutzen können. Es ist ja eigentlich auch nicht sachdienlich, wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich als D. B. so was in Auftrag gebe und dann aber, sage ich mal, den zweiten Schritt nicht folgen lasse - oder?

Zeuge H. K.: Der K. M. konnte ja diese Selektoren nicht erkennen, und wenn er sie nicht erkennen kann, kann er sie auch nicht herausfiltern. Denn es waren Selektoren bzw. es waren Kennzeichnungen, die wir zu dem Zeitpunkt so nicht als Selektor erkannt haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Also das waren jetzt keine - ich bilde noch mal das Beispiel - - es gab keine Selektoren wie guenther.oettinger@eu.org? So was war nicht dabei, wo man hätte sagen können, das kann man künftig in die Stufe 3 einpflegen? Ich weiß, dass Sie dazu jetzt inhaltlich wahrscheinlich wenig sagen können; aber es ist uns jetzt, glaube ich, neu, dass man die Selektoren ohnehin hätte nicht erkennen können, sondern wir sind davon ausgegangen, dass es Dinge waren, die man durchaus hätte erkennen können bzw. wo man dann eben auch einen Nutzen hätte draus ziehen können, indem man einfach die Filter mit dem Wissen besser pflegt in Zukunft. Aber vielleicht können Sie es mir auch noch mal erklären. Also, ich habe schon verstanden, dass es Selektoren gab, wo Sie gar nicht wussten, was es ist; das habe ich verstanden. Ich bin davon ausgegangen, dass es darüber hinaus auch Dinge gab, die eben gegen deutsche Interessen, vielleicht auch gegen europäische Interessen usw. verstoßen haben können, was man dann einfach hätte abstellen können, wenn man es weiß.

Zeuge H. K.: Ja, dieses Abstellen-Können hat ja - habe ich gerade vorhin gesagt - D. B. und W. K. kommuniziert, so wie mir erzählt wurde - ich war ja nicht dabei -, mit den Amerikanern.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Jetzt noch mal zu den Selektorentypen: Waren es tatsächlich nur welche, die man nicht hätte erkennen können, oder waren es doch auch andere? Oder wissen Sie es einfach nicht?

Zeuge H. K.: In der Liste sind alle möglichen Selektoren, aber diejenigen, die wir kennen und die wir erkennen können, die hat ja der K. M. ohnehin schon geprüft und selektiert und hat quasi

diejenigen, die nicht opportun waren, rausgeschmissen. Wir haben ja alles angeschaut zu der - - also Dr. T. hat alles angeschaut zu der Zeit. Aufgrund dessen, dass halt noch ein paar Sachen drin waren, die in dem speziellen Fall halt „pfui“ waren, haben ja dann D. B. und W. K. die Initiative ergriffen, dass diese Sachen rauskommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Bei den Amerikanern?

Zeuge H. K.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber bei Ihnen selber wissen Sie von nichts, ob das dann - -

Zeuge H. K.: Wir hatten die ja nie drin.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie sagen, Sie haben diese „Pfui“-Selektoren gar nicht drin gehabt?

Zeuge H. K.: Nein, nein, wir hatten die nicht drin, also nicht in unserer Erfassung.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten die „disapproved“ gestellt oder was, weil Sie die nicht erkennen konnten?

Zeuge H. K.: Diejenigen, die wir nicht erkennen konnten zu diesem Zeitpunkt, die waren bei uns auch definitiv nicht drin.

Nina Warken (CDU/CSU): Was heißt „nicht drin“? Wo waren die dann?

Zeuge H. K.: Die waren in der Erfassung irgendwo in - schätze ich - Bad Aibling. Aber wir wissen bei uns in der Zentrale nicht, was die Erfassungsstelle für Selektoren einstellt in Gänze, weil da die Situation in Bad Aibling ein bisschen eine andere ist durch die Kooperation mit den Amerikanern.

Nina Warken (CDU/CSU): Also Bad Aibling schickt nicht alle Selektoren zu Ihnen zur Freigabe?

Zeuge H. K.: Die schicken alle her zum Überprüfen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und dann schicken Sie sie zurück, aber Sie wissen nicht, ob die sich dran halten?

Zeuge H. K.: Zu dem - -

Nina Warken (CDU/CSU): Doch - oder?

Zeuge H. K.: Die können ja nichts einstellen, ohne dass, so wie ich das weiß, wir das „approved“.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gerade zwei Sachen gesagt, die ich nicht ganz verstanden habe. Sie haben gesagt: Die haben wir ja nicht drin gehabt, die waren irgendwo. - Ist das was, was ich unter „disapproved“ verstehe, oder ist das was, was gar nicht zu Ihnen gekommen ist, weil es schon in Bad Aibling rausgeflogen ist? Tut mir leid, dass ich immer so nachfrage, aber das sind jetzt teilweise neue Ansätze für mich. Was meinen Sie damit, wenn Sie sagen: Das haben wir doch gar nicht drin gehabt.

Zeuge H. K.: Dass die in unseren Datenbanken nicht in der Erfassung waren.

Nina Warken (CDU/CSU): In keiner? Oder hat Sie es nur nicht von Bad Aibling erreicht?

Zeuge H. K.: Alles das, was wir gesteuert haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Was Sie gesteuert haben?

Zeuge H. K.: Weil die Amerikaner schicken uns die Selektoren, also K. M., er überprüft das, und zu diesem Zeitpunkt waren halt Selektoren drin, die er so nicht erkennen konnte. Aufgrund dessen, dass es eine Datenbank ist, die gegen eine andere Datenbank läuft, also die vergleichen - -

Nina Warken (CDU/CSU): Verstehe schon.

Zeuge H. K.: Wenn Sie wissen, was Sie rausgeschmissen haben wollen, -

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, das verstehe ich.

Zeuge H. K.: - dann geht die Datenbank hin und schaut: Hat die andere Datenbank genau solche Kenner drin? - Wenn Sie aber jetzt da Kenner drin haben, die bei Ihnen nicht als wegwerfwürdig gelten, dann ging damals im Rahmen dieses Prüfprozesses auch unsere Kontrolldatenbank nicht hin und hat diese entsprechenden, uns zu diesem Zeitpunkt unbekannt, was wir jetzt mittlerweile wissen, Selektoren auch nicht weggeschmissen. Mittlerweile machen wir es ja so, dass wir sagen: Was wir nicht kennen, geht auch nicht durch.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Also jetzt haben Sie umgestellt: Was Sie nicht kennen, geht nicht durch. - Vorher war es, sage ich mal, so eine Art Negativprüfung, Prüfung, ob das in der zweiten Datenbank drauf ist, die Sie haben gegenlaufen lassen?

Zeuge H. K.: Wenn Sie prüfen: „Ist 0049 drin?“, oder was auch immer, wenn Sie solche Selektoren - - wenn Sie Ihre Daten gegen die anderen laufen lassen, dann können Sie alles das rauschmeißen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge H. K.: Aber Sie können nichts rauschmeißen - -

Nina Warken (CDU/CSU): Was Sie nicht haben.

Zeuge H. K.: Genauso ist es, ja. Es ist wie mit dem - -

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und deswegen wäre es doch gut gewesen, man hätte das, was der T. gefunden hätte, auch dem K. M. gesagt, dass der das in die Datenbank, die es dann rauschmeißt, einpflegen kann - oder nicht?

Zeuge H. K.: Da haben Sie nicht ganz Unrecht, ja. Stimmt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie ist denn der T. vorgegangen bzw. wie hat er das dann gefunden, was Sie vorher nicht erkannt haben? Wissen Sie das? Hat er Ihnen das erzählt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Dr. T. ist Mathematiker. Er hat es gemacht, glaube ich, auf einem Laptop. Wie er es gemacht hat? - Keine Ahnung.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie denn noch mit anderen über die Überprüfung gesprochen, mit W. K. auch oder mit R. U.?

Zeuge H. K.: Nein, das war alles D. B.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und der T. selbst, hat der, wenn Sie sagen, er hat ja in Ihrem Referat auch gearbeitet, das dann irgendwie umgesetzt in Zukunft? Ich meine, das wäre ja auch was, wo man dann als logischen Schritt sehen würde - -

Zeuge H. K.: D. B. hat gesagt, er kümmert sich darum, und deshalb, ja, weil der wahrscheinlich auch längere Zeit nichts mehr davon gehört hat - - Ich glaube, der hat sogar dann den Laptop zurückgegeben. Deshalb war ja auch das Problem mit den Daten anschließend, die wieder irgendwo so zu finden, zu bekommen, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hat ja der D. B. nicht nur nicht Sie informiert, dass er den T. beauftragt, sondern er hat ja dann auch die Ergebnisse nicht, sage ich mal, weiter nach oben gemeldet. Ist das etwas, wo Sie sagen, es ist eher üblich in Ihrem Haus oder eher sogar unüblich, oder liegt es vielleicht auch in dem Naturell des B., das Sie uns hier beschrieben haben?

Zeuge H. K.: Nein, es ist einfach so: Wenn D. B. sagt, er kümmert sich darum, dann macht er das in der Regel - - nein, dann macht er das. Dann gehen wir auch davon aus, dass die notwendigen Schritte eingeleitet werden. Ich gehe ja nicht hin und kontrolliere meinen Chef, ob er anständig arbeitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich meine jetzt auch nicht, dass Sie hätten was machen müssen. Aber wenn Sie jetzt B. gewesen wären und hätten diese Prüfung beauftragt, dann hätte es, sage ich mal, doch nicht unerhebliche Ergebnisse, nicht unerhebliche Funde von Selektoren gegeben, die so nicht zulässig waren oder die Sie eben nicht

erkannt haben oder wie auch immer. Was hätten Sie dann gemacht? Da hätten Sie doch sicherlich das auch dem Abteilungsleiter oder sonst jemandem gemeldet. Und der B. hat das eben gar nicht nach oben gemeldet, sondern hat natürlich versucht, das dann abzustellen, aber hat es nicht weitergegeben. Und das war immerhin eine Kooperation mit den Amerikanern, wo vielleicht dann auch die höhere Ebene draufschauen muss, vielleicht bei künftigen Kooperationen darauf achten soll usw. Es wäre doch eigentlich logisch, dass man es weitergibt. Für uns ist jetzt nur wichtig: War das bei Ihnen eher üblich, in so einem Fall das bei sich zu behalten, oder wäre das in Ihrem Haus schon auch so, wie man es sich vorstellt, dass man so einen Vorgang auch weiter nach oben gibt? Oder wie hätten Sie es gemacht?

Zeuge H. K.: Ich hätte es so gemacht, dass ich das weitergemeldet hätte. Aber ich weiß nicht, ob er es weitergemeldet hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Er hat gesagt, er hat nicht.

Zeuge H. K.: Ja, gut.

Nina Warken (CDU/CSU): Würden Sie dann sagen: „So ist er halt“?

Zeuge H. K.: Nein, dann ist es sein Problem schlussendlich, weil ich - - Es steht mir nicht zu, zu sagen: Hier hast du was falsch gemacht.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten vorhin - das habe ich nur im Rauslaufen mitbekommen - auf eine Frage von Frau Renner irgendwie gesagt - da ging es auch um dieses Breitbandkabel, wo wir ja gemeint haben, Sie wären der zuständige Zeuge, der uns dazu was sagen kann -, Sie können was sagen zu dem Zustandekommen des Papiers, auf dessen Grundlage wir Sie geladen hätten. Können Sie das in der öffentlichen Sitzung machen und da ein bisschen Licht ins Dunkel bringen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann auch die letzte Frage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Die Ursachen sind relativ banal. General Alexander wollte unseren Präsidenten Dr. Hanning besuchen. Die Amerikaner haben gesagt: Unsere Anbindung zu euch ist in einem desolaten Zustand. - Was wir übermitteln können im Rahmen dieser Anbindung, die wir zu diesem Zeitpunkt besaßen, war nichts anderes als eine bessere Fernschreibverbindung. Es entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Also haben die Amerikaner gesagt: „Wir wollen eine Anbindung, die Bit-transparent ist“, sprich, dass wir Excel-Tabellen, JPEGs usw. usf. austauschen können, was bis zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall war. Dann haben die Amerikaner natürlich nachgefragt über unseren Leitungsstab, haben dieses Thema Anbindung - - Kommunikationsanbindung auf die Tagesordnung gesetzt. Das hat sich dann wieder dadurch implementiert, dass unser Leitungsstab bei uns nachgefragt hat: Welche Anbindung besitzt ihr? - So kommt die Auflistung zustande, wer wo welche Anbindungen hat zu - - oder welche Einheit welche Anbindung hat zu den Amerikanern. Da ist auch unter anderem diese Breitbandanbindung drin. Über diese Breitbandanbindung laufen Verkehre von den Amerikanern überwiegend - - oder liefern zu diesem Zeitpunkt Verkehre überwiegend von den Amerikanern zu uns. Und das wiederum - -

RD Philipp Wolff (BK): Zum Inhalt, was darüber läuft, können Sie in eingestufte Sitzung Angaben machen, aber nicht in der öffentlichen Sitzung.

Zeuge H. K.: Bitte?

RD Philipp Wolff (BK): In eingestufte Sitzung können Sie Angaben machen zu dem, was darüber läuft, aber nicht in öffentlicher Sitzung.

Zeuge H. K.: Okay. - Und da müssen wir halt - - Aber ich habe vorhin schon gesagt, wie sich das verhält, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann komme ich in der eingestuften Sitzung vielleicht noch darauf zurück. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir sind jetzt mit der ersten Frage-
runde durch. Ich frage Sie: Sind Sie noch fit für
weitere Fragen? Das hoffen wir.

Zeuge H. K.: Ich weiß nicht so richtig, aber -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß es
auch nicht, deswegen die Frage.

Zeuge H. K.: - maximal eine Viertelstunde, bitte.
Es ist einfach so: Mein Gesundheitszustand ist
nicht gerade der allerbeste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie müssen
das nicht erklären, warum. Ich möchte nur fra-
gen, ob Sie fit sind, damit Sie mir hier nicht um-
klappen.

Zeuge H. K.: Wenn Sie mir fünf Minuten Zeit ge-
ben, dass ich mal schnell kurz raus kann, dann
wäre das sehr angenehm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das machen
wir. Wir haben sowieso von einer Fraktion den
Wunsch nach einer kurzen Beratungssitzung,
dann können Sie sich in der Zeit frisch machen,
erholen, und dann geht es weiter. - Herr Wolff
noch dazu?

RD Philipp Wolff (BK): Im Rahmen meiner Für-
sorgepflicht sehe ich mich dazu gehalten, darauf
hinzuweisen, dass der Zeuge natürlich nur ein
ärztliches Attest für zwei Stunden hat. Ich bin
kein Arzt, ich kann das auch nicht einschätzen,
ich will darauf nur aufmerksam machen. Das ist,
glaube ich, meine Pflicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen
fragte ich ihn, weil ja auch in Unterbrechung da-
bei war. - Wenn Sie sagen, dass es nicht mehr
geht, dann ist Ende. Das ist klar.

Zeuge H. K.: Dann hören wir auf, bitte, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also es geht
wirklich nicht mehr?

Zeuge H. K.: - und verschieben das auf irgend-
einen anderen Tag.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das werden wir dann müssen, weil ich glaube, hier sind noch viele Fragen offengeblieben. Sie haben das zwar gut gemacht, aber das hat natürlich auch für Fragen angeregt. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr K., wir haben ganz großen Respekt, auch wegen Ihrer momentanen körperlichen Verfassung. Jetzt habe ich nur eine Frage: Vielleicht können wir das heute auch in eine Richtung bringen, dass es vielleicht nicht mehr notwendig sein muss, dass Sie noch mal herkommen. Wären Sie in der Lage, eine Viertelstunde in einer eingestuften Sitzung Fragen zu beantworten? Weil ich glaube, wir haben jetzt ein paar Dinge angeschnitten, die, wenn das jetzt einfach über einen längeren Zeitpunkt so bleibt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wichtig ist, dass Sie sich in Ihrem Gesundheitszustand nicht irgendwas zumuten, was nicht geht. Sie müssen es wissen, ob es geht oder nicht geht.

Zeuge H. K.: Gut, ich muss sowieso nochmals kommen. Dann können wir das vielleicht zu dem Zeitpunkt kombinieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Dann wären wir am Ende der heutigen Befragung. Ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken, dass Sie, soweit Sie konnten, Rede und Antwort stehen konnten. Das war keine leichte Aufgabe aufgrund Ihres Gesundheitszustands. Sie haben es sich trotzdem zugemutet. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Wie gesagt, es sind noch ein paar Fragen offengeblieben. Da müssen wir mal gucken, ob wir noch einen weiteren Termin finden.

Nach Fertigstellung - ich hatte es Ihnen ja zu Anfang gesagt - wird Ihnen das stenografische Protokoll dieser Sitzung heute zugeschickt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, sich das Protokoll anzugucken und gegebenenfalls Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen und uns das Protokoll zurückzuübermitteln.

Ich wünsche Ihnen für den heutigen Tag einen guten Nachhauseweg und insgesamt gute Besserung. Alles Gute und nochmals danke, dass Sie bei uns waren!

Zeuge H. K.: Das dauert noch über ein Jahr, und mein Arzt sagt, ich sei doof, dass ich mir das antue. Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie gesagt: Gesundheit geht vor.

Zeuge H. K.: Ja, gut, aber es ist auf der anderen Seite so: Nachdem ich - ich war jetzt ein halbes Jahr wirklich krank - im Rahmen meiner Wiedereingliederungsmaßnahme nach den ersten zwei Stunden, wo ich bei uns wieder versucht habe zu arbeiten, schon gefragt wurde, wann ich zu diesem Untersuchungsausschuss kommen kann, und dann aber eigentlich gedacht habe - das sage ich nicht, was ich gedacht habe - - und dann anschließend seit dieser Zeit, weil ich ja dann irgendwann wieder regulär arbeiten wollte, wöchentlich gefragt wurde: „Wann können Sie zum Untersuchungsausschuss gehen?“, habe ich dann gesagt: „In Gottes Namen, dann machen wir halt“, weil es wird alles nicht besser.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben uns aber auf Sie gefreut.

Zeuge H. K.: Ja, gut, die Freude liegt ganz auf Ihrer Seite, nicht auf meiner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben uns auch geholfen, sagen wir mal so. - So, jetzt erst mal guten Nachhauseweg und gute Besserung. Alles Gute!

Da der nächste Zeuge noch etwas braucht, würde ich vorschlagen, jetzt die Beratungssitzung zu machen, damit wir die Zeit effektiv nutzen. Ist das Konsens? - Ich sehe keine Gegenstimme. Dann treten wir jetzt in eine Beratungssitzung ein. Das bedeutet - die erfahrenen Besucher dieses Ausschusses wissen es schon -, dass wir nichtöffentlich tagen und Sie die Gelegenheit haben, jetzt einen Imbiss einzunehmen. Ich bitte also die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
13.21 Uhr - Folgt
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
14.52 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung fort.

Ich begrüße ganz herzlich unseren nächsten Zeugen, Herrn Schulz. Schön, dass Sie bei uns sind.

Vernehmung des Zeugen Jürgen Schulz

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Schulz, Sie haben die Ladung am 30. November erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, dann zwei Wochen Zeit, um Korrekturen und Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen und uns dieses dann zurückzusenden. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Jürgen Schulz: Herr Vorsitzender, keine Fragen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dank schön. - Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommt.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Form fortsetzen kann, um Ihnen die Fragen dann zu stellen. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Zeuge Jürgen Schulz: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Ihnen Fragen stellen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen im Rahmen der Zeitkontingente der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Jürgen Schulz: Mein Name ist Jürgen Schulz. Ich bin 1964 geboren worden. Ladungsfähige Anschrift wäre der Werdersche Markt 1, die Anschrift des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen wir zum sogenannten Eingangsstatement. Wenn Sie dies wünschen, haben Sie die Möglichkeit, zum Untersuchungsgegenstand in Gänze vorzutragen, ohne unterbrochen zu werden.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, kein Eingangsstatement im formellen Sinne, vielleicht nur der Hinweis auf meine früheren Zuständigkeiten - vielleicht ist das hilfreich - und vielleicht eine kleine Vorbemerkung zu den Zuständigkeiten des Auswärtigen Amtes mit Blick auf den Untersuchungsausschuss im Allgemeinen.

Zunächst ganz kurz zu meiner Vita: Ich war von 2008 bis 2013 Referatsleiter im Kanzleramt, habe dort in verschiedenen Referaten gearbeitet, habe zunächst das Osteuropareferat 212 zwei Jahre geleitet, dann drei Jahre das Referat, das sich mit Kanada, den USA, Türkei, Sicherheits- und Abrüstungspolitik beschäftigt; das war der Zeitraum von 2010 bis 2013. Also als im Juni insbesondere ja die Themen, die diesen Ausschuss besonders interessieren, hochkamen, war ich noch einen Monat lang im Kanzleramt, danach bin ich dann als Angehöriger des Auswärtigen Amtes wieder in mein Mutterhaus zurückversetzt worden, bin also seit dem 1. Juli 2013 wieder im Auswärtigen Amt, dort Beauftragter für Sicherheitspolitik, bin aber insbesondere auch für die transatlantischen Beziehungen zuständig. Insofern ergibt sich vielleicht auch schon ein erster Anknüpfungspunkt für die Fragen, die den Ausschuss interessieren.

Wie bekannt führt das Auswärtige Amt ja keinen Nachrichtendienst; das heißt, zu operativen Aspekten der nachrichtendienstlichen Arbeit kann ein Angehöriger des Auswärtigen Amtes insofern auch kaum Aussagen machen. Das ist nicht unser Metier. Auf der anderen Seite sind wir eben doch



Nur zur dienstlichen Verwendung

für die transatlantischen Beziehungen zuständig; das heißt, ich in meiner Funktion bin also mit den Folgen der NSA-Fragen auch befasst gewesen. Das sind Dinge, die uns ja auch beschäftigen, da wir regelmäßig Kontakte mit amerikanischen Gesprächspartnern auf diplomatischer Ebene führen.

Einen zweiten Anknüpfungspunkt für das Auswärtige Amt: Die Zuständigkeit gibt es dann auch noch im Bereich des Völkerrechts. Das ist bei uns eine andere Abteilung; aber hier gibt es verschiedene Dinge, die eben auch im Zusammenhang mit NSA-Fragen eine Rolle gespielt haben, zum Beispiel die Aufhebung der sogenannten Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahre 1968, zum Beispiel die Frage, dass ja auch US-Streitkräfte hier US-Vertragsunternehmen unter Vertrag haben, und die Frage zum Beispiel, was US-Militär in Deutschland macht. Das sind auch Fragen, mit denen wir von der politischen Seite befasst sind, aber natürlich die Kollegen aus den völkerrechtlichen Referaten entsprechend im völkerrechtlichen Sinne. - So viel vielleicht zum Eingang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Bevor ich auf die Zeit ab dem 1. Juli 2013 eingehe, würden mich ganz kurz Ihr beruflicher Werdegang und die Ausbildung dahin interessieren. Sind Sie Jurist, sind Sie Techniker?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich muss Sie enttäuschen: weder noch. Ich bin Ökonom von Hause aus, also Diplom-Ökonom, habe Wirtschaftswissenschaften studiert, bin dann 1991 ins Auswärtige Amt eingetreten. Nach der Ausbildung im Auswärtigen Amt war ich dann drei Jahre an der Botschaft in Bischkek, also in Kirgisistan. Anschließend, 1996, habe ich dann gewechselt und bin Mitarbeiter geworden im internationalen Stab der NATO, habe also quasi als NATO-Beamter fünf Jahre in Brüssel gearbeitet. Dann bin ich 2001 wieder ins Auswärtige Amt zurückgekehrt, habe dort im Westbalkan-Referat gearbeitet bis 2004. Dort habe ich dann fast ein Jahr im Irak-Stab gearbeitet und wurde 2005 stellvertretender Referatsleiter im Auswärtigen Amt für Fragen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Ver-

teidigungspolitik, bevor ich dann, wie schon erwähnt, 2008 ins Bundeskanzleramt gewechselt bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie etwas mehr zu den Aufgaben im Bundeskanzleramt in den beiden Referaten sagen, jetzt also die Zeit 2008 bis 2013? Mit was haben Sie sich im Kern beschäftigt?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, sehr gern. - Im Referat 212 - das ist das Referat für Mittel-, Südost- und Osteuropa, den Südkaukasus und Zentralasien - habe ich mich mit allen politischen Fragen, die das Kanzleramt in dieser Zeit beschäftigt haben, beschäftigt; das heißt, ich habe die Politik des Kanzleramts mit vorbereitet, ich habe Reisen der Bundeskanzlerin vorbereitet, Gespräche der Bundeskanzlerin und natürlich auch die politischen Entwicklungen in all diesen Staaten analysiert und verfolgt.

Das Gleiche gilt auch für das Referat 211, das ich dann ab 2010 geleitet habe. Dort ging es, wie gesagt, um die Themen USA, Kanada, Türkei, die Sicherheits- und die Abrüstungspolitik sowie die bilateralen Beziehungen zu den westeuropäischen, südeuropäischen und nordeuropäischen Staaten, also ein relativ großer Zuständigkeitsbereich. Im Prinzip war die Art und Weise der Arbeit die gleiche wie auch im Referat 212.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie war der Anteil? Wann sind Sie in 212 gewesen, wann in 2011? Mich interessiert das Referat 211 etwas mehr.

Zeuge Jürgen Schulz: Der Anteil: Ich war von 2008 bis 2010 im Referat 212, also zwei Jahre, und -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Rest 211.

Zeuge Jürgen Schulz: - den Rest dann im Referat 211, also drei Jahre im Referat 211.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man sagen, in der Zeit haben Sie gute Kontakte in die USA gehabt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das kann man sagen. Wir haben sehr eng mit unseren amerikanischen Partnern zusammengearbeitet. Wir haben gute Kontakte in die USA gehabt. Wir haben gute Kontakte auch zur hiesigen Botschaft gehabt. Wir haben auch gute Kontakte zu Thinktank-Vertretern und Vertretern der Opposition in Amerika gehabt. Es gehört zum Geschäft, dass man, wenn man einen solchen Referatsleiterjob macht, auch entsprechende Kontakte in die USA pflegt und hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2013 ging es dann wieder zurück ins Auswärtige Amt als Beauftragter für Sicherheitspolitik, direkt quasi mit dem Wechsel in die Funktion?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, von einem Tag auf den anderen sozusagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich hatte nur die Frage, ob da noch irgendwas anderes dazwischen war.

Zeuge Jürgen Schulz: Da war nichts mehr dazwischen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnten Sie das näher beschreiben, was ein Beauftragter für Sicherheitspolitik im Auswärtigen Amt genau macht? Ich kann mir da jetzt viel drunter vorstellen, aber Sie können das punktgenau - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann das etwas präzisieren. Also, der Beauftragte für Sicherheitspolitik im Auswärtigen Amt ist nicht das, was man sich klassischerweise unter einem Sicherheitsbeauftragten vorstellt. Das ist noch etwas anderes. Also, ich bin nicht etwa für die interne Sicherheit im Auswärtigen Amt oder die Sicherheit unserer vielen Auslandsvertretungen zuständig; das sind andere Kollegen in unserer Zentralabteilung. Meine Beauftragung ist tatsächlich die Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik, das heißt insbesondere alles, was die Politik der Nordatlantischen Vertragsorganisation angeht, insbesondere alles, was die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsame Verteidigungspolitik angeht. Zu Beginn war das auch noch alles, was die Organisation für Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa, die OSZE, angeht. Mittlerweile haben wir das ausgegliedert, weil wir ja am 1. Januar den OSZE-Vorsitz übernehmen. Da haben wir eine eigene interne Struktur gebildet. Aber als ich dieses Amt angetreten habe, war das auch noch meine Zuständigkeit. Also, das sind die drei klassischen multilateralen Dinge, Organisation, die hier in der Sicherheitspolitik eine große Rolle spielen, und das ist ein Großteil meiner Arbeit.

Aber neben der eigentlichen Beauftragung für die Sicherheitspolitik bin ich auch zuständig für die transatlantischen Beziehungen, das heißt für unsere Beziehungen zu den USA und Kanada. Und als ich dieses Amt angetreten habe am 1. Juli 2013, war ich auch noch zuständig für eine Einheit, die nannte sich Arbeitsstab für Cyber-Außenpolitik. Auch das ist mittlerweile ausgegliedert worden aus unserer Abteilung, aber als ich begonnen habe, war das auch noch ein Teil der Arbeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind Sie ja in einer ganz spannenden Zeit in die Abteilung 2 gekommen, am 1. Juli, und sind auch direkt - wenn ich es richtig sehe am 5. Juli - zu Ihrer ersten USA-Reise aufgebrochen.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das ist mir auch unvergessen. Ich habe also am Montag angefangen, und es hieß am Mittwoch schon, ich solle doch bitte in die USA reisen, was ich auch gerne gemacht habe. Aber die Umstände waren halt so, dass diese Fragen damals sehr im Vordergrund standen, und die Leitung des Hauses hat mich gebeten, meinen Antrittsbesuch, den ich ohnehin geplant hatte in Washington, noch etwas vorzuziehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum? Warum hatte man so einen Druck bei der Amtsleitung?

Zeuge Jürgen Schulz: Na ja, es gab natürlich die Medienveröffentlichungen, die damals die öffentliche Debatte gerade in dieser Zeit sehr bewegt haben. Es bestand der dringende Wunsch, auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch mal direkt mit den amerikanischen Partnern zu sprechen und dort noch einmal eindringlich und nachdrücklich um Aufklärung zu bitten und das einzufordern. Das habe ich auch gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der Gegenstand Ihrer so frühen Reise am 5. Juli waren die Snowden-Veröffentlichungen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nicht nur ausschließlich, es war natürlich auch ein Antrittsbesuch. Es ging auch um NATO-Fragen, es ging auch darum, Ansprechpartner kennenzulernen. Aber ich denke mal, die Tatsache, dass das so schnell passierte nach dem Dienstantritt, noch in derselben Woche in die USA, das hat auch damit zu tun. Ja, klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie noch erinnern, mit wem Sie sich damals getroffen haben? Ich glaube, Botschafter Ammon war ein Treffen?

Zeuge Jürgen Schulz: Also ich bin natürlich nicht in die USA gereist, um Botschafter Ammon zu treffen, sondern bin zusammen mit Botschafter Ammon dann in den NSC gegangen, den National Security Council, und habe dort mit der zuständigen Direktorin, die für Europa zuständig war - das war damals Karen Donfried -, und einigen anderen Mitarbeitern aus dem State Department gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie noch, wer neben Karen Donfried noch dabei war, welche Treffen es noch waren?

Zeuge Jürgen Schulz: Es war ein Treffen, und es war, glaube ich, noch die Frau Yovanovich³, wenn ich es richtig erinnere, aus dem State Department, die damals die zuständige Unterabteilungsleiterin für Europa und Sicherheit war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weitere Treffen, zum Beispiel mit Vertretern vom

State Department etc., gab es auch noch, oder war es das eine Treffen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das war das eine Treffen. Wir hatten verschiedene Treffen angefragt, wie das so üblich ist, aber die Amerikaner - - Es war ein Freitag, es war relativ spät, es war der Freitag nach dem 4. Juli, das ist bei den Amerikanern eigentlich eine Art Brückentag, normalerweise arbeitet man da schon gar nicht mehr. Deswegen haben die dieses Treffen so organisiert, dass sowohl die Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates wie auch des State Departments zusammen in diesem Treffen waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie war die Stimmung damals? Wie war die Position der USA? Haben die gesagt: „Was regt ihr euch so auf?“, oder haben die gesagt oder vermittelt, dass sie selber geschockt waren, was da passiert ist? Wie haben Sie das damals empfunden?

Zeuge Jürgen Schulz: Die Stimmung war so, dass wir natürlich sehr eindringlich die Lage in Deutschland geschildert haben. Das war ja auch zum Teil das Ziel dieses Treffens, dass wir einfach unsere amerikanischen Partner noch mal sensibilisieren wollten, was für eine Welle der Empörung diese Medienberichterstattung in Deutschland ausgelöst hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, dass ich unterbreche: Waren die gar nicht sensibilisiert? Ich meine, die Veröffentlichungen waren ja auch in Amerika. Die waren jetzt nicht nur in Deutschland, sondern die ersten Veröffentlichungen im Juni waren ja im Grunde in Amerika.

Zeuge Jürgen Schulz: Die Amerikaner kannten natürlich diese Veröffentlichungen. Sie waren sicherlich auch sensibilisiert, aber nicht in der gleichen Art und Weise, wie wir das sicher waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Für die war das mehr: „Na ja, was soll's“?

3) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Für die Amerikaner war das: Wir müssen das erst mal aufklären. Wir wissen gar nicht - - Da hat halt jemand was veröffentlicht und hat Behauptungen in den Raum gestellt. Wir sind jetzt dabei, diese Dinge zu prüfen. Aber wir arbeiten doch gut zusammen, und wir gehen der Sache nach. - Also insofern haben sie natürlich verstanden, dass es hier eine politisch heikle Frage gab, haben aber sicherlich - das ist ja nicht nur auf die Zeit Anfang Juli 2013 beschränkt - nicht so reagiert, wie die Öffentlichkeit in Deutschland darauf reagiert hat oder wie wir darauf reagiert haben, sondern haben erst einmal gesagt: Gut, wir gehen der Sache nach, wir sehen da erst einmal keine - - Wir müssen diese Behauptungen prüfen, die hat jemand einfach mal aufgestellt; aber es ist noch viel zu früh, hier irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen; wir gehen der Sache nach, und wir arbeiten doch gut zusammen. - Das war so ein bisschen der Grundtenor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man da über konkrete Dinge gesprochen, über gemeinsame Programme, über Dinge, die in den Veröffentlichungen jetzt peu à peu kamen? Hat man zum Beispiel über Prism gesprochen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nicht im Detail. Wir haben natürlich Bezug genommen auf die Veröffentlichungen in den Medien und haben die Amerikaner gefragt: Wie steht ihr denn dazu? Was könnt ihr denn dazu sagen? - Die Amerikaner haben sich dazu aber nicht geäußert und haben gesagt, das sei alles noch viel zu früh. Es war ja auch so, dass zum Zeitpunkt meiner Reise auch schon weitere Gespräche verschiedener Fachdelegationen vereinbart waren, und die Amerikaner haben in diesem Zusammenhang nur auf die anstehenden Gespräche der Fachdelegationen verwiesen, die diese Fragen dann im Detail erörtern sollten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie den Eindruck, das wird jetzt eine Sache, da kann die Prüfung auf amerikanischer Seite Monate dauern, die schauen mal, was so dran ist, oder hatten Sie den Eindruck, das entwickelt sich heftig? Wie war damals die Stimmung in den USA?

Zeuge Jürgen Schulz: Die Stimmung in den USA war auch - wie soll ich sagen? - aufgeheizt, aber aus anderen Gründen. Die Stimmung in den USA: Die Amerikaner haben sich sehr geärgert über diese Snowden-Veröffentlichungen und haben sich natürlich überlegt, wie sie damit jetzt umgehen. Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass die Amerikaner das Ganze jetzt auf die lange Bank schieben wollten. Ich hatte schon den Eindruck, dass sie dabei waren, das Ganze aufzuklären, dass sie auch ein eigenes Interesse an dieser Aufklärung hatten und - - Ja, das war der Eindruck.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage vor dem Hintergrund, ob den Amerikanern damals schon die Reichweite von dem bewusst war, was ihren Geheimdiensten an Daten, an Informationen abhandengekommen ist. Dann ist es ja eigentlich ein äußerst unglücklicher Zustand, wenn ein Dienst - ich sage mal - kiloweise Datenträger verliert mit doch nicht ganz unerheblichen Informationen. So arbeitet ein Nachrichtendienst in der Regel nicht. Da muss man sich schon ein bisschen Sorgen machen. Haben die gesagt: „Na ja gut, in der Masse verliert man halt mal so 50 Kilo Daten auf Datenträgern; wo viel gehobelt wird, fallen auch viele Späne. Weiter geht's!“? Oder haben die gesagt: „So viel Daten hat noch nie ein Geheimdienst unterwegs mal verloren. Das ist ein Hammer!“? Oder haben die gesagt: „Gut, schauen wir mal, morgen wächst Gras drüber“? Ich probiere, die Situation ein bisschen einzuordnen. Für die Öffentlichkeit einerseits war das sicherlich ein Riesenthema; für einen Nachrichtendienst könnte ich mir vorstellen, dass man da einen Herzinfarkt gekriegt hat, wo man ja eigentlich nicht gerne in die Öffentlichkeit gehen will, und jetzt ist alles in dem großen Umfang öffentlich, läuft Woche für Woche Neues in den Breaking News. Und da so einfach zu sagen: „Gut, machen wir einen Prüfauftrag, regt euch nicht auf, wir arbeiten doch gut zusammen“, finde ich jetzt ein bisschen wenig. Sie waren da; ich war nicht da.

Zeuge Jürgen Schulz: Na ja, das war die Aussage sozusagen mit Blick auf Deutschland. Natürlich waren die Amerikaner hochbesorgt darüber, dass hier hochvertrauliche Dokumente in großer Zahl



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf den Markt gekommen sind. Die Amerikaner waren hochbesorgt darüber, dass das natürlich die Sicherheit von Einsätzen, die Sicherheit von Operationen sehr nachhaltig beeinflussen würde. Das war auf amerikanischer Seite sicherlich eine der größten Sorgen, und diese Sorge haben sie ja auch klar zum Ausdruck gebracht. Aber das war ja auch nicht überraschend, das haben sie natürlich auch schon öffentlich vorher getan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten die Amerikaner Sorge, dass das Kooperationen beeinträchtigt, ich sage mal, mit den Briten - „Werden die Briten sagen: „So was wäre uns nie passiert“?“, dass man vielleicht im Rahmen der Five-Eyes-Staaten mit den Partnern wie Großbritannien nicht mehr so gut zusammenarbeitet, weil man das offene Scheunentor hat?

Zeuge Jürgen Schulz: Das war nicht Gegenstand meiner Gespräche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil wir doch jetzt in Ihrem Aufgabenbereich, den Sie ja jetzt im AA hatten - - Sie waren ja nicht nur für Amerika zuständig. Dann wäre ja im Bereich Sicherheit auch ganz interessant gewesen, zu wissen, wie sich das denn auf den festen Verbund der Five-Eyes-Staaten auswirkt, wenn es bei einem Partner total schief läuft. Also wenn ich bei den Briten gewesen wäre, hätte ich erst mal alle Leitungen zu den USA gekappt und hätte gesagt: Denen traue ich nicht mehr über den Weg.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß nicht, ob unsere britischen Freunde da so ticken, aber sie waren sicherlich ebenso besorgt. Es gab ja nicht nur Veröffentlichungen, die die USA betrafen, es gab ja durchaus auch Medienveröffentlichungen, die die Briten selbst betrafen. Insofern stellte sich die Frage ja nicht nur in Richtung USA, sondern auch durchaus in Richtung Großbritannien, nicht in gleichem Maße, aber doch durchaus. Aber das - - Wie gesagt, die Amerikaner haben in unseren Gesprächen - und nur darüber kann ich ja berichten - zunächst einmal gesagt: Wir müssen die Sache erst einmal selber aufklären; wir müssen selbst erst einmal besser verstehen, was da tatsächlich gelaufen ist; wir müssen selbst erst einmal ein umfassendes Bild haben; bevor wir diese

Aufklärung nicht geleistet haben - - haben sie auch nicht über andere, weitergehende Dinge spekuliert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das war auch glaubwürdig? Also Sie hatten nicht den Eindruck, dass die Amerikaner vielleicht erkannt hatten: „So spektakulär ist es gar nicht, wir müssen das jetzt irgendwie downsizen, aber es wird gut ausgehen“? Das kann man auch nicht sagen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Die Amerikaner haben, glaube ich, verstanden, dass das zunächst einmal für sie sicherheitsmäßig ein Riesenproblem war, klar, weil dort vertrauliche Informationen auf den Markt kamen. Sie haben auch verstanden, dass das bei vielen verbündeten Alliierten wie uns zum Beispiel auch zu einer Menge von Fragen und großen Sorgen geführt hat. Das haben sie schon verstanden. Ob sie das ganze Ausmaß dessen verstanden haben, was dann hier in Europa und insbesondere auch in Deutschland an Diskussionen gefolgt ist, da bin ich nicht so sicher. Ich glaube, dass sie vielleicht in diesem frühen Stadium das vielleicht noch nicht in dem ganzen Ausmaß verstanden haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also ich frage jetzt gar nicht mal schon nach den politischen Bewertungen, ich gucke jetzt alleine nachrichtendienstlich. Wenn ich so einen großen aktiven Nachrichtendienst habe wie die NSA, der auch eine gewisse Reputation hat, die er auch gegenüber beispielsweise der CIA wahren will, und mir passiert so ein Knaller - die politische Fragestellung erst mal später -, dann kann ich mir vorstellen, dass man hochbesorgt ist, dann kann ich mir vorstellen, dass man entweder sagt: „Man muss das Problem ein bisschen kleinerreden, sonst ist die ganze Welt verrückt und macht sich Gedanken, ob wir ordentlich arbeiten“, oder man hat vielleicht schon relativ schnell einen Überblick gehabt, was jetzt sehr schnell gewesen wäre Anfang Juli, und die Dimension überschaut, oder man weiß gar nicht, wo man steht, und sagt: Wer weiß, was da noch alles auf uns zukommt? Mal abwarten, was für ein Sturm demnächst losgeht. - Die Situation, wie gesagt, nicht politisch, sondern alleine von der Sicht der Sicherheitsbehörden, ob Sie da was zu sagen können, das fände



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich halt so spannend, um zu erkennen, in welcher Lage die Amerikaner in der Zeit, was Sicherheitsfragen betrifft, waren. Können Sie dazu noch mehr sagen als Sie schon längst gesagt haben?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich fürchte, dazu kann ich nicht viel mehr sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie wissen, was ich meine.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß genau, was Sie meinen. Aber es ist halt so, dass wir vom Auswärtigen Amt eben diese Dinge nur auf einer etwas allgemeineren Ebene mit den Amerikanern besprechen können. Weil wir ja keine Nachrichtendienste führen, führen wir auch keine Detaildiskussionen zur nachrichtendienstlichen Frage. Das wissen die Amerikaner, und sie würden auch mit uns als Vertretern des Auswärtigen Amtes solche Diskussion über Details der nachrichtendienstlichen Probleme nicht führen. Das wird also schon sehr klar getrennt. Das heißt, wir sprechen über die außenpolitischen und allgemeinpolitischen Folgen, aber nicht über die nachrichtendienstlichen Details und Folgen. Das würden die Amerikaner mit uns nicht führen, diesen Diskurs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kurz nach Ihrer Reise wollte ja auch der Bundesinnenminister in die USA reisen. War Ihnen das schon bekannt, als Sie am 5. Juli in die USA reisten? War da eine Art Vorbereitung oder wie auch immer geplant, oder wie sollte das passieren?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das war bekannt. Das war mir auch bekannt, uns bekannt, dass der Innenminister reisen würde. Wir haben die Amerikaner auch noch mal darauf hingewiesen, und das war denen natürlich auch bekannt. Aber wir haben noch mal den Punkt gemacht, dass, wenn der Innenminister reist, es natürlich auch wichtig wäre, dass nach den Gesprächen dann eine möglichst starke öffentliche Message kommen würde, dass die Amerikaner hier zur Aufklärung beitragen. Diesen Punkt haben wir sehr stark unterstrichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie haben die Amerikaner das wahrgenommen oder angenommen, diesen Hinweis? Haben die gesagt: „Verstehen wir“, oder haben die gesagt: „Jetzt erst mal abwarten, wir müssen ja aufklären, vorher möchten wir nichts sagen“? Wie sind die darauf eingegangen?

Zeuge Jürgen Schulz: Sie sind eigentlich relativ positiv darauf eingegangen und haben gesagt, sie würden dieses Anliegen nachvollziehen können, selbstverständlich; man müsse halt sehen, wie weit man sei, wenn der Minister da ist; aber sie würden sich sehr bemühen, alles Mögliche zu tun, um die Dinge bei den Gesprächen zu klären und, soweit das geht, auch öffentlich zu erklären, was man dann schon erklären kann, also abhängig vom Aufklärungsfortschritt, wenn man so will.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hat dann Frau Donfried gesagt - oder wer?

Zeuge Jürgen Schulz: Das haben die - - das hat Frau Donfried, ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gab es danach noch mal bis zum 11. Juli Kommunikation, was denn dann an Statements von amerikanischer Seite kommen sollte? Also Frau Donfried hat gesagt: Wir tun, was wir können, wir gucken, dass wir da was sagen können soweit. - Wurde danach noch mal geschaut, was Frau Donfried oder die US-Seite dann mithilfe von Frau Donfried dann sagen könnte? Wurde da irgendwie versucht, ein Wording zu finden, oder hat man gesagt: „Jetzt kommt der Minister demnächst. Wisst ihr was? Was macht ihr?“? Ist dem mal nachgegangen worden?

Zeuge Jürgen Schulz: Es ging ja nicht um ein Statement von Frau Donfried, die ja im Weißen Haus Senior Director für Europa war, sondern es ging ja darum, dass zunächst einmal die Reise des Innenministers vorbereitet werden musste. Da war die Absprache, dass das zwischen den entsprechenden Ressorts passieren sollte. Wenn ich mich richtig erinnere, gab es auch noch eine Delegationsreise der Innenbehörden vor der Reise



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Ministers, und auf dieser Ebene und bei diesen Gesprächen sollten dann solche möglichen Statements vorbereitet werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man da mal über irgendwelche bilateralen Vereinbarungen gesprochen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann mich nicht erinnern. Ich war nicht Teil dieser vorbereitenden Gespräche. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass da schon über Vereinbarungen geredet worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wann sind Sie zurückgereist nach Deutschland? Waren Sie am 11. Juli noch da?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Ich glaube, ich war am 5. Juli dort, wenn ich mich richtig erinnere, ich bin am 6. Juli zurückgereist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also im Grunde nur einen Tag hin über Nacht und am nächsten zurück.

Zeuge Jürgen Schulz: So ist es, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie dann die nächsten Termine, die sich anschließen in dieser Sache nach den Snowden-Veröffentlichungen, noch nachvollzogen? Waren Sie da noch mal in der Sache in den USA oder dann länger nicht mehr?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich war dann länger nicht mehr in den USA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich hätte noch einen ganz anderen Fragenblock, aber den kann ich auch später einstreuen. Hier wäre für mich eine Zäsur.

Wir kommen dann zu den Fragen der Fraktionen. Es wird als Erstes die Fraktion Die Linke beginnen und Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schulz, wir haben ja jetzt relativ viel zu dem Antrittsbesuch am 5. Juli 2013 gehört, was nun die Sorgen der

Amerikaner waren hinsichtlich von Material, wie es der Ausschussvorsitzende sagte, das verlorengegangen sei. Mich würde mehr interessieren, ob auch die bundesdeutsche Seite Sorgen hatte. Es standen ja nun mehrere Dinge im Raum. Das eine war, dass möglicherweise die NSA in Deutschland Kommunikationsdaten rechtswidrig erfasst; es gab ja mehrere Folien, die das eindeutig nahelegten. Zum zweiten stand ja auch die Frage der Überwachung von Regierungskommunikation im Raum; Merkel-Handy. Inwieweit ist denn das von bundesdeutscher Seite angesprochen worden, möglicherweise mit Bezugnahme auch auf einzelne Snowden-Dokumente, und was waren dazu die Aussagen der US-amerikanischen Seite?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, wir haben diese Dinge, soweit sie damals in den Medien schon kolportiert worden sind, angesprochen. Ich weiß nicht, ob alle Dinge, die Sie jetzt erwähnt haben, zum Beispiel Merkel-Handy und solche Sachen, ob das schon Anfang Juli eine Rolle gespielt hat, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Oktober, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge Jürgen Schulz: - möglicherweise nicht. Aber andere schon, natürlich, vor allem der Vorwurf von Herrn Snowden, der ja auch durch die Medien geisterte, dass es eben eine massenhafte Überwachung durch die NSA in Deutschland geben sollte. Das sind natürlich Dinge, die wir angesprochen haben und auch sehr eindringlich noch einmal dargestellt haben. Wir haben also den Amerikanern sehr deutlich noch einmal vor Augen geführt, wie sich die Situation aus der Sicht eines deutschen Bürgers auch darstellt, nach dem Motto: Was lesen wir heute täglich in den Zeitungen? Was für Behauptungen geistern hier durch die Welt? - Das haben wir unseren amerikanischen Gesprächspartnern noch einmal sehr eindringlich dargelegt und sie eben dazu befragt, ob sie dazu Stellung nehmen können, was sie dazu sagen können. Aber da war eben die Antwort, dass auch die amerikanische Seite diese Dinge zunächst erst prüfen müsse, bevor man sich hierzu weiter äußern könne. Allerdings hat die amerikanische Seite auch schon in diesem frühen Stadium immer wieder gesagt, dass sie sich in Deutschland an deutsches Recht halten



Nur zur dienstlichen Verwendung

würden, aber dass sie diesen konkreten Vorwürfen erst nachgehen müssten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie hat man sich dann vereinbart? Also, es heißt dann: „Das müssen wir selbst prüfen“, und dann hat man gesagt: „Okay, im Nachgang bekommen wir zu folgenden Punkten eine Stellungnahme“? Oder wie muss ich mir das vorstellen? Weil es war ja durchaus, denke ich, seitens der Bundesregierung dergestalt, dass man wenigstens zu einigen Vorgängen - Aufbauten, Botschafts-/Konsulatsdächer und Ähnliches - ja durchaus auch selbst schon Anhaltspunkte hatte. Und Sie haben ja sicherlich auch schon Zuarbeiten - - Das wäre auch eine Frage, ob Sie zu diesem Gespräch, zum Beispiel seitens unserer Dienste, auch der Dienste, die für die Spionageabwehr zuständig sind, BfV, entsprechende Zuarbeiten hatten, die auf einzelne Fragen schon mal eingegangen sind. Hat man sich dann vereinbart, die US-amerikanische Seite, wenn sie sprechfähig ist, liefert entsprechende Stellungnahmen nach, oder hat man sich da quasi nur Allgemeinplätze ausgetauscht, wie jetzt Ihre Äußerungen irgendwie angehen? Also die einen haben die deutschen Befindlichkeiten vorgestellt, die anderen haben zugesichert, dass sie sich immer schön an deutsches Gesetz halten, dann hat man Handshakes gemacht und ist gegangen? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich glaube ich nicht, dass man nur Allgemeinplätze ausgetauscht hat, sondern ich glaube, es war schon wichtig, dass wir auch unsere Sicht der Dinge den Amerikanern noch einmal sehr eindringlich dargestellt haben. Auch wenn die Amerikaner das zunächst mal aus ihrer Brille vielleicht gesehen haben, war es doch wichtig, den Punkt zu machen, welche Besorgnisse und Sorgen es in Deutschland eben gibt. Ich glaube, es war wichtig, diesen Punkt noch einmal ganz deutlich zu machen.

Und man ist auch nicht ganz unverbindlich auseinandergegangen. Wir haben natürlich nicht die Antwort auf all unsere Fragen bekommen; das ist klar. Aber die Amerikaner haben zugesichert, dass sie deutsches Recht einhalten. Und man ist

auseinandergegangen und hat gesagt: Das ist dann eine Frage, die bei den nächsten anstehenden Treffen - die nächsten Treffen waren ja in den nächsten Tagen schon geplant - noch mal von den Fachleuten erörtert werden sollten. - Das war zum einen eine Delegation auf Ebene der Fachdelegationen am 10. Juli, die sich in Amerika treffen wollte - da ist eine deutsche Fachdelegation zur Vorbereitung des Besuchs von Minister Friedrich in die USA gefahren -, und dann natürlich die Gespräche des Ministers selbst. Das war eigentlich der komplette nächste Schritt, der vereinbart worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): In dem Gespräch, an dem Sie teilgenommen haben, hat man sich da auch tatsächlich zu einzelnen, damals schon veröffentlichten Dokumenten unterhalten oder nur allgemein gesprochen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, wir haben diese Dokumente oder die - - Damals war es ja vor allem die *Spiegel*-Veröffentlichung, das, was Herr⁴ Snowden veröffentlicht hat. Wir haben das angesprochen und um eine Stellungnahme gebeten. Die Amerikaner haben aber darauf verwiesen, dass sie dazu noch nicht in der Lage seien.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich würde gerne noch eine andere Sache kurz mit Ihnen ansprechen: das Verfahren zur Ausstellung von Verbalnoten per Verfahren. Daran waren Sie auch beteiligt seitens des AA?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, es ist so - - Sie meinen die Verbalnoten für die Unternehmen, die für US-Streitkräfte arbeiten?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Die sollten ja im Herbst 2013 erneuert werden. Das war dann ein längerer Prozess, sodass man dann auch zeitlich in Verzug geriet und das erst im Frühjahr 2014 auf den Weg gekommen ist. Es waren mehrere Ministerien beteiligt, und es gab ja auch

4) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus Bedenken seitens des Bundeskanzleramtes. Vielleicht können Sie den ganzen Vorgang mal aus Ihrer Sicht darstellen.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, gerne. Ich muss dazu sagen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen, die Contractors und die Analysten bei den Contractors und die Frage, ob dort Technologie untergeschoben wird, die in der Lage ist, für Spionage eingesetzt zu werden und Ähnliches.

Zeuge Jürgen Schulz: Also ich muss als Vorbemerkung vielleicht sagen: Ich bin damit auch irgendwo befasst gewesen. Es ist aber so, dass die Federführung für diese Dinge in unserer Rechtsabteilung liegt, weil es ja auch um juristische Dinge geht. Aber generell ist mir das bewusst. Ich kann also gerne etwas dazu sagen, ohne in die letzten juristischen Details zu gehen; da bitte ich um Nachsicht. Wenn es ganz speziell werden sollte, da müssten dann unsere Kollegen aus der Rechtsabteilung etwas dazu sagen. Aber generell bin ich damit vertraut.

Es ist ja so, dass die US-Streitkräfte - Sie kennen das - aufgrund der Vereinbarungen, Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut usw. bestimmte Privilegien genießen, insbesondere was handels- und gewerberechtliche Vorschriften angeht. Diese Privilegien, was Handelsrecht und Gewerberecht angeht, werden per Verbalnote ausgetauscht und vereinbart zwischen dem Auswärtigen Amt auf der einen Seite und der US-Seite andererseits. Das heißt, dass eben immer, wenn ein Unternehmen eine solche Privilegierung beantragt, eine entsprechende Verbalnote gestellt wird, beantragt wird und wir die mit der amerikanischen Seite dann verabreden. Wir klären dabei, was das für ein Unternehmen ist usw. Diese Dinge, die ja auch zum Teil das beinhalten, was man sogenannte analytische Dienstleistungen nennt, die haben wir dann spätestens im Herbst 2013 uns noch mal sehr genau angesehen, weil es ja auch durchaus, ich sage mal, Vorwürfe, Behauptungen gab, dass hier vielleicht auch nachrichtendienstliche Tätigkeiten umfasst sein könnten, Erfassung von Daten und dergleichen mehr.

Deswegen haben wir zum einen natürlich auch das Gespräch mit unseren amerikanischen Partnern gesucht. Wir haben sie auch mehrfach sehr spezifisch danach befragt, wie denn das Ganze aussieht, was das für Unternehmen sind. Sie haben uns - - Also zunächst einmal sind auch diese Unternehmen natürlich sowieso schon verpflichtet - völkerrechtlich, nach NATO-Truppenstatut -, hier deutsches Recht zu beachten. Die Amerikaner haben uns darüber hinaus auch zugesichert, dass sich diese amerikanischen Firmen hier an amerikanisches Recht - - an deutsches Recht halten, Entschuldigung. Wir haben uns aber dann im Herbst 2013 trotz all dieser Zusicherung auch das Verfahren noch mal etwas angesehen und im Prinzip beschlossen, das interne Verfahren - - also zum einen die Amerikaner noch mal zu bitten, dass sie auch die Unternehmen noch mal ganz explizit darauf hinweisen, dass sie deutsches Recht zu beachten haben, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, aber wir haben eben - - Das war uns wichtig, dass die amerikanische Seite auch jedem Unternehmen das noch einmal ganz klar und auch schriftlich mitteilt. Und zum anderen haben wir uns auch unsere internen Vorgänge noch einmal angesehen und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir eben in Zukunft auch intern diejenigen Ressorts oder das Kanzleramt, die eben auch die Dienste führen, auch in diesen Prozess noch einmal mit einschalten. Das ist eigentlich so kurz zusammengefasst der Stand der Dinge.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses Schreiben, mit dem die US-Seite den amerikanischen Firmen noch mal schriftlich mitgeteilt hat, dass sie sich in Deutschland an deutsches Recht zu halten haben, das kennen Sie? Haben Sie das auch bekommen?

Zeuge Jürgen Schulz: Meine Kollegen - - Also ich beschäftige mich - - Wie gesagt, über meinen Schreibtisch gehen nicht die Anzahl Verbalnoten und die Anträge der Unternehmen. Aber ich weiß, dass das so vereinbart ist. Das ist mit den Amerikanern abgesprochen, und das wird so gemacht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssten wir jetzt wechseln.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der ersten Runde kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Schulz, ich möchte noch mal zu sprechen kommen auf die Situation im Sommer 2013. Wir hatten ja dann sehr schnell auch zumindest in der öffentlichen Debatte die Aussicht auf - ich nenne das immer so - ein sogenanntes No-Spy-Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Da würde ich Sie ganz gerne fragen, wie Sie zu diesem Zeitpunkt - Sie haben ja gesagt, Sie sind sehr früh dann auch schon in die USA gereist - - Oder ich frage jetzt mal anders: Wann haben Sie zum ersten Mal diesen Begriff überhaupt gehört?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich versuche, mich zu erinnern. Ich denke, dass ich diesen Begriff vielleicht zum ersten Mal Ende Juli gehört habe, vorher, glaube ich, nicht. Und ich erinnere mich noch - - Doch, es muss Ende Juli gewesen sein. Da kamen solche Diskussionen auf. Ich erinnere mich auch deswegen noch einigermaßen, weil es ja auch sprachlich ein etwas merkwürdiges Konstrukt ist: No Spy.

Christian Flisek (SPD): Sehe ich auch so.

Zeuge Jürgen Schulz: Und insofern: Ende Juli, glaube ich, gab es erste Diskussionen. Wir waren als Auswärtiges Amt nicht in diese Diskussion im Detail involviert. Wir wussten, dass es solche Überlegungen gab; aber konkret wurde das dann erst, ich sage mal, Ende Juli/Anfang August diskutiert. Am 12. August muss es gewesen sein, als der Chef BK dann ja auch eine längere Presseerklärung gegeben hat - da war es dann natürlich spätestens in der Welt -, wo er auch gesagt hat, dass ein solches Angebot auf dem Tisch sei.

Christian Flisek (SPD): Von wem haben Sie das denn zum ersten Mal gehört? Wissen Sie das noch?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann mich nicht erinnern. Damals wurden sehr viele Gespräche geführt. Es gab auch sehr viele Treffen natürlich zur Vorbereitung verschiedenster Papiere und dergleichen. Also, das kann ich aus dem Kopf nicht mehr sagen.

Christian Flisek (SPD): Sie haben aber sehr viele Kontakte mit den Amerikanern natürlich auch gehabt in diesen ganzen Fragen. Halten Sie es für wahrscheinlich, dass so mit diesem Begriff von den Amerikanern - Sie haben ja gerade selber gesagt, dass das ein etwas eigentümliches sprachliches Konstrukt ist -, dass mit diesem Begriff ein Angebot von der amerikanischen Seite an die deutsche Seite unterbreitet worden ist?

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist das, was ja am 12.08. so formuliert worden ist, dass hier ein Angebot der amerikanischen Seite formuliert worden ist. Ich habe mit den Amerikanern über diese Dinge nicht gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Man hat auch bei Gelegenheit Ihrer Gespräche darüber nichts verlauten lassen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Das war eigentlich immer klar, dass ein solches Abkommen ja auch nicht zwischen den Außenministerien, zwischen dem Auswärtigen Amt und dem State Department, verabredet werden könnte. Insofern war das auch nicht Gegenstand unserer Gespräche.

Christian Flisek (SPD): Nun ist man aber natürlich im Auswärtigen Amt schon als das Ministerium, das die Außenbeziehungen der Bundesrepublik ja nicht nur beobachtet, sondern im Wesentlichen auch gestaltet, tief eingebunden bei den amerikanischen Partnern, hat dort seine Ansprechpartner, seine Gesprächspartner. War die Einschätzung im Auswärtigen Amt die, dass so ein Abkommen überhaupt realistisch ist? Gab es dazu eine Einschätzung?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich glaube, uns war damals wichtig, dass wir Zusicherung⁵ von amerikanischer Seite bekommen. Und es war uns wichtig,

5) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass wir so viel Aufklärung wie möglich bekommen. Aber dass es im Auswärtigen Amt eine, ich sage mal, klare Meinung zu der Frage gab, wie das in ihren⁶ Abkommen zwischen den Diensten etwa aussehen könnte oder ob das realistisch ist, das ist mir nicht bekannt, nein.

Christian Flisek (SPD): Also da ist Ihnen nichts bekannt im Sinne von, dass man sich dazu in irgendeiner Weise geäußert hat?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Es war uns natürlich wichtig, dass wir Fortschritte mit den Amerikanern machen. Wir waren damals, glaube ich, alle sehr daran interessiert, Fortschritte bei der Aufklärung zu bekommen. Wir wollten Zusicherung⁷ von amerikanischer Seite, so weitgehende Zusicherung wie möglich. Das war natürlich schon das Interesse. Und auf einer allgemein-abstrakten Ebene wurde auch darüber gesprochen. Wir haben auch den Amerikanern gesagt: Wir brauchen von euch bitte eine Zusicherung, dass ihr deutsches Recht auf deutschem Boden einhaltet. Das ist eine Riesendiskussion bei uns, die auch große Sorgen auslöst. - Also so auf dieser Ebene wurde schon über die Dinge gesprochen, aber nicht spezifisch über ein No-Spy-Abkommen.

Christian Flisek (SPD): Jetzt mal anders gefragt: Eine Zusicherung der Amerikaner, sich in Deutschland an deutsches Recht zu halten, also auch amerikanischer Geheimdienste, würden Sie das schon - ich sage jetzt mal in einem sehr weiten Verständnis von No-Spy-Abkommen - als ein solches No-Spy-Abkommen sehen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Ich glaube, damals war ja die Devise, die auch die Bundeskanzlerin ausgegeben hat: Die Amerikaner müssen sich in Deutschland an deutsches Recht halten. - Das war die Forderung, die ja auch sehr klar kommuniziert worden ist. Aber in welcher Art und Weise ein No-Spy-Abkommen, das ja dann später noch in die Diskussion gekommen ist, ausformuliert sein soll, wie der Inhalt aussehen sollte, das

ist zu diesem Zeitpunkt kein Thema gewesen bei uns.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Wir haben ja verschiedene Einschätzungen gehört. Wir haben auch die Einschätzung gehört - man könnte es jetzt auch als eine Devise ausgeben -, dass man sagt: Ausspähen unter Freunden geht nicht. Geheimdienste der Amerikaner sollen sich in Deutschland an deutsches Recht halten. - Ganz offen gefragt: Ist denn das realistisch? Das entspricht doch nach allem, was wir wissen, nicht den Gegebenheiten und der Praxis. Ich meine, wenn US-amerikanische Dienste umfassend deutsche Datenschutzgesetzgebung einhalten würden, dann müssten sie Zeitungen ausschneiden. Also, ich sage es jetzt mal überspitzt: Ist die Erwartungshaltung, die dort adressiert worden ist, die löblich ist, gegenüber einem Auslandsgeheimdienst, der SIGINT macht, der HUMINT macht, überhaupt realistisch? Widerspricht das nicht allen eigenen Erfahrungen, ich würde sogar so weit gehen, dass man sagt: allen eigenen Betätigungen, die man selber im Ausland in diesem Bereich tut? Ich bin mir nicht sicher, ob der BND, wenn er im Ausland tätig ist, in Österreich - österreichisches Recht -, in den USA oder sonst wo, die jeweiligen nationalen Rechtsordnungen einhält. Ich gehe davon aus, dass er es nicht tut.

Zeuge Jürgen Schulz: Also die NSA hat ja - so war es zumindest in vielen Medien und in vielen Berichten zu lesen - auch selbst darauf verwiesen, dass sie deutsches Recht einhalte. Die haben ja auch zum Teil selbst entsprechende Zusicherungen erwogen und zum Teil auch abgegeben. Ich kann nicht beurteilen, inwiefern dann diese Zusicherung auch der Realität entspricht. Dazu haben wir keine eigenen Erkenntnisse. Aber zumindest wurden ja auch entsprechende Zusicherungen von amerikanischer Seite abgegeben. Und die NSA ist ja auch nicht nur in Deutschland tätig, sondern die NSA ist ja zu einem großen Teil auch außerhalb Deutschlands, vor allem auch in

6) Richtigstellung des Zeugen: "Aber dass es im Auswärtigen Amt eine, ich sage mal, klare Meinung zu der Frage gab, wie das in einem Abkommen zwischen den

Diensten etwa aussehen könnte oder ob das realistisch ist, das ist mir nicht bekannt, nein.", siehe Anlage 2.

7) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Amerika, tätig, so wie ich das verstehe, und insofern - -

Damals stand ja vor allem der Vorwurf im Raum einer massenhaften Abschöpfung, Erfassung von Daten der NSA in Deutschland. Das war ja der erste große Vorwurf. Das war der *Spiegel* Anfang Juli, und der Vorwurf lautete ja, dass die NSA circa eine halbe Milliarde Daten pro Monat in Deutschland erfasse und abschöpfe. Ich glaube, diese Forderung, dass man sich hier in Deutschland an deutsches Recht halten müsse, hat sich primär erst einmal auf diesen Hauptvorwurf gerichtet; so habe ich das zumindest auch wahrgenommen. Und die NSA hat dann ja selbst auch mehrmals gesagt, dass sie hier in Deutschland keine flächendeckende massenhafte Erfassung von Daten betreibt. Also insofern, wenn Sie fragen: „Ist das realistisch?“: Das Auswärtige Amt hat dazu keine - - Wir haben diese Dinge verfolgt. Aber wir können sie am Ende auch nicht, weil wir keinen Einblick in die operative Arbeit der Dienste haben, selber einschätzen.

Christian Flisek (SPD): Ich versuche, das jetzt noch mal vielleicht ein Stück weit differenzierter zuzuspitzen, die Aussage, dass man sich in Deutschland an deutsches Recht halte: Ist das vielleicht eine Aussage, die man auf Tätigkeiten innerhalb von Kooperationen beziehen müsste, also, ich sage jetzt mal, auf das, was ein anderer Dienst, beispielsweise die NSA, mit dem BND macht, bilaterale Kooperationen, aber nicht, sage ich mal, auf den Bereich, der außerhalb jeglicher Kooperation ist? Wir müssen ja davon ausgehen, dass US-Geheimdiensttätigkeiten in Bezug auf Deutschland nicht nur stattfinden innerhalb von Kooperationen, sondern vielleicht sogar zu einem ganz wesentlich höheren Teil außerhalb von solchen Kooperationen. Wie würden Sie das interpretieren? Bezog sich diese Forderung nach deutschem Recht in Deutschland nur auf diese Kooperationen vielleicht?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Ich habe das so verstanden, dass das eine allgemeine Forderung war, die sich gegen die Vorwürfe richtete, die damals im Raume standen, insofern eine allgemeine Forderung, sich hier in Deutschland an deutsches

Recht zu halten, nicht nur mit Bezug auf bestimmte Kooperationen. Diese Einschränkung ist mir zumindest so nie geläufig gewesen. Ich glaube, so war es auch nicht gemeint.

Christian Flisek (SPD): In den Medien wurde ja dargestellt, dass der interne E-Mail-Verkehr zwischen dem Sicherheitsberater von Frau Merkel, Christoph Heusgen, und seiner Ansprechpartnerin im Weißen Haus, Karen Donfried, in der Zeit von Juli 2013 bis Januar 2014 belege, dass kein No-Spy-Abkommen - - dass es so was nicht geben werde. Sie kennen diesen E-Mail-Verkehr aus den Veröffentlichungen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kenne das aus den Medien.

Christian Flisek (SPD): Aus den Medien, ja. - Wie bewerten Sie das?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich war nicht Teil dieser Verhandlungen und kann insofern auch keine wirklich valable Einschätzung abgeben. Ich kann nur sagen: Aus meiner Sicht, ohne die Details zu kennen, war das halt, glaube ich, ein Prozess. Ich habe das als einen Verhandlungsprozess angesehen, an dessen Ende dann herauskam, dass die Amerikaner ein solches Abkommen am Ende nicht wollen.

Christian Flisek (SPD): Aber durchaus am Anfang ein offener Prozess.

Zeuge Jürgen Schulz: Wie gesagt, ich kann nur beurteilen, was ich in den Medien - -

Christian Flisek (SPD): Ja. Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich stütze mich auf das, was ich aus den Medien lese, und kenne die Details, die Interna nicht.

Christian Flisek (SPD): Der Chef, der Präsident, des Bundesnachrichtendienstes, Schindler, hat am 17. Juni 2015 hier im Ausschuss berichtet, dass es immer noch Gespräche mit den Amerikanern über ein No-Spy-Abkommen gäbe. Ist Ihnen darüber irgendetwas bekannt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Wäre es denn unter aller Voraussicht nach dem Auswärtigen Amt bekannt? Ich meine, wenn - - Offensichtlich scheint das ja nicht geheim zu sein; denn der BND-Präsident hat es hier relativ fröhlich in einer öffentlichen Sitzung so berichtet. Das müsste doch dann dem Auswärtigen Amt bekannt sein.

Zeuge Jürgen Schulz: Mir ist es nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Gut, ich würde den Komplex gerne mal verlassen wollen und würde mit Ihnen jetzt mal einige Themen noch mal ansprechen, die sich auf den Bereich beziehen, den wir den „Geheimen Krieg“ nennen. Zunächst einmal: Waren Sie jemals schon auf dem Air-Base-Stützpunkt Ramstein persönlich gewesen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich bin schon einmal auf der Air Base Ramstein gewesen.

Christian Flisek (SPD): Ein Mal, oder waren das mehrere Besuche?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich war ein Mal - - Ich habe ein Mal in meiner Funktion als 2-B-1, also als Beauftragter für Sicherheitspolitik, die Air Base in Ramstein besucht.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns hier in der öffentlichen Sitzung schildern, was da Gegenstand dieses Besuches war bzw. was Sie dort gesehen haben, mit wem Sie da gesprochen haben?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das ist ein Besuch, der sich nicht auf den Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses bezieht.

Christian Flisek (SPD): Also weil der Besuch selber - -

Zeuge Jürgen Schulz: Der Besuch hat also in diesem Jahr, im September dieses Jahres, stattgefunden.

Christian Flisek (SPD): Aha. Gut, jetzt kann man natürlich sagen, klar, dass man die Agenda dieses Besuches sozusagen als außerhalb des Untersuchungsgegenstandes verortet, aber umgekehrt natürlich: Erkenntnisse, die Sie dort haben, die eventuell aber in den Untersuchungszeitraum hineinreichen, die sind natürlich schon für uns interessant. - Ausnahmsweise meldet sich jetzt Herr Berkemeier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, jetzt habe ich es auch gesehen. - Bitte schön.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Vielen Dank. - Vielleicht nur als Hinweis für den Zeugen: Wenn sozusagen sich das aus dem Untersuchungszeitraum ergibt, dann können Sie dazu ohne Anerkennung - Sie ahnen es - einer Rechtspflicht Aussagen machen, aber natürlich unter Wahrheitspflicht, wenn sich das auf etwas Konkretes bezieht, was sich aus dem Untersuchungszeitraum dann ergibt.

Christian Flisek (SPD): Also, dann wäre meine Frage jetzt: Haben Sie bei Ihrem Besuch außerhalb des Untersuchungszeitraumes erfahren, welche Rolle, welche Aufgaben die dort stationierten US-Soldaten haben?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja. Also das ist ja eine relativ große Air Base, wie Sie wissen, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: - und die grundsätzliche Aufgabe der dort stationierten Soldaten ist es ja zunächst einmal, die beiden Strategic Commands, die strategischen Kommandos, der Amerikaner, die beiden, die wir in Deutschland haben, nämlich einmal USEUCOM - zuständig für Europa, aber nicht nur Europa im Sinne der Europäischen Union, sondern Europa bis hin zu Wladiwostok - und zum anderen das US Strategic Command AFRICOM, als zentraler Luftwaffenstützpunkt zu unterstützen. Das ist eigentlich die zentrale Aufgabe der Soldaten in der Air Base Ramstein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und jetzt in Bezug auf die für uns ja interessanten Fragestellungen, inwieweit es auch von Ramstein zu einer Steuerung von Drohneneinsätzen gekommen ist: Haben Sie dazu Erkenntnisse gewinnen können?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, wir haben diese Fragen natürlich auch gestellt, und die kommandierenden Generale, mit denen wir gesprochen haben, haben uns versichert, dass die Drohneneinsätze nicht von Ramstein aus gesteuert werden.

Christian Flisek (SPD): Welche Rolle spielt dann Ramstein in diesem Kontext? Haben Sie das ermitteln können? Oder spielt es überhaupt keine Rolle?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich denke, dass Drohnen und Drohneneinsätze natürlich in Ramstein eine Rolle spielen. Ich kann berichten: Als wir dort in Ramstein waren, haben wir nicht ausschließlich über Drohnen gesprochen, weil Ramstein ja auch andere wichtige Funktionen übernimmt, zum Beispiel im Rahmen der NATO-Raketenabwehr, um nur ein Beispiel zu nennen.

Ramstein ist auch in vielen anderen Bereichen tätig. Da geht es um die Sicherung osteuropäischer Partner, da geht es um Unterstützungsmaßnahmen für afrikanische Partner der Amerikaner, da geht es um solche Dinge wie Ebola-Bekämpfung in Westafrika, um die Unterstützung humanitärer Hilfsoperationen und Evakuierungsoperationen, zum Beispiel: Die US-Botschaft in Libyen wurde evakuiert 2011; Sie erinnern sich daran. - Das sind alles Aufgaben von Ramstein.

Ich will damit sagen: Es geht auch um Drohneneinsätze; aber Ramstein ist kein Drohnenluftwaffenstützpunkt, sondern Drohneneinsätze sind ein kleiner Teil dieser sehr großen Luftwaffenbasis. Und die Amerikaner haben, als wir dort waren, auch eine Art Briefing angeboten über verschiedene Drohnensysteme. Aber aus diesen Briefings sind keine neuen Erkenntnisse erwachsen, die wir nicht auch schon vorher, vor unserem Besuch, gehabt haben.

Wir haben natürlich auch durchaus Fragen gestellt. Aber die Amerikaner, wie gesagt, haben uns gesagt, dass sie Drohnen nicht von Ramstein aus fliegen. Das war aber vorher schon bekannt. Die Amerikaner haben uns auch versichert, dass sie Drohnen nicht von Ramstein aus befehligen und dass sie Drohnen auch nicht von Ramstein aus steuern. Darüber hinausgehende, operative Details zum Drohneneinsatz haben sie allerdings nicht erläutert.

Christian Flisek (SPD): Wir hatten ja, Herr Schulz, den Zeugen Brandon Bryant hier am 15.10. dieses Jahres im Ausschuss. Er hat im Wesentlichen - so habe ich das interpretiert - das bestätigt eigentlich, was Sie jetzt auch sagen. Er hat aber gesagt, dass Ramstein in dem ganzen System eine Rolle spielt, nämlich dass Ramstein so etwas ist wie eine Relaisstation für die Datenübertragung bei solchen Operationen. - Haben Sie dazu Erkenntnisse?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. - Zu der Relaisstation: Ich kenne diese Berichte. Ich kenne auch die Berichte von Herrn Brandon Bryant, der ja auch presseöffentlich und im Fernsehen sehr aktiv unterwegs ist. Also, das Thema ist mir sehr wohl bekannt. Wir haben auch danach gefragt, aber dazu haben sich unsere amerikanischen Gesprächspartner nicht geäußert.

Christian Flisek (SPD): Dazu haben sie sich nicht geäußert?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, dazu wollte man sich nicht äußern, oder wie habe ich das zu verstehen? Oder man konnte sich nicht äußern? Oder wie war die Reaktion? Sie haben aktiv danach gefragt?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir haben aktiv danach gefragt -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: - und haben gesagt: Könnt ihr uns etwas näher erläutern? Es gibt ja diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Presseberichte darüber, dass hier eine Relaisstation eine ganz wichtige Rolle spiele.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Daraufhin haben sie gesagt: Wir können über diese Dinge, operative Details von Drohneneinsätzen, die natürlich den höchsten Vertraulichkeitsgrundsätzen unterliegen, nicht sprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut.

Christian Flisek (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Schulz, guten Tag! Ich will da vielleicht dran anknüpfen: In welcher Sprache wurden diese Gespräche geführt?

Zeuge Jürgen Schulz: Diese Gespräche wurden in englischer Sprache geführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben die Amerikaner das denn gesagt mit Ramstein?

Zeuge Jürgen Schulz: Wie meinen Sie das, bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es scheint mir ja um die Wortklauberei zu gehen, ob diese Drohnen aus oder über Ramstein gesteuert werden, und deswegen interessiert mich, wie die Amerikaner gesagt haben, dass diese Dinger nicht aus Ramstein gesteuert wurden. Dass Sie jetzt diese sozusagen feine Differenzierung, die sich übrigens in vielen Beantwortungen von parlamentarischen Fragen, Antworten auf die Fragen, parlamentarischen, wiederfindet - - dass man eben sagt: Nein, nein, also aus

Ramstein wird nichts gesteuert. - Also, wie haben die das gesagt?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, ich kann jetzt nicht mehr aus der Erinnerung den genauen Wortlaut - - Aber, ich glaube, dass die Drohnen nicht aus Ramstein geflogen werden, diese Tatsache ist ja, glaube ich, seit längerer Zeit von amerikanischer Seite bekannt. Ich erinnere mich an den Besuch des amerikanischen Präsidenten im Juni 2013. Da hat er ja schon gesagt auf Englisch: „No launching point“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „No launching point“.

Zeuge Jürgen Schulz: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Also man würde die Drohnen eben nicht von Ramstein aus starten. Das war die Aussage damals. - Dann haben wir aber weiter nachgefragt, und dann haben die Amerikaner sich dazu geäußert, dass eben diese Drohnen nicht nur nicht gelauncht werden, nicht nur geflogen werden [sic!]⁸, sondern eben auch nicht durchgeführt und gesteuert werden von Ramstein aus, also „no control“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemals oder nicht mehr?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das wurde nicht qualifiziert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre nicht das Ding.

Zeuge Jürgen Schulz: Es wurde gesagt: Das machen wir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das mal rechtlich prüfen lassen, ob das eigentlich einen Unterschied macht, ob

8) Richtigstellung des Zeugen: " Dann haben wir aber weiter nachgefragt, und dann haben die Amerikaner sich dazu geäußert, dass eben diese Drohnen nicht nur nicht gelauncht werden, nicht nur nicht geflogen werden,

sondern eben auch nicht durchgeführt und gesteuert werden von Ramstein aus, also „no control.“, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Mensch, der die Drohne steuert, sozusagen in Ramstein sitzt oder ob sozusagen das Signal, das dann auf den Satelliten geht, aus Ramstein kommt, also sozusagen, wenn diese Station Teil eines völkerrechtswidrigen Drohnenkrieges ist, unerlässliches Teil, ob das juristisch so schwerwiegend ist, als wenn da der Mensch selbst sitzt, der die Drohne steuert?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, uns haben die Amerikaner sehr, sehr deutlich gesagt, dass sie diese Drohnen von Ramstein aus nicht steuern; sie werden nicht in Ramstein gesteuert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht aus, aber über. Wenn sie Ramstein wegnehmen, funktioniert es nicht; da sind wir uns einig - oder?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann es, ehrlich gesagt, nicht beurteilen, aber es ist auch klar, dass in Ramstein Drohneneinsätze eine Rolle spielen. Das wird von amerikanischer Seite ja auch gar nicht bestritten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Nur: Es geht doch um die Völkerrechts- - Ich meine: Warum stellen Sie die Frage überhaupt?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wenn es um die Völkerrechtsfrage geht, ehrlich gesagt: Ich glaube, das ist ja eine andere Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. Aber warum haben Sie die Frage überhaupt da in Ramstein thematisiert? Was galt es da eigentlich zu klären?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir würden halt auch gerne etwas genauer wissen, wie das - - Wir sind ja ständig mit Vorwürfen, Behauptungen konfrontiert, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Jürgen Schulz: - auch als Bundesregierung. Und insofern haben wir als Bundesregierung ein Interesse daran, besser zu verstehen, wie diese

Dinge funktionieren, sodass wir entsprechende Antworten geben können. Deswegen haben wir diese Frage gestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wir haben irreführende Antworten bekommen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das auszuräumen für immer, und deswegen frage ich Sie nach der rechtlichen Einschätzung der Bundesregierung - Sie scheinen ja für diese Themen zuständig zu sein -: Wie ist das, wenn Ramstein als Relaisstation unabdingbar ist für diese Drohneneinsätze? Kommen Sie da zu Völkerrechtsproblemen, oder sagen Sie: „Nein, kein Problem, wir senden hier über Deutschland, da wird das Signal ja nur weitergesendet; die Menschen, die auf den Knopf drücken, die sitzen ja zum Glück in einem anderen Land“? Also, wie ist Ihre rechtliche Einschätzung?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich glaube, dass man hier zwei unterschiedliche Fragen unterscheiden muss. Zum einen ist die faktische Frage zu klären: Welche Rolle spielt Ramstein im Prozess des Drohneneinsatzes?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die haben Sie aber nicht geklärt bekommen.

Zeuge Jürgen Schulz: Und dann gibt es die zweite Frage; das ist die juristische Frage. Und Sie fragen ja nach juristischen Konsequenzen. Diese Frage ist eine ganz andere Frage - völlig unabhängig davon. Und eine Beurteilung der Frage, ob eine völkerrechtswidrige Handlung vorliegt, die können wir generisch eh gar nicht geben, weil es hier bei einer solchen völkerrechtlichen Bewertung sehr und sehr spezifisch auf den jeweiligen Einzelfall ankommt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das ist ja praktisch. Ich frage mich halt, Herr Schulz, wie Sie sozusagen überhaupt dazu kommen, diese Fragen zu stellen. Dann bekommen Sie ja relativ eindeutig - - Wenn man sich jetzt nicht ganz doof anstellt, dann sagt man: Das ist ja eindeutig. Die sagen: Die Typen sitzen nicht hier. - Und wenn man dann fragt: „Ja, aber spielt Ramstein nicht eine wesentliche Rolle, um



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Signal weiterzuführen?“, dann sagen die: Ja, darüber können wir nicht reden. - Also scheint es ja wohl so zu sein - nicht? Sonst könnten die ja sagen: „Nein, machen wir über Holland“, oder so. Haben die nicht gesagt.

Und deswegen frage ich Sie auch angesichts des Außenministers, der ja bald in unseren Ausschuss hier kommt und uns zu diesen heiklen Fragen Rede und Antwort stehen muss: Haben Sie eine rechtliche Einschätzung dazu, oder sagen Sie einfach: „Das ist der Einzelfall“? Also, wir hatten hier Brandon Bryant sitzen. Der hat uns von tausendsechshundertirgendwas Einzelfällen erzählt. Also, das Problem schlägt doch nicht heute erst bei Ihnen auf; Sie beschäftigen sich seit Jahren damit.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir beschäftigen uns mit diesen Fragen, und diese Fragen sind eben nicht einfach zu beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Das erste - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also Sie können mir das nicht beantworten.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann Ihnen die Frage, so, wie Sie sie jetzt stellen, nicht beantworten, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich sage es noch einmal: Ich denke, ich habe sie beantwortet, indem ich sage: Die Völkerrechtsmäßigkeit oder die Völkerrechtswidrigkeit eines Drohneneinsatzes kann man juristisch nur im Einzelfall beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also, ich finde, das beantwortet meine Frage nicht; aber sei es drum. Das kann man ja unterschiedlich sehen.

Noch mal zu der guten alten Zeit da im Juli/August 2013 und diesen Gesprächen Ihrer ersten USA-Reise: Haben die Amerikaner in diesen Zusammenhängen eigentlich mal in den Raum geworfen - ich habe hier so einen Bericht, glaube ich, von Ihnen - - Sie waren 2-B-1 - nicht?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Also, haben die in diesen Runden, die Sie da geführt haben im Juli 2013, mal irgendwie gesagt: „Also, wir halten uns so an deutsches Recht, wie sich der BND an deutsches Recht hält“, oder so? Also, ist da mal Bezug darauf genommen worden, was eigentlich der Bundesnachrichtendienst so macht?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das ist nicht qualifiziert worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Wir haben über den Bundesnachrichtendienst nicht gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, diese Kooperationen haben keine Rolle gespielt in der Argumentation.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich habe hier so eine Stellungnahme - MAT A BK-1/2j -, und da sozusagen äußern sich die Amerikaner - das ist vom 24.07.2013; „UNCLASSIFIED//FOR OFFICIAL USE ONLY“ -, und da nehmen die im Grunde genau auf diese Sachen Bezug, die Sie thematisiert haben in den Gesprächen, also ein paar Tage später - nicht? Und dann sagen die erstens: „NSA is not doing anything to harm German interests“. - Und dann sagen sie an dritter Stelle:

Any joint operation conducted by NSA and the German intelligence services has been in accordance with German and U.S. law



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, die sagen praktisch: Wir machen erst mal nichts gegen die deutschen Interessen. Und zweitens: In den Kooperationen, die wir gemeinsam durchführen, halten wir uns an deutsches und amerikanisches Recht. - Aber sie sagen nicht: Auf deutschem Boden halten wir uns an deutsches Recht. - Und deswegen - - Also, daraus entnehme ich, dass die Amerikaner schon bezüglich auch ihrer Kooperationen argumentiert haben - mit dem Bundesnachrichtendienst. Also - -

Zeuge Jürgen Schulz: Das mag gut sein. Das war nicht der Fall, als ich diese Gespräche am 5. Juli geführt habe, aber ich kann nicht ausschließen, dass sie das bei anderen Gesprächen so argumentativ dargestellt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also war der Umstand, dass man gemeinsam an die Glasfaser gegangen ist mit dem Bundesnachrichtendienst, gar kein Thema in den Gesprächen.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Wir haben, wie ich schon sagte, über keinerlei operative Details gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste jetzt die letzte - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie denn davon, -

Zeuge Jürgen Schulz: Wovon bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass der Bundesnachrichtendienst mit der NSA auch auf deutschem Boden kooperiert, während Sie diese Gespräche geführt haben?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich wusste, dass es enge Kooperationen zwischen deutschen und - - Nachrichtendienst gibt. Mir sind aber natürlich damals nicht die Details bekannt gewesen, die man jetzt zum Beispiel durch Medienberichterstattungen noch erfahren hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass man gemeinsam an der Glasfaser war und Daten abgegriffen hat, das wussten Sie zu dem Zeitpunkt nicht.

Zeuge Jürgen Schulz: Mir war das nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Herr Kollege von Notz. - Es beginnt jetzt der Kollege Schipanski für die Fraktion der CDU/CSU.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Schulz! Herr Schulz, ich würde vielleicht bei dem Ramstein-Besuch gern noch mal bleiben wollen. Was war der Charakter des Besuches? War das ein Kontrollbesuch von Ihnen? War das ein Informationsbesuch gewesen? Wie kann man das bewerten?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das war ein Informationsbesuch. Das war kein Kontrollbesuch, sondern es ist so, dass wir ja in regelmäßigem Austausch mit unseren amerikanischen Partnern stehen. Wir hatten schon länger das Interesse bekundet, mal nach Ramstein zu gehen und auch dort vor Ort Gespräche zu führen. Die Amerikaner haben das sehr positiv aufgenommen. Wir haben länger einen Termin gesucht, und dann ist es dazu gekommen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und Ihre Gesprächspartner: Das ist dann der Standortleiter da gewesen, oder wer hat Sie da begleitet?

Zeuge Jürgen Schulz: Das waren zwei kommandierende Generale, die dort zuständig sind für den Großteil der Operationen in Ramstein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und Sie hatten Zutritt zu allen Bereichen auf diesem Stützpunkt, oder wurden Sie bei manchen Dingen gebeten, dort nicht hineinzugehen, hinzugehen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein. Dieser Stützpunkt ist ja nicht ein Stützpunkt, wie man - - Den darf man sich nicht wie Berlin-Tegel vorstellen; das ist eher eine Kleinstadt. Und insofern war das ein Besuch, bei dem wir Gespräche geführt haben. Wir haben auch bestimmte Teile gesehen, aber wir haben natürlich nicht den gesamten Stützpunkt gesehen. Das war auch nicht die Absicht des Besuches.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber Sie haben Wünsche geäußert, wo Sie gerne hingehen wollen, und dann hat man Sie dahin geführt? Oder war das ein fertiges Programm, was man vorher abgestimmt hat, und dann ist man durch diese Kleinstadt gefahren, und man hat Ihnen das gezeigt, was geplant war?

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist, wie das so üblich ist, ein Programm, das im gegenseitigen Einvernehmen dann vorher abgestimmt wird.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und hatten Sie diese besagte a) Relaisstation bzw. b) dieses Air and Space Operations Center sich ansehen können? Waren Sie dort vor Ort, so drinnen?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, die Relaisstation haben wir uns nicht angesehen. Diese Air Operations Space - - Das haben wir uns angesehen, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und was war da Ihr Eindruck gewesen?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir wurden dort über die verschiedenen Aktivitäten von Ramstein unterrichtet, haben auch dort mit verschiedenen Amerikanern sprechen können. Der Eindruck ist: Das ist natürlich eine Art Operation Center, wie man sich das auch aus anderen militärischen Hauptquartieren vorstellen kann - mit vielen Bildschirmen, mit vielen Verbindungen zu verschiedenen Orten in Europa, außerhalb Europas, wo - ich

weiß nicht - 100, 150 Personen halt ihrer täglichen Arbeit nachgehen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Jetzt hat die Bundesregierung ja stets betont, sie habe keine über die Medienberichterstattung hinausgehende Kenntnis über eine Beteiligung des US-Luftstreitkräftekommandos in Ramstein an bewaffneten Einsätzen unbemannter Luftfahrzeuge, also der Drohnen.

In der Antwort vom 8. Oktober 2014 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke heißt es weiter, ein im April 2014 an die US-Botschaft übermittelter Fragenkatalog zu einer möglichen Beteiligung von deutschen Standorten der US-Streitkräfte an diesem „Drohnenkrieg“ - in Anführungszeichen - sei bislang nicht beantwortet. - Könnten Sie noch mal schildern, was die Bundesregierung - letztlich wahrscheinlich unter Federführung des AA - unternommen hat, um da jetzt diese Rolle Ramsteins aufzuklären? Wir haben diesen Informationsbesuch gehört; jetzt ist ja hier noch die Rede von einem Fragenkatalog. Welche Maßnahmen haben Sie da alle ergriffen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir haben zunächst mal natürlich, wenn ich das noch mal rekapitulieren darf, viele Gespräche mit den Amerikanern geführt, zunächst einmal auch zum Beispiel mit Vertretern von AFRICOM, die ja dort auch in dem Zusammenhang immer wieder genannt werden. Ich persönlich habe zwei Mal mit einem der leitenden Vertreter von AFRICOM im Auswärtigen Amt gesprochen. Wir haben verschiedene Fragen gestellt zum Aktionsradius von AFRICOM und haben natürlich - - der sich eben auch nicht nur auf Drohneneinsätze beschränkt. Auch da ist es so: AFRICOM ist sehr aktiv in Gesamtafrika, und wir haben viele gemeinsame Berührungspunkte mit AFRICOM, und die Drohneneinsätze spielen hier auch eine Rolle auf amerikanischer Seite, aber eben auch nur eine relative geringe, wenn man die Gesamtaktivitäten von AFRICOM betrachtet.

Aber wir haben natürlich genau danach auch sehr genau gefragt. Das Ergebnis eines diese Gespräche war, dass die amerikanische Seite uns gesagt hat: Ja, wenn ihr so viele Fragen habt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann verschriftlicht die doch bitte mal; wir können das hier nicht alles alleine beantworten, das muss auch durch Washington noch mal entsprechend abgesegnet sein. - Deswegen haben wir dann in einem zweiten Schritt diesen Fragenkatalog an die amerikanische Seite übermittelt. Die amerikanische Seite hat sich einige Zeit genommen, den zu beantworten, hat ihn dann auch nicht schriftlich beantwortet, sondern hat ihn durch eine sehr hochrangige Vertreterin aus dem Außenministerium, Frau Victoria Nuland, dann im Jahr 2014, glaube ich, war es, zum größten Teil beantwortet.

Und der dritte Teil neben den etlichen Gesprächen, die wir geführt haben, neben dem schriftlichen Fragenkatalog, den wir an die Amerikaner gerichtet haben, das war dann, wie gesagt - nicht mehr im Zeitraum, den der Untersuchungsausschuss untersucht -, eben auch ein Besuch vor Ort in Ramstein, wo wir diese Fragen dann noch einmal thematisiert haben. Also, Gespräche, schriftlicher Fragenkatalog, Besuch in Ramstein: Das sind im Prinzip die Ansätze gewesen, die wir gewählt haben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Das heißt, der Fragenkatalog wurde beantwortet, jedoch mündlich.

Zeuge Jürgen Schulz: So ist es.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und sehen Sie darüber hinaus - außer diese drei Felder, die Sie gerade vorgestellt haben - Möglichkeiten der Bundesregierung, um weitere Erkenntnisse mit Blick auf AFRICOM oder Ramstein zu erlangen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir bleiben mit unseren amerikanischen Partnern zu diesem Thema in einem vertraulichen Dialog, und wir wissen, dass es ja auch immer noch weitere Fragen gibt. Die Amerikaner haben einige beantwortet, aber die Diskussionen zeigen ja, dass es immer noch auch weiteres Interesse an weiteren Details gibt, und wir ermuntern und drängen unsere amerikanischen Partner, uns hier noch weitere Informationen zur Verfügung zu stellen, einfach, um die Art und Weise, wie hier in Ramstein gearbeitet wird,

auch unserer Öffentlichkeit noch besser zu erklären.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Sie verweisen auf diesen vertraulichen Dialog. Dass Sie jetzt sagen, Sie haben rechtlich oder diplomatisch oder politisch noch weitergehende Handlungsspielräume außer diesem vertraulichen Dialog: Das erblicken Sie jetzt nicht.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir können und wollen unsere amerikanischen Partner nicht zwingen, Informationen, die die Amerikaner als hochvertraulich einschätzen, herauszugeben. Wir können sie nur davon überzeugen, dass wir hier noch ein transparenteres Vorgehen fördern, und das ist, glaube ich, der erfolgversprechendste Ansatz. Aber ansonsten haben wir auch keine weitere Handhabe.

Sie haben am Anfang gesagt, ob der Besuch ein Kontrollbesuch war. Also, es ist so, dass die amerikanischen Streitkräfte diese Liegenschaften in eigener Verantwortung betreiben, und wir haben auch gar keine Handhabe quasi als Regierung, diese Dinge nun bis ins Letzte zu kontrollieren. Das entspricht auch nicht der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die wir mit Amerika pflegen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber Sie haben die Möglichkeit - - Also, die Möglichkeit des Zuges haben Sie doch - zu diesen Einrichtungen. Oder auch nur mit Erlaubnis letztlich der Amerikaner?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, das sind ja amerikanische Militärliegenschaften, auf denen hochoperative, hochsensible Operationen stattfinden. Natürlich können wir nicht einfach unangemeldet in amerikanische Militärbasen hineinwandern; das geht nicht. Das ist aber auch auf deutschen Basen nicht anders. Also, insofern bedarf es natürlich einer vorherigen Vereinbarung. Aber wenn wir sagen: „Wir möchten dort vorbeischaun, Gespräche führen, uns Dinge ansehen“, dann ist das jederzeit möglich.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Jetzt hatten wir ja - - Oder Sie hatten auch angesprochen, der US-Außenminister Kerry war am



Nur zur dienstlichen Verwendung

31. Mai 2013 letztlich in Deutschland. Der US-Präsident hat am 19. Juni 2013 noch mal versichert, dass Deutschland kein Ausgangspunkt für Drohnenangriffe zur Terrorbekämpfung sei. Liegen Ihrer Ansicht nach Anhaltspunkte dafür vor, dass diese Aussagen der US-Seite unzutreffend sind?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, wir haben keine Hinweise darauf. Wir haben keine Erkenntnisse, dass diese Aussagen der amerikanischen Seite unzutreffend sind.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Also, Sie vertrauen auf die Zusicherung, die letztlich diese amerikanische Seite Ihnen hier präsentiert und macht.

Zeuge Jürgen Schulz: Wir haben keine Erkenntnisse, dass diese Aussagen nicht zutreffen. Wir versuchen, uns auch ein eigenes Bild zu verschaffen. Wir sind sicherlich spätestens seit Sommer 2013 auch noch viel mehr sensibilisiert, was diese Dinge angeht, als das vorher der Fall war, aber am Ende haben wir keine Erkenntnisse - danach hatten Sie ja gefragt -, die darauf hindeuten, dass die amerikanischen Aussagen unzutreffend sind.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Zu den rechtlichen Pflichten sowohl der USA als auch für Deutschland im Zusammenhang mit der Nutzung dieser US-Stützpunkte gerade in Ramstein hat der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, der Dr. Brauksiepe, in einer Fragestunde am 22. April 2015 ausgeführt - ich zitiere -:

Die Air Base Ramstein und die sich darauf befindliche Satelliten-Relaisstation wird von den USA ohne ... Mitwirkung oder Einbeziehung der Bundesregierung betrieben und genutzt. Selbst wenn sie dabei eine entscheidende Rolle beim Datentransfer zu Drohnen der USA oder zu deren Steuerung einnehmen sollte, folgt daraus keineswegs zwingend ein Rechtsbruch oder eine Straftat, die von deutschem Boden ausgeht.

Unter rechtlichen Gesichtspunkten kann nur ein konkreter Drohneneinsatz bei Kenntnis aller maßgeblichen Tatsachen bewertet werden.

Ist aus Ihrer Sicht diese rechtliche Bewertung zutreffend?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich glaube, das ist das, was ich in Antwort auf Herrn von Notz gerade ausgeführt habe. Insofern: Das ist aus unserer Sicht, aus meiner Sicht zutreffend. Es ist so, dass eben zum einen die tatsächliche Frage der tatsächlichen Nutzung von Ramstein eine Frage ist. Das heißt, wir müssen zunächst verstehen: Wie ist tatsächlich der Zusammenhang zwischen Drohneneinsätzen und Ramstein? Es gibt da noch Fragen, die auch gestellt werden. Aber das ist die Frage: Wie eng ist der Zusammenhang? Wie entscheidend ist die Rolle von Ramstein für diese Drohneneinsätze? Darüber gibt es, glaube ich, immer noch unterschiedliche Aussagen. Sie haben den Zeugen erwähnt, der hier ausgesagt hat in dem einen Sinne; aber das ist eben etwas, eine Frage, zu der sich die amerikanische Seite nicht nähergehend äußert.

Aber die andere Frage ist die juristische Seite, die Sie jetzt angesprochen haben, und die betrifft die Völkerrechtswidrigkeit von Drohneneinsätzen. Und das ist eine ganz andere Frage. Die Völkerrechtswidrigkeit von Drohneneinsätzen kann nicht in abstracto, sondern kann nur in concreto beantwortet werden. Sie müssen also eine genaue Bewertung haben, wo ein solcher Einsatz passiert ist, unter welchen Voraussetzungen. Zunächst einmal ist die Frage entscheidend: Liegt ein bewaffneter Konflikt vor, oder liegt kein bewaffneter Konflikt vor?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da müssen wir ja gar nicht so rein. Sie haben ja gesagt, man kann diese zwei Dinge, diese zwei Tatsachen trennen.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, das sind unterschiedliche Dinge.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Jetzt sagen Sie: unterschiedliche Dinge. Sie sind da in der Erforschung. Da würde mich natürlich interessieren: Wie ist denn dann für Sie als deutsche Behörde die Einwirkungs- oder Überprüfungspflicht? Ich meine, Sie haben jetzt diese beiden Problemfelder aufgezeigt. Sie haben gesagt: Die Amerikaner sagen so ungefähr operativ: Das ist alles ganz geheim. - Aber dann kann ich natürlich als deutsche Behörde ja faktisch nie feststellen, wenn der Amerikaner nicht mit mir da konkret zusammenarbeitet, ob eben ein Rechtsverstoß vorliegt.

Zeuge Jürgen Schulz: Die Frage, ob ein Rechtsverstoß vorliegt, ist keine Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes, sondern die Frage, ob ein Rechtsverstoß vorliegt, ist eine Frage der zuständigen Polizei- und Justizbehörden. Und die Frage, ob ein Rechtsverstoß vorliegt, hat aus meiner Betrachtung auch nicht primär damit zu tun, ob ein Datentransfer in Ramstein passiert oder nicht, sondern primär damit zu tun, was bei dem Drohneneinsatz ganz konkret vor Ort passiert ist. Das ist, glaube ich, zunächst mal das, was Sie für eine rechtliche Bewertung ganz entscheidend brauchen.

Sie müssen wissen: Was ist im Jemen, in Pakistan, in Afghanistan mit wem unter welchen Umständen in welcher politischen Konstellation passiert? Das ist die entscheidende Frage. Sie müssen zunächst einmal klären: Liegt ein bewaffneter Konflikt vor? Gilt humanitäres Völkerrecht oder nicht? Und aus diesen Fragen ergeben sich dann erst die grundlegenden rechtlichen Fragen. Aber noch mal: Die rechtliche Bewertung obliegt nicht dem Auswärtigen Amt. Sie hatten danach gefragt; deswegen habe ich das etwas ausgeführt. Aber wir sind keine Strafverfolgungs- und keine Justizbehörde. Wenn es um rechtliche Einschätzungen geht, die sich mit strafrechtlichen Fragen beschäftigen, dann ist das eine Zuständigkeit der Justizbehörden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also verweisen Sie auf die normalen Einwirkungs- und Überprüfungspflichten für die Justizbehörde, die da tätig werden könnte. Spannende Antwort.

Zeuge Jürgen Schulz: Darf ich das vielleicht -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: - noch ausführen, weil Sie das so ein bisschen karikieren?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist gar nicht so gemeint!)

Es ist ja so gewesen, dass zum Beispiel der Generalbundesanwalt, um ein Beispiel zu nennen - ich glaube, es war im Jahr 2013 -, schon mal einen Beobachtungsvorgang zu einem solchen Drohneneinsatz eingeleitet hat. Das meine ich damit: dass hier die zuständigen Behörden, wie zum Beispiel der Generalbundesanwalt, einen entsprechenden Vorgang einleiten, um die entsprechende Völkerrechtswidrigkeit oder mögliche rechtlichen Fragen zu prüfen. Das ist aber nicht unsere Zuständigkeit.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Können Sie dann aber noch mal beschreiben, wie denn die rechtliche Verpflichtung ist, der die USA nach diesem NATO-Truppenstatut bzw. nach diesem Stationierungsabkommen unterliegen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das sagt eigentlich relativ schlicht, dass die Gaststreitkräfte, in diesem Fall die amerikanischen Streitkräfte, das Recht des Gastlandes, in diesem Fall der Bundesrepublik Deutschland, zu beachten haben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): So einfach und kurz. Gut. - Wir hatten ferner eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln gehabt; vielleicht erinnern Sie sich. Jemenitische Staatsangehörige wollten die Bundesrepublik mit einer Klage verpflichten, zu unterbinden, dass militärische Anlagen der USA in Ramstein für US-Drohnenangriffe in ihrer Heimat genutzt werden. Das zuständige Verwaltungsgericht in Köln hat die Klage abgewiesen. Das Urteil ist vom 27.05.2015. Es bestätigt letztlich die Auffassung der Bundesregierung, es lägen keine hinreichenden Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht vor, und betont, dass die Bundesrepublik ihren rechtlichen Verpflichtungen in



Nur zur dienstlichen Verwendung

hinreichender Weise nachgekommen ist. Die Bundesregierung hat - ich zitiere:

in Konsultationen mit der amerikanischen Regierung und zahlreichen Anfragen an diese darauf gedrungen, dass die USA die Air Base Ramstein nur in einer geltenden deutschen Recht und Völkerrecht entsprechenden Weise nutzt. Die amerikanische Regierung hat dies auch zugesagt. Dieses von der Beklagten gewählte Mittel ist auch nicht offenkundig untauglich. Politische Konsultationen mit anderen Regierungen sind ein klassisches Mittel der auswärtigen Gewalt, um außenpolitische Interessen durchzusetzen. Zwar lässt sich hiermit fremden Staaten keine Verpflichtung auferlegen. Dies ist aber aufgrund des dem Völkerrecht zugrundeliegenden Grundgedankens der souveränen Gleichheit der Staaten auch nicht erforderlich.

Wie bewerten Sie diese Aussagen? Können Sie das teilen? Widersprechen Sie dieser Einschätzung?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich bin kein Jurist. Ich kann nicht zu einem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln Stellung nehmen. Das wäre Aufgabe unserer Kollegen in der Rechtsabteilung. Ich kenne das Urteil. Ich weiß, dass die Klage zumindest auf dieser Instanz ja abgewiesen worden ist. Und aus unserer Sicht ist natürlich wichtig, dass das Verwaltungsgericht hier festgestellt hat, dass die Bundesregierung zunächst einmal einen weiten Ermessensspielraum hat bei der Beurteilung dieser Fragen, gerade in außenpolitischen Fragen, dass es aber auch bestimmte Sorgfalts- und Schutzpflichten gibt und dass die Bundesregierung diesen Pflichten in diesem Falle auch nachgekommen ist, weil sie - ich habe die Maßnahmen ja erläutert - versucht und darum bemüht ist, von amerikanischer Seite entsprechende Zusagen und Aussagen zu bekommen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Das heißt, diese politischen Konsultationen, von

denen hier auch die Rede ist, die sind dann letztlich fortgesetzt; das ist fortlaufend. Das hatten Sie ja auch ein ganzes Stück erklärt.

Sie hatten vorhin schon angesprochen, Herr Schulz, AFRICOM, dass Sie mit den Leuten, mit den Verantwortlichen da Kontakt haben, dass die bei Ihnen im Auswärtigen Amt waren, dass Sie dort vor Ort waren. Da auch wieder die Frage: Wer sind dort Ihre Ansprechpartner, und wann und wie häufig haben Sie diese Einrichtung in Stuttgart besucht?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich habe nicht gesagt, dass ich AFRICOM besucht habe. Ich habe AFRICOM noch nie besucht. Aber ich habe mehrere Gespräche mit Vertretern von AFRICOM geführt, so wie das auch meine Amtsvorgänger regelmäßig getan haben. Und mein Ansprechpartner ist dort der für die politischen Fragen zuständige Botschafter bei AFRICOM. In diesem Fall war das ein Botschafter Carter, mit dem ich zwei Mal gesprochen habe.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und so einen Informationsbesuch, den haben Sie noch nicht unternommen oder wollen unternehmen oder - - Weil bei Ramstein waren Sie ja und jetzt in Stuttgart noch nicht.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, ich habe ihn noch nicht unternommen. AFRICOM ist für uns politisch, außenpolitisch auch interessant; aber was die eigentlichen Kernfragen, die auch den Ausschuss ja interessieren, betreffen, ist, glaube ich, Ramstein hier von größerer Bedeutung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Ursprünglich war ja von US-Seite geplant, dass AFRICOM nur vorübergehend in Deutschland stationiert werden sollte und das Kommando zu einem späteren Zeitpunkt auf den afrikanischen Kontinent verlegt werden sollte. Entgegen dieser Absicht entschied sich der US-Präsident Anfang 2013, AFRICOM dauerhaft in Stuttgart zu belassen. Was waren denn hierfür die Hintergründe?

Zeuge Jürgen Schulz: Meiner Kenntnis nach - ich kann die amerikanische Entscheidungsfindung auch nur begrenzt kommentieren - - Aber aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

meiner Kenntnis waren es vor allem praktische Beweggründe, die die amerikanische Regierung bewogen haben, diese Einrichtung hier zu belassen. Wie Sie gesagt haben: Eigentlich war die Idee, AFRICOM auch nach Afrika zu verlegen und das Kommando dort tätig werden zu lassen. Aber ich glaube, die enge Zusammenarbeit mit anderen Militärs hier in Deutschland, die enge Zusammenarbeit mit USEUCOM, die Tatsache, dass Amerika hier eben entsprechend viele Unterstützungseinrichtungen hat für amerikanisches Militärpersonal, all diese praktischen Erwägungen haben - so zumindest mein Kenntnisstand - am Ende den Ausschlag gegeben, zu sagen: Dann lassen wir AFRICOM hier in Deutschland.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Waren Sie denn persönlich - Sie waren ja damals im Kanzleramt gewesen - im Rahmen dieser Abstimmungen und Fragestellungen involviert gewesen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, mit diesen Abstimmungen bin ich - - Da war ich nicht involviert.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, war die Bundesregierung beteiligt? Das können Sie aus dann eigener Wahrnehmung auch nicht sagen - oder?

Zeuge Jürgen Schulz: Sie meinen mit der - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Inwieweit die Bundesregierung jetzt einbezogen war oder gefragt wurde, Empfehlungen abgegeben wurden.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, die Bundesregierung muss eingebunden gewesen sein. Ich kenne die Details jetzt aus dem Stegreif nicht. Aber als AFRICOM eingerichtet worden ist, ist das natürlich in Abstimmung und mit Zustimmung der Bundesregierung erfolgt; anders ginge das ja auch nicht. Und ich gehe davon aus, dass, als die Amerikaner entschieden haben, AFRICOM hier länger zu betreiben, permanent, dass das auch in entsprechender analoger Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgt ist. Aber die Details kenne ich einfach nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): In Stuttgart wurde das ja im Jahr 2007 eingerichtet unter

anderem deshalb, weil ja zuvor wohl mehrere afrikanische Staaten die Ansiedlung des Kommandos auf ihrem Staatsgebiet abgelehnt hatten. Deutschland erhob letztlich im Jahr 2007 keine Einwände. Allerdings schien man im Auswärtigen Amt gleichwohl eine negative Berichterstattung zu befürchten. Und ich zitiere aus einem Vermerk vom 15. Januar 2007 - MAT A AA-3/1b_1, Blatt 13 bis 15 -:

Gewisse Zweifel in der Öffentlichkeit könnten höchstens dadurch entstehen, dass AFRICOM auch für Somalia zuständig sein soll ... US-Aktionen in Somalia in den letzten Tagen gaben Anlass zu Kritik. Wir haben daher ggü. der US-Seite informell angeregt, dass Präsident Bush in seiner Rede

- damals zur Lage der Nation -

die Gründung AFRICOM ohne Spezifizierung des Standortes nennt. Ansonsten sollten wir US-Planungen positiv beantworten.

Wissen Sie, welche „gewissen Zweifel“ in der Öffentlichkeit hier gemeint sein könnten?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann nur spekulieren. Aber bekannt ist ja auch, dass gerade auch, ich sage mal, die etwas robusteren amerikanischen Aktionen in Somalia nicht nur auf Begeisterung stoßen in der Öffentlichkeit. Da gibt es ja auch sehr viele kritische Stimmen; da gibt es ja auch eine kritische Diskussion. Vielleicht - - Das mag wohl gemeint sein. Ich weiß es nicht. Ich war zu der Zeit damit auch nicht befasst. Aber so könnte ich es mir zusammenreimen. Aber grundsätzlich gilt natürlich, dass wir durchaus ein Interesse daran haben, AFRICOM und amerikanische Kommandos bei uns zu haben. Am Ende, in dem Gesamtbild transatlantische Sicherheit, transatlantische Partnerschaft ist das natürlich ein wichtiges Element.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, das sind letztlich auch die Punkte, die dafür sprechen, zu sagen, man soll diese Einrichtungen in Stuttgart belassen. Es war ja zur damaligen Zeit auch die Frage - - Andere Standorte wurden geschrumpft;



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stuttgart wurde ja dann letztlich ausgebaut. Und diesen Standpunkt und diese Erwägungen, die teilen Sie auch noch heute, dass es eine richtige Grundsatzentscheidung 2007 vonseiten des Auswärtigen Amtes war?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja. Also, wir auch als Bundesregierung - wenn Sie mal die letzten zwei, drei Jahre Revue passieren lassen - engagieren uns ja auch verstärkt in Afrika. Das war ja lange Zeit nicht in diesem Maße der Fall; aber allein die Tatsache, dass wir jetzt - aktuelles Beispiel - bis zu 650 Soldaten bei der VN-Mission MINUSMA in Mali einsetzen werden - - Wir haben über 100 Soldaten eingesetzt bei der EU-Ausbildungsmission in Mali; wir sind am Horn von Afrika tätig bei der Pirateriebekämpfung. Also, wir haben auch als Bundesregierung unser Engagement auf dem afrikanischen Kontinent in den letzten Jahren ja deutlich intensiviert, und insofern haben wir auch ein vitales Interesse daran, auch mit unseren amerikanischen Partnern uns hier auszutauschen und in konkreten Fällen auch zusammenzuarbeiten. Also, das ist ein deutsches Interesse, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Bei AFRICOM wirken ja bekanntlich Soldaten und Angehörige ziviler Dienststellen zusammen. Und daraus ergeben sich nach der Indienststellung des Kommandos Statusprobleme für einen Teil der Bediensteten. In einem Schriftwechsel und einem Gespräch mit hochrangigen Vertretern von AFRICOM betont das Auswärtige Amt im Sommer 2008 seine Flexibilität auf dem Weg, diese Probleme durch eine Doppelanstellung von US-Zivilbediensteten auch beim US-Verteidigungsministerium zu lösen. Kennen Sie diese Problemstellung?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, diese Problemstellung ist mir nicht bekannt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wieso ist Ihnen das nicht bekannt? Weil Sie in - - Das war jetzt im Jahr 2008 gewesen.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja. 2008 - ich weiß nicht, wann es genau war - war ich im Kanzleramt für

Osteuropa, Russland, Polen und andere Dinge zuständig, -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Jürgen Schulz: - und die Problematik der Angestellten bei AFRICOM war, zumindest damals, nicht meine Zuständigkeit.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay, okay. - Halten Sie die Entscheidung für richtig, diese Doppelanstellung, oder - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ich müsste mich mit dem Sachverhalt, ehrlich gesagt, erst befassen, -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Jürgen Schulz: - bevor ich dazu eine Stellungnahme abgeben kann.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Selbstverständlich. - Nach Presseberichten soll AFRICOM ebenso wie Ramstein eine zentrale Rolle bei diesen US-Drohneinsätzen in Afrika einnehmen. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet am 28. November unter dem Titel „Drohnen Tod aus Deutschland“, sämtliche Aktionen von US-Militäreinheiten in Afrika unterstünden eben der Kontrolle von AFRICOM, dies bedeute, dass - Zitat - „über jeden US-Drohnenangriff über Afrika, über jede einzelne dieser gezielten Tötungen“ in Stuttgart entschieden werde. - Wie bewerten Sie letztlich diese Berichterstattung?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann dazu nur sagen, dass wir mit den Amerikanern ja auch über die Frage der Drohneinsätze, wie schon berichtet, häufiger gesprochen haben, und ein Resultat dieser Gespräche war auch, dass uns die amerikanische Seite versichert hat, dass die Entscheidung über Drohneinsätze nicht in den Regionalkommandos, also nicht in AFRICOM, nicht in Stuttgart, nicht in USEUCOM, nicht in Ramstein, erfolgt, sondern dass die Entscheidung über Drohneinsätze auf hoher politischer Ebene in Washington, D. C. erfolgt. Das ist die Aussage der amerikanischen Regierung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt müssten wir - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ich würde nur noch fragen, ob Sie Zweifel haben an dieser Aussage der US-Seite.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich persönlich habe keinerlei Zweifel an dieser Aussage.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde und beginnen mit der zweiten Fragerunde. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schulz, ich habe im Wesentlichen noch zwei Fragenkomplexe. Es kann ganz schnell gehen. Sie sagten, zu der völkerrechtlichen Beurteilung des Drohneneinsatzes müsse man sich die Einzelfälle ansehen, und - Kollege Schipanski ist ja jetzt auf einiges auch schon eingegangen - Sie sagten dann, je nachdem, welches Einsatzland usw. Aber wie machen Sie das, wenn von US-amerikanischer Seite so wenig, wie ich jetzt herausgehört habe, Details zu der Steuerung der Drohnen via Ramstein bekannt sind? Weil man muss ja nicht nur sehen, welche Länder jeweils betroffen sind, sondern man müsste sich ja darüber hinaus noch ansehen: Woher stammen die Daten für die Zielerfassung? In welchen Fällen wurden mit welcher Drohne, die möglicherweise über Ramstein gesteuert wurde, Zivilisten getroffen und Ähnliches mehr?

Also, schaut man sich nur an: „Ist das im Jemen, ja oder nein?“, oder schaut man sich auch an: „Woher hat eigentlich Ramstein die entsprechenden Daten für die Zielerfassung oder die Drohne für die Zielerfassung?“? Spielen da deutsche Daten, die zum Beispiel hier im Zuge von Erfassungen erhoben wurden, insbesondere Metadaten, eine Rolle? In welchen Fällen von über Ramstein gesteuerten Drohnen kam es zu Tötungen an Zivilisten und Ähnliches mehr? Hat man sich das bis - Sie haben vorhin gesagt das Wort „Einzel-

fall“ - auf den Einzelfall runtergebrochen angesehen: „Wo sind deutsche Daten eingesetzt worden? Wo wurden Zivilisten getroffen?“?

Das wäre meine erste Frage. Weil ich glaube, nur dann kann man tatsächlich auch die rechtliche Frage komplex beantworten. Die ist nicht so allgemein zu beantworten wie: Fliegt die Drohne im Jemen, ja oder nein? - Das wäre der erste Komplex noch mal zum geheimen Krieg, und dann wäre etwas ganz anderes noch von mir zu fragen.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also ich wollte nicht sagen, dass die Frage nur ist: „Fliegt die Drohne im Jemen oder nicht?“, sondern ich wollte darauf verweisen, dass eine der wichtigsten Fragen ja, wenn es um die rechtliche Bewertung geht, die Frage ist, ob humanitäres Völkerrecht gilt oder nicht. Und das heißt, es reicht nicht aus, zu sagen: „Fliegt die Drohne über dem Jemen?“ Nein. Aber man muss zunächst einmal feststellen: Gibt es in dem Einzelfall, den man beurteilen will, gibt es dort einen bewaffneten Konflikt oder nicht? Das ist eine ganz wichtige Frage. Gilt humanitäres Völkerrecht oder nicht? Wenn humanitäres Völkerrecht gilt, dann ist zumindest ein Drohneneinsatz generell zunächst einmal nicht a priori rechtswidrig oder ausgeschlossen. Da muss man sich aber die Umstände des Einzelfalles sehr genau ansehen, das heißt: Welche Partei ist denn da eigentlich involviert gewesen? Was ist das für eine Organisation? Ist das jemand, der aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen hat oder nicht, oder ist das ein unbeteiligter Zivilist?

Das sind die einzelnen Fragen, die man sich genau ansehen muss. Aber man kann eben nicht - und das war mein Ansatz - pauschal sagen, dass der Drohneneinsatz pauschal völkerrechtswidrig ist, sondern man muss sich schon sehr genau die Umstände des jeweiligen Einzelfalles ansehen. Und da spielt die Frage des Datentransfers und woher die Daten vielleicht kommen, für eine solche Operation dann möglicherweise eine Rolle, aber aus meiner Bewertung - ich bin kein Jurist - wahrscheinlich nicht einmal die entscheidende. Weil Sie müssen erst einmal die Gesamtumstände eines solchen Einsatzes erfassen, und dann könnte möglicherweise vielleicht noch die Frage des Datentransfers dazukommen. Aber das



Nur zur dienstlichen Verwendung

war der Punkt, den ich machen wollte. Also, der Einzelfall ist nicht einfach nur: „Fliegt die Drohne über dem Land A oder B?“, sondern der Einzelfall erfordert eine sehr komplexe, bis auf die einzelnen Personen und deren Involvierungen abstellende Bewertung und Analyse. Das ist erforderlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bekommt die Bundesregierung für diese Einzelfallprüfung, bei der sie sich ein eigenes Bild machen will, alle notwendigen Informationen seitens der US-amerikanischen Seite?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja. Wir sind ja auch nicht nur auf die Informationen der US-Seite angewiesen. Wenn es im Jemen oder in anderen Staaten - ich nehme Jemen jetzt nur mal Pars pro Toto -, wenn es dort einen entsprechenden Einsatz gibt - wir haben ja auch eine Auslandsvertretung vor Ort, wir haben ja Kollegen des Auswärtigen Amtes oder andere Kollegen vor Ort, die sich dann ja auch ein eigenes Bild machen können - - Also, wir werden natürlich dann Informationen der US-Seite in diese Analyse mit einfließen lassen, aber auch unsere eigenen Erkenntnisse und unsere eigenen Bewertungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Man spricht ja in diesem geheimen Krieg von über 1 000 getöteten Zivilisten. In wie vielen Fällen hat man sich dieses Einzelbild gemacht seitens der Bundesregierung?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir versuchen natürlich, über unsere Auslandsvertretungen ein Bild zu bekommen, das so konkret wie möglich ist. Wenn es um einzelne Fälle geht - und Sie stellen ja auch sehr stark auf die juristische Bewertung ab -, dann ist das natürlich auch etwas, wo wir nur, ich sage mal, etwas zur tatsächlichen, zur Lagefeststellung vor Ort beitragen können. Die eigentliche juristische Bewertung - das hatte ich ja schon ausgeführt - ist nicht die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes; das müssen dann die zuständigen Justizbehörden leisten. Aber das Auswärtige Amt würde in einem solchen Fall, wenn es einen konkreten Beobachtungsvorgang, einen konkreten Verdacht geben sollte, dann würden natürlich auch unsere Auslandsvertretungen vor

Ort über die Justizbehörden gebeten werden, eine entsprechende Einschätzung zu geben. Und das würden wir dann nach bestem Wissen, so gut wir das können, auch abgeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es muss ein Beobachtungs- oder Ermittlungsvorgang seitens der Justiz geben, damit man diese Informationen beizieht?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also unsere Auslandsvertretungen sind natürlich - - berichten über das, was sie berichten können; aber wenn es um ganz konkrete Einzelfälle geht - und darauf haben Sie ja angespielt -, wo man in die Einzelheiten einer rechtlichen Bewertung gehen möchte - - In einem solchen Fall würden ja dann auch die Justizbehörden, wenn es bekannt wird, tätig werden müssen und würden dann in einem solchen Fall auch das Auswärtige Amt und unsere Auslandsvertretung um eine entsprechende Lageeinschätzung vor Ort bitten. Das ist ja das normale Prozedere.

Martina Renner (DIE LINKE): Und an solche Lageeinschätzungen zu ganz konkreten Fällen können Sie sich auch erinnern seitens der Auslandsvertretung?

Zeuge Jürgen Schulz: Kann ich was, bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Zu solchen Lageeinschätzungen, Bewertungen zu ganz konkreten Tötungsfällen seitens der Auslandsvertretung können Sie sich auch erinnern?

Zeuge Jürgen Schulz: Es hat noch nicht viele konkrete Fälle gegeben, wo wir gebeten worden sind, juristisch quasi Amtshilfe zu leisten. Also, ich glaube, es hat mal einen Beobachtungsvorgang 2013 gegeben des Generalbundesanwalts. Aber ich sage nur: Grundsätzlich stehen unsere Auslandsvertretungen natürlich bereit - wenn ein solches Verfahren eingeleitet wird durch die zuständigen Behörden -, auch entsprechende Unterstützung und entsprechende Einschätzung zu geben, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, es hat bisher außer zu dem - ich glaube, das war die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Strafanzeige 2013 auch von einigen Bundestagsabgeordneten; kann das sein? - und der jemenitischen Familie in anderen Fällen noch keine Einzelfallerhebung seitens der Auslandsvertretung gegeben.

Zeuge Jürgen Schulz: Mir ist nicht bekannt, dass die zuständigen Justizbehörden solche konkreten Unterstützungsanliegen an uns gerichtet hätten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist tatsächlich nur die Frage, ob man in diese Prüfung erst eintreten muss, wenn es ein Ermittlungsverfahren gibt, oder ob es nicht auch davor schon eine politisch-diplomatische Prüfungspflicht gibt. Aber das ist, glaube ich, nicht Aufgabe des Ausschusses, das jetzt hier weiter zu klären.

Ich würde Sie gerne noch was fragen zu dem Herbst 2013. Irgendwann ist ja nun auch der Vorwurf erhoben worden, dass das Handy der Kanzlerin abgehört wurde seitens der NSA. Und im Nachgang wurde dann im Oktober der US-Botschafter durch den Außenminister einbestellt. Das ist so richtig erinnerlich?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das ist korrekt. Also, es war ja am, ich glaube, 23. Oktober 2013, dass diese Nachricht bekannt wurde, dass das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin möglicherweise abgehört worden ist. Am 24. Oktober ist dann der US-amerikanische Botschafter Emerson vom damaligen Außenminister Westerwelle einbestellt worden und um Aufklärung gebeten worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei dem Gespräch waren Sie auch zugegen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, da war ich nicht zugegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Da waren Sie nicht zugegen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie trotzdem, was dort vereinbart wurde?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann nicht sagen, was vereinbart worden ist. Ich weiß nur, dass der Botschafter einbestellt worden ist. Das ist ja schon mal bei so engen Partnern wie den Amerikanern ein nicht alltäglicher Vorgang, sondern ein eher besonderer Vorgang. Und es wird natürlich, ohne dass ich die Inhalte des Gesprächs im Einzelnen kenne, darum gegangen sein, Aufklärung zu fordern, was da tatsächlich vorgefallen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie waren mit dem Vorgang gar nicht befasst.

Zeuge Jürgen Schulz: Nicht persönlich; aber ich habe das natürlich zur Kenntnis genommen und wusste davon, wusste auch davon, dass dieses Gespräch stattfinden wird. Aber ich war nicht dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es war geplant, dass Sie dabei sind - oder?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann mich nicht daran erinnern. Ich weiß nur, dass ich nicht dabei war.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind 2-B-1 - oder?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich bin 2-B-1, ja. Ja, das ist manchmal so bei uns, dass vielleicht auch Dinge geplant werden und dann entschieden wird, dass dieser oder jener vielleicht an einem Ministergespräch doch nicht dabei ist. Das ist eigentlich Alltag.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bin jetzt verwirrt, weil dann würde ich Ihnen gerne das Protokoll von dem Termin vorlegen, und da stehen Sie unter den Teilnehmern. Das ist eingestuft; das muss ich jetzt als stillen Vorhalt machen. Das ist MAT A AA-1/7h+i, die Seite 5, genau, oder 31. Da stehen so viele Zahlen oben drauf. 31, durchgestrichen 5. Ich weiß, dass - -

(Zuruf: Tagebuchnummer?)

- Tagebuchnummer können wir auch noch liefern: 91/14.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und LR Gunnar Berkemeier
(AA) nehmen Einblick)

Weil, wenn Sie da gar nicht dabei waren, muss ich dann zu dem Gespräch gar nicht mehr fragen.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich war mir sicher, dass ich nicht dabei war; aber jetzt, wo ich das Dokument sehe, muss ich das doch infrage stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehr gut, dann reden wir doch über den Termin. - Genau. Dann würde ich jetzt noch mal fragen: Erinnern Sie sich vielleicht jetzt - Sie fertigen ja auch selbst das Protokoll an - daran, was vereinbart wurde oder ob etwas vereinbart wurde - nicht anhand des Protokolls, sondern natürlich auch aus Ihrer Erinnerung vielleicht heraus?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz. Das Auswärtige Amt kann dazu was ergänzen.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Vielleicht als Hinweis für den Zeugen: Wenn es sich um konkrete Sachverhalte aus diesem eingestuftem Vorgang handelt, dann müssten wir das in eingestufte Sitzung behandeln. Wenn Sie aber allgemeinerer Art sozusagen zu der Linie etwas sagen können, die damals präsentiert worden ist, dann ginge das auch in dieser Form. Aber konkrete Sachverhalte aus dem eingestuftem Vorgang könnten wir hier nicht behandeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch von mir sehr allgemein gefragt.

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeuge Jürgen Schulz: Aus meiner Erinnerung und allgemein kann ich nur sagen, dass ich mich an keine konkreten Vereinbarungen erinnern kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann wechseln wir wieder.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Schulz, ich habe noch mal nur eingangs die Frage: Die Frau Renner hatte Sie in der Runde davor gefragt zu diesen DOCPER-Verfahren, wo es da um die privaten Contractors ging, und ich hatte den Eindruck, Sie haben das nicht im Detail bearbeitet, diese Fragestellungen.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich bin allgemein im Bilde, weil wir als Politische Abteilung auch immer quasi immer mitlesen mit einem halben Auge; aber ich bin nicht in allen technischen Einzelheiten dieser juristischen Materie drin. Also, ich weiß allgemein, worum es geht, aber bitte um Nachsicht, dass ich nicht in allen juristischen Einzelheiten drin bin.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. Also, dann müssen wir in die juristischen Sachen da nicht einsteigen, warum umgestellt und so was. Dann würde ich das weglassen. Wenn Sie sagen, das ist nicht Ihr Metier, dann müssen wir das mit jemand anderem besprechen.

Dann würde ich noch mal ein Stückchen allgemeiner fragen: Mit dem deutsch-amerikanischen Verhältnis, was Sie natürlich als AA im Besonderen prägen - und da spielen natürlich die Snowden-Enthüllungen und das Thema NSA eine ganz zentrale Rolle - - In einem Informationsvermerk vom 18. Juli 2013 für den damaligen Bundesaußenminister Westerwelle beschreiben Sie die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ungewöhnlich heftige Reaktion auf die Berichte über Internetüberwachung durch die NSA und plädieren für eine Cyber-Außenpolitik, die auf mehr Cyber-Sicherheit durch sichere Technologien setzt. - Um welche technologischen Ansätze ging es Ihnen denn da im Besonderen?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, das war in der Tat ein Anliegen, das wir hatten, dass wir einen transatlantischen Cyber-Dialog zum einen ins Leben



Nur zur dienstlichen Verwendung

rufen wollten. Das haben wir auch getan in der Folge. Diesen Cyber-Dialog gibt es mittlerweile. Der berührt allerdings nicht so sehr die Fragen, die Ihren Ausschuss interessieren, sondern eher Fragen der Cyber-Außenpolitik im Allgemeinen. Und da ging es vor allem um die Frage, wie eine bessere Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zwischen Amerikanern und Deutschen, ja, nicht verabredet werden kann, aber wie wir ein besseres gemeinsames Verständnis über diese Balance vielleicht erreichen können. Denn das ist ja eines der Grundprobleme bei vielen unserer Gespräche: dass unsere amerikanischen Partner insbesondere nach den Terroranschlägen des 11. September einfach in der Gewichtung Freiheit und Sicherheit hier doch einen sehr grundlegend anderen Ansatz haben als wir. Vielleicht kann man das auch zu Teilen nachvollziehen; 3 000 Tote in New York, drei der vier Todespiloten, wie Sie wissen, aus der Hamburger Zelle, und da haben die Amerikaner nach 9/11 eben ihre gesamten Intelligence-Anstrengungen noch mal sehr, sehr intensiviert. Deswegen wollen wir in diesem transatlantischen Cyber-Dialog mit den Amerikanern über solche Sachen reden. Unser Ansatz ist natürlich, dass auch wir für Sicherheit sind, aber dass man eben - - dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch klug sein muss und dass man hier vielleicht zu einem besseren gemeinsamen Verständnis kommt.

Was die Technologie angeht, nach der Sie gefragt haben: Damals gab es ja viele Bemühungen auch in Deutschland, ein deutlich sichereres⁹ Internet in Deutschland auch quasi mit aufzubauen und auch hier deutsche Bemühungen deutscher Unternehmen zu fördern, das Internet und auch Verschlüsselungstechniken und solche Technologien entsprechend zu fördern und weiterzuentwickeln. Das war eigentlich der Hauptansatzpunkt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wenn man fragen darf: Dieser Dialog wird ja, denke ich, fortgesetzt und ist ja eine laufende Sache. Was haben Sie bis dahin gerade mit Blick auf technologische Lösungen, Technologien da bis dato erreicht?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gehört nicht mehr zum Untersuchungszeitraum!)

- Ich glaube, wenn, würde der Vorsitzende darauf hinweisen, wenn das so ist.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann weise ich darauf hin, dass das nicht zum Untersuchungszeitraum gehört! Bis dato ist völlig irrelevant! Gerade diese Cyber-Konferenz liegt, glaube ich, noch knapp im Untersuchungszeitraum, und ansonsten das Schönreden der Gegenwart können wir in anderen Zusammenhängen miteinander machen!)

- Also, wenn wir das - - Ich muss mich jetzt, glaube ich, nicht rechtfertigen, Frau Vorsitzende, ob das nun dazugehört oder nicht. Wenn wir das auch bewerten wollen, ob das AA da einen Beitrag leistet, finde ich, sollte man das schon noch mal hören, ob jetzt dieser Cyber-Dialog da vorankommt oder nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Am Ende wird es dort entschieden. Im Moment ist es ein anderer Redner dran.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das gehört jetzt zum Untersuchungsgegenwart gehört jetzt zum Untersuchungsgegenstand, Frau Vorsitzende?)

- Es kommt auf die Beantwortung an, in welchem Rahmen.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, vielleicht kann ich es kurz machen, indem ich darauf hinweise, dass,

9) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich glaube, die Vorbereitung des transatlantischen Cyber-Dialogs, den wir, ich glaube, Mitte 2014 angestoßen haben, noch in die Zeit des Untersuchungsausschusses fällt. Und da haben wir diese Dinge mit den Amerikanern über einige Monate vorbesprochen. Das Ziel war, dass wir durch eine Auftaktveranstaltung, wo auch unser Minister mit dem zuständigen amerikanischen Präsidentenbeauftragten John Podesta eine Veranstaltung durchführt - - Das ist dann auch passiert. Aber die Vorbereitungen, die liefen eben schon seit Anfang 2014. Da geht es nicht nur um Technologie; da geht es eben auch um zum einen dieses gemeinsame Verständnis, das wir entwickeln wollen; da geht es aber auch um die Frage: Wie kann man im Zeitalter der Digitalisierung verhindern, dass aus dem Thema „Big Data“ - und John Podesta auf amerikanischer Seite ist explizit für dieses Thema „Big Data“ zuständig - eben „Big Brother“ wird? Das sind Dinge, über die wir mit den Amerikanern wirklich reden müssen und auch reden. Das heißt nicht, dass man dann sofort alle Fragen löst und alle Probleme vom Tisch sind; aber es ist uns schon wichtig, dass wir das wirklich ernsthaft und nicht nur an der Oberfläche mit unseren amerikanischen Freunden diskutieren.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Die Thematik NSA war damals natürlich entsprechend brisant, und schon wenige Tage später, am 24. Juli 2013, haben Sie einen weiteren Informationsvermerk für den Bundesminister erstellt. Darin betonen Sie, die US-Regierung bemühe sich zunehmend auch um öffentliche Aufklärung zu den Internetaktivitäten der NSA; das rechtliche Regelwerk der USA, das Grenzen und Rahmenbedingungen für Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte durch US-Nachrichtendienste auch über Grenzen hinweg setze, biete Ansatzpunkte auch für internationale Vereinbarungen. - Worin sahen Sie denn damals diese intensiven Bemühungen der US-Regierung um öffentliche Aufklärung zu den Internetaktivitäten der NSA?

Zeuge Jürgen Schulz: Es gab ja durchaus im Zuge dieser Entwicklungen, die im Sommer 2013 be-

gannen, auch Versuche der amerikanischen Regierung, ihre Programme und die Arbeit der NSA auch öffentlich zu erklären. Wir sagen ja nicht, dass wir mit allen Erklärungsversuchen zufrieden sind und dass damit alle Fragen beantwortet sind; aber ich glaube, man kann den Amerikanern auch nicht absprechen, dass sie zumindest auch versucht haben, die Tätigkeiten der NSA und der Auslandsaufklärung insbesondere auch öffentlich darzustellen. Sie haben zum Beispiel in verschiedenen Presseveröffentlichungen die rechtlichen Grundlagen erläutert. Die entsprechenden Rechtsexperten der Amerikaner haben die Grundlagen, die Rechtsgrundlagen, auch öffentlich relativ detailliert vorgestellt. Ich glaube, das war vorher nicht der Fall. Sie haben also die verschiedenen Bezüge, ob das jetzt im Patriot Act ist oder in diesem sogenannten FISA Act¹⁰, erläutert und stets darauf hingewiesen, dass natürlich auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, immerhin auch ein Rechtsstaat, dass dort auch diese Programme parlamentarisch abgesichert sind, durch die Gerichtsbeschlüsse untermauert sind, und sie haben sehr darauf abgestellt, dass hier eben alle Teile dessen, was die Amerikaner „government“ nennen - und das sind sowohl die Exekutive, die Judikative wie die Legislative in amerikanischer Definition -, dass diese drei Teile des „government“ hier auch eben diese Dinge autorisiert haben, und nicht nur autorisiert haben, sondern eben auch stets begleiten. Sie haben sehr stark den Punkt gemacht, dass die Auslandsaufklärung nicht, wie eben durch Herrn Snowden behauptet, anlasslos passiere, sondern sie haben stets darauf verwiesen, dass zwar im Bereich der Metadaten die Amerikaner sicherlich ein etwas breiteres Verständnis dessen haben, was die Auslandsaufklärung ist, dass man aber für den Zugriff, also den inhaltlichen Zugriff, auf solche Metadaten stets noch eines gerichtlichen Beschlusses bedürfe, dass es einen Zugriff überhaupt nur geben könne, wenn es um - - oder überhaupt die Daten nur in den ganz bestimmten Bereichen überhaupt ausgesucht würden, das heißt, wenn es um Terrorgefahr geht, wenn es um Proliferationsgefahren geht, wenn es um bestimmte Länder geht, und, wie gesagt, dass auf den Inhalt eben nur dann überhaupt zugegriffen

10) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden könne nach einem entsprechenden gerichtlichen Beschluss.

All diese Dinge wurden damals öffentlich von amerikanischer Seite erläutert, und das haben wir damit gemeint. Das heißt nicht, dass wir uns damit zufriedengegeben hätten; aber es waren zumindest erstmals - also, das haben wir vorher so nicht gesehen - Versuche der amerikanischen Administration, die Tätigkeiten der NSA, der Auslandsaufklärung, auch zu erläutern, und zwar auch in der Öffentlichkeit zu erläutern.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der US-Präsident setzte ja extra eine unabhängige Expertenkommission zu der Datenerfassung und den Ausspähungsaktivitäten der NSA ein. Sie haben dann erneut am 19. Dezember 2013 einen Vermerk für den damaligen neuen Bundesaußenminister Dr. Steinmeier angefertigt und bewerteten - - Sie betonen dort, die Empfehlungen der Experten zielten auf mehr politische Kontrolle bei Wahrung des operativen Kerns der Programme und der Sicherheitsbelange; dennoch sahen Sie Ansatzpunkte, bei den zentralen Anliegen der EU oder des EU-US-Datenschutzrahmenabkommen und Safe Harbor Agreements Fortschritte zu machen. - Welche Empfehlungen der US-Expertenkommission kamen denn nach Ihrer Einschätzung den europäischen und deutschen Anliegen entgegen?

Zeuge Jürgen Schulz: Na ja, also, zum einen waren das ja Vorschläge, die der Präsident gemacht hat. Ich erinnere mich an einen, da hieß es zunächst, den Schutz der Daten, der aus amerikanischer Sicht vornehmlich zunächst einmal US-Bürgern galt - - dass man sich überlegen wollte, wie man diese Schutzkomponente eben auch auf Nicht-US-Bürger erweitern könnte. Das haben wir zunächst einmal als positiven Ansatz gesehen.

Es gab einen zweiten Ansatz, der bestand darin, dass der amerikanische Präsident in diesen Vorschlägen auch darüber nachgedacht hat - und das ist dann ja nachher auch so gekommen -, dass nicht mehr die amerikanische Regierung diese Metadaten vorhält als Regierung, sondern dass diese Daten von amerikanischen Unternehmen,

Kommunikationsunternehmen, vorgehalten werden sollen, sodass also die Regierung zumindest keinen ganz direkten einhundertprozentigen Zugriff und Durchgriff haben sollte.

Und drittens hat der Präsident auch vorgeschlagen, eben eine Kommission einzusetzen unter der Leitung seines Beraters John Podesta, der sich diese ganze Programm „Big Data“ noch einmal genauer und kritisch ansehen sollte, und hat ihn beauftragt, in einigen Monaten einen umfassenden Bericht dazu zu erstellen.

Also, das waren Ansatzpunkte, die zumindest neu waren, die vielleicht nicht alle Kernfragen beantwortet haben, die die deutsche Diskussion bestimmten, aber die immerhin doch positive Ansätze gezeigt haben. Und das ist darin zum Ausdruck gekommen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und umgesetzt worden - klar, das eine, hatten Sie gerade gesagt, sind Daten - - das Metadatensammeln betrifft - - Das war jetzt erst vor kurzem in der Umsetzung gewesen. Die Podesta-Kommission tagt faktisch noch. Und der erste Vorschlag des Präsidenten, wie weit ist der in der Umsetzung in den USA?

Zeuge Jürgen Schulz: Dass auch Nicht-US-Bürger - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Genau, dass auch Nicht-US-Bürger da einbezogen werden sollten.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich glaube, dass es hier auch entsprechende Entscheidungen gegeben hat. Ich kann jetzt aus dem Kopf nicht genau referieren die letzten Details dieser Entscheidung. Aber auch hier hat es zumindest graduelle Fortschritte gegeben, dass auch die US-Gesetzgebung auch den Schutz von Nicht-US-Bürgern mit Blick auf den Datenschutz verbessert hat.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut, Frau Vorsitzende. Dann sind wir bis zu dem Punkt erstmal fertig. - Frau Vorsitzende, wir sind so weit durch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Wunderbar. - Dann geht es weiter bei Herrn von Notz, wenn Sie möchten. - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht eine Anschlussfrage an das zuletzt Diskutierte: Erinnern Sie sich daran, dass der US-Präsident Obama im Januar 2014 eine Rede gehalten hat, vielbeachtete und vielerwartete Rede, in der er ähnliche Vorschläge gemacht hat und gesagt hat, er will den Kongress beauftragen usw. und eine Kommission einsetzen, ausdrücklich unter Berufung auf die Entwicklungen bzw. Veröffentlichungen von Edward Snowden?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich erinnere mich daran, dass er diese Vorschläge gemacht hat. Ich erinnere mich auch, dass er Edward Snowden erwähnt hat, aber nicht nur positiv, wenn ich mich richtig erinnere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war zu vermuten, ja. Aber es war jedenfalls der Zusammenhang klar, warum er diese Rede gehalten hat, und auch, welche Konsequenzen er für die USA und natürlich auch für - das haben Sie ja auch schon erwähnt - Nicht-US-Bürger ziehen will. Die waren nicht konkret; aber jedenfalls hat er das Problem erkannt und hat auch angekündigt, entsprechende Vorschläge oder Überlegungen erarbeiten zu lassen. Das stimmt.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich erinnere mich daran. Ich erinnere mich aber auch noch an etwas anderes: dass der US-Präsident auch an seine eigene Rede im Mai 2013 erinnert hat, eine sehr bemerkenswerte Rede an der National Defense University, die Sie sicher kennen, wo er über die Frage, glaube ich, sehr ernsthaft nachgedacht hat: Wie können wir diesen War on Terror eigentlich beenden? Ich erwähne das nur deswegen, der Vollständigkeit halber: Er hat das natürlich, diese Rede, im Lichte der Snowden-Veröffentlichungen und der dann entstandenen Diskussion gehalten, klar. Er hat aber eben auch gesagt: Eigentlich waren wir ja auf dem Weg als US-Administration - also, diesen Gegenpunkt hat er auch deutlich gemacht -; wir haben ja diese Überlegungen angestoßen, und dann haben uns diese Veröffentlichungen das Geschäft eigentlich auch wieder

erschwert. - Gut. Aber ich will nur sagen, dass der Präsident nicht gesagt hat, dass er die Veröffentlichungen von Herrn Snowden gutheißen würde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat er nicht gesagt. Das habe ich auch nicht in Erinnerung. Aber man kann das vielleicht - aber ich will das gar nicht vertiefen - so zusammenfassen: Ohne die Veröffentlichungen hätte er die Rede im Januar nicht gehalten, jedenfalls nicht so, wie er sie gehalten hat.

Aber das ist nicht der Punkt, sondern ich wollte Sie zu einem ganz anderen Punkt fragen. Ich konnte vorhin nicht da sein, weil ich drüben im Plenum war. Aber ich habe gehört - ein Kollege hat mir das mitgeteilt -, dass Sie vorhin was ausgesagt haben zu einem Besuch in Ramstein im September diesen Jahres. Stimmt das?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das ist korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stimmt.

Zeuge Jürgen Schulz: Also weit über den Zeitraum des Untersuchungsausschusses hinaus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Aber es ging dort auch - - War das der Besuch, wo ich auch da war? Ich kam etwas zu spät, aber rechtzeitig zu dem Vortrag über die Drohnen.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich glaube, wir sind uns - - Daran würde ich mich erinnern, Herr Ströbele, wenn wir da gemeinsam gewesen wären. Nein, Sie waren, glaube ich, zusammen mit anderen Kollegen des Deutschen Bundestages im Oktober dort, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert: Was ist Ihnen dort - - Also, ich entschuldige mich, wenn ich eine Wiederholungsfrage stelle; aber ich kann nicht im Einzelnen wissen, was da vorher gesagt worden ist. Was ist denn dort von den Personen, mit denen Sie da gesprochen haben, über die Praxis des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Drohneinsatzes und auch, was Ramstein damit zu tun haben könnte, gesagt worden?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, wir haben dort - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Schulz, einen kleinen Moment.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Vielleicht auch, weil ich eben noch mal schon darauf hingewiesen hatte - Sie haben es selbst gesagt -: Wenn sich diese Fragen aus dem Zeitraum ergeben, der untersuchungsrelevant ist, dann können Sie die gerne beantworten. Sie haben eben auch, glaube ich, zu ähnlichen Fragen schon Stellung genommen. Da haben wir das auch unter diesem Gesichtspunkt sozusagen für in Ordnung gehalten - ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, aber gleichzeitig natürlich bei Wahrheitspflicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mir geht es um einen Zeugen vom Hörensagen - haben Sie das schon mal gehört?; das gibt es nämlich -, also einen Zeugen, der einen anderen Zeugen oder Täter - wissen wir noch nicht - gehört hat, und mich interessiert, was ihm dort gesagt worden ist über den Einsatz der Drohnen in der Vergangenheit, in den letzten zehn Jahren, falls es die gibt. Welche Rolle spielte da nach dem, was Ihnen da mitgeteilt worden ist - - Ich frage Sie dann auch noch - oder vielleicht können Sie das gleich hinzufügen -, von wem Ihnen das mitgeteilt worden ist, ob das irgendjemand war oder eine höhere Stelle, über den Einsatz von Drohnen. - - spielte da Ramstein welche Rolle?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, bei diesem Besuch haben wir gesprochen mit zwei kommandierenden Generalen, die auch diese Briefings durchgeführt haben oder geleitet haben und dann eben auch für entsprechende Gespräche zur Verfügung standen.

Zur Rolle von Ramstein wurde - ich habe das kurz schon erläutert, bevor Sie da waren - aus unserer Sicht nichts wirklich Neues gesagt; aber es wurden die bekannten Positionen noch mal erläutert. Also zunächst wurde erläutert - - Es gab

auch ein Briefing über verschiedene Drohnen und was für Drohrentypen es so gibt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich auch bekommen.

Zeuge Jürgen Schulz: Genau. - Und dann haben wir natürlich auch gefragt, wie denn das ist mit der Rolle von Ramstein. Und da wurde zunächst das gesagt, was eigentlich auch der US-Präsident schon im Juni 2013 ja auch öffentlich hier in Berlin gesagt hat, nämlich dass zunächst einmal die Drohnen nicht von Ramstein aus geflogen werden. - So. Erste Feststellung.

Auf weitere Nachfrage wurde dann auch gesagt - zweitens -, dass die Drohnen aber auch nicht von Ramstein aus befehligt oder gesteuert werden und - dritte Aussage - dass der tatsächliche Drohneinsatz auch nicht in Ramstein entschieden wird, sondern dass über das Ob eines Drohneinsatzes auf hoher politischer Ebene in Washington - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert jetzt der eine Punkt, dass auch nicht gesteuert worden ist. Wurde Ihnen da eine Erklärung dafür gegeben, warum die Behauptung - das war ja vorher auch in den deutschen Medien; haben Sie sicherlich auch gelesen -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht zutreffend, dass gesteuert wird. Gab es da irgendeine Begründung, warum das nicht stimmt oder auch unsinnig sei oder nicht stimmen könne?

Zeuge Jürgen Schulz: Es wurde nicht im Detail ausgeführt. Es wurde nur gesagt, dass die Behauptung, die ja auch in den Medien - - Oder wir haben auch danach gefragt. Aber da wurde ganz klar gesagt: Wir steuern diese Drohnen von hier aus nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht wir; aber die Behauptung in den Medien war ja, von den USA aus wird gesteuert,



Nur zur dienstlichen Verwendung

aber über Ramstein, und Ramstein ist unverzichtbar. Weil wir haben ja einen Zeugen auch hier gehabt, der da sehr sachkundig uns Auskunft dazu gegeben hat, auf dessen Schilderungen ja auch viele dieser Medienberichte basieren.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich kann nur sagen: Die Amerikaner - - Wir haben auch noch weitere Fragen in dieser Richtung gestellt; wir haben auch nach dieser Relaisstation gefragt, die ja auch oft in den Medien eine Rolle spielt. Aber da haben die Amerikaner keine weiterführenden Aussagen gemacht, sondern uns gesagt, dass sie zu diesen operativen Details - ja teilweise auch sehr heikle Operationen - - dass das alles hochvertraulich sei und dass sie zu weiteren Details keine Aussagen machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde denn gesagt, dass alles über Satellitenvermittlung schneller ging und billiger wäre?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber wurde nichts gesagt?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, haben Sie denn diese Argumentation mal gehört? Wir haben nämlich die umgekehrte Argumentation hier von dem Zeugen gehört, der gesagt hat, das ist über Ramstein gegangen, weil dann die Leitung, die Glasfaserleitung, von Ramstein in die USA erstens schneller ist und zweitens höhere Kapazität hat und drittens billiger ist. Ist das - -

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich habe das gehört insofern, als ich das auch aus den Medien entnommen habe. Der Zeuge, der bei Ihnen war, ist ja auch sehr presseaktiv und auch im Fernsehen zu sehen. Also, da habe ich das auch schon mal gehört. Also, es ist mir nicht unbekannt. Deswegen haben wir ja auch diese Frage durchaus gestellt. Aber wir haben eben von den Amerikanern dazu, zu diesen Details, keine weiteren Aussagen bekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt meine entscheidende Frage dazu, die vielleicht auch dem Ausschuss zu stellen ist: Haben Sie mal versucht, sich sachkundig zu machen, ob an den Argumenten was dran ist? Also, das kann man ja auch einem Fachmann vorlegen und sagen: Geht es über Kabel schneller? Hat Kabel mehr Kapazität? Ist es billiger? - Haben Sie mal von sich - Sie jetzt als Person oder vom Auswärtigen Amt - der Frage nachgehen lassen? Weil insgesamt ist das ja die zentrale Frage, also: Stimmt das, was die Amerikaner sagen, oder stimmt das nicht?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, wir haben dazu, wie gesagt, keine eigenen Erkenntnisse. Zu der Frage, wie das technisch geht und ob das ein valabler Punkt ist oder nicht, haben wir natürlich auch keine eigene Expertise im Auswärtigen Amt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch nicht. Nein.

Zeuge Jürgen Schulz: Haben wir nicht im Auswärtigen Amt. Im Rahmen unserer Zuständigkeit versuchen wir - ich glaube, das kann ich sagen -, nach bestem Wissen und Gewissen das rauszukriegen, was wir rauskriegen können. Aber wenn es um solche Fragen geht, die am Ende ins Technisch-Militärische gehen, dazu können wir kein - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss ja nicht militärisch sein; das ist ja einfach technisches Wissen sicher, aber - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, aber dazu können wir keine Aussage machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie denn mal -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Ströbele - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - letzte Frage - der Frage nachgegangen: Wenn es deutsche Staatsbürger getroffen hat, ein tödlicher Drohneneinsatz, also eine Killerdrohne



Nur zur dienstlichen Verwendung

einen deutschen Staatsbürger getötet hat, in Pakistan zum Beispiel, haben Sie jetzt oder das Auswärtige Amt sich intensiver damit beschäftigt, ob das sein kann oder Sie da irgendwelche Schritte unternehmen müssen, ob Sie - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wenn es um die deutscher Staatsangehöriger geht, dann ist das natürlich auch eine juristische Frage. Wir hatten ja, glaube ich, im Jahr 2013 zum Beispiel so einen Fall, wo der Generalbundesanwalt einen Beobachtungsvorgang eingeleitet hat. Und natürlich schauen wir uns dann in solchen Fällen auch als Auswärtiges Amt diese Fälle näher an. Am Ende ist, glaube ich, der Vorgang oder sind die - ich weiß nicht, wie man das technisch nennt - - ist das eingestellt worden. Aber natürlich, wenn es um deutsche Staatsangehörige geht, dann sind wir - - Wenn es um juristische Fragen gehen sollte, dann würden wir uns das auch sehr genau anschauen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Danke. - Dann geht es jetzt bei der SPD-Fraktion weiter.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Schulz, ich würde jetzt da direkt mal ansetzen, was der Kollege Ströbele jetzt angesprochen hat. Können Sie uns Näheres über die Beratungen innerhalb der Bundesregierung berichten, die sich Presseberichten anschlossen, denen zufolge es zu einer Tötung eines deutschen Staatsbürgers, nämlich des Bünyamin E., durch einen US-Drohnenangriff im nordpakistanischen Mir Ali am 4. Oktober 2010 gekommen ist. Haben Sie da Wahrnehmungen, wie die Diskussion in der Bundesregierung verlaufen ist?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, damit war ich persönlich nicht befasst und kann jetzt auch aus der Erinnerung nicht, aus dem Stegreif dazu Stellung nehmen.

Christian Flisek (SPD): Da haben Sie gar keine Wahrnehmungen über den Verlauf?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß, dass es wenige Fälle gab, wo deutsche Staatsangehörige durch US-Drohneinsätze zu Tode gekommen sind. Ich weiß, dass es 2013 diesen einen Fall gab, wo der Generalbundesanwalt - ich habe es gerade gesagt - einen Beobachtungsvorgang eingeleitet hat. Aber sonstige Fälle sind mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Sind Ihnen Wahrnehmungen denn - - Haben Sie Wahrnehmungen darüber, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um, ich sage mal, zumindest - Sie sprechen von einer bestimmten Zahl von Fällen - zu verhindern, dass die vom BND erhobenen und an US-Dienste übermittelten Daten für solche gezielten Tötungen durch Drohnen verwendet werden können? Was macht man da?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, Datenübertragungen zwischen BND und amerikanischer Seite, das ist etwas, das nicht unser Kerngeschäft ist. Wir sprechen über die politische Zusammenarbeit; aber die eigentliche nachrichtendienstliche Zusammenarbeit ist nicht unser Metier -

Christian Flisek (SPD): Das ist mir klar.

Zeuge Jürgen Schulz: - und daher auch nicht auf dem Radarschirm. Insofern kann ich dazu auch nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Das ist mir klar. Aber Sie haben ja selber gesagt, man würde sich solche Fälle unter juristischen Gesichtspunkten auch selber sehr genau anschauen. Also, wir haben zum Beispiel gehört, dass es so etwas geben soll wie, ich sage jetzt mal, so eine Art Disclaimer. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß nicht genau, was Sie meinen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, dass man bei Datenübermittlungen eben deutlich macht, dass die Daten eben für bestimmte Zwecke nicht verwendet werden dürfen.

Zeuge Jürgen Schulz: Aus meiner eigenen Arbeit ist mir das nicht bekannt. Aus den Medienberich-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten ist mir bekannt, dass wohl Daten, die weitergegeben werden, manchmal mit Disclaimern weitergegeben werden. Aber noch mal: Das ist nicht unsere eigene Zuständigkeit im Auswärtigen Amt. Also, ich habe keine eigenen Erkenntnisse dazu.

Christian Flisek (SPD): Umgekehrt: Juristisch betrachtet würden Sie, auch wenn Sie jetzt selber nicht Jurist sind, so eine Maßnahme für geeignet halten?

Zeuge Jürgen Schulz: Sie meinen - -

Christian Flisek (SPD): Einen Disclaimer hinzuzufügen. Also, wir haben in den Akten zum Beispiel einen Hinweis gefunden, dass bei einer Datenübermittlung - ich lese Ihnen das mal vor - folgender Hinweis auf die Zweckbindung angehängt wird. Also, ich zitiere das jetzt mal:

„Die übermittelten Daten dürfen nicht als Grundlage oder Begründung für unangemessene Maßnahmen (Folter i. S. d. Art 1 der UN-Antifolterkonvention ... vom 10.12.1984), im Rahmen der Strafverfolgung und nicht als Grundlage oder Begründung für eine Verurteilung zum Tode verwendet werden. Eine Verwendung zum Zwecke des Einsatzes körperlicher Gewalt ist nur dann zulässig, solange und soweit ein gegenwärtiger Angriff vorliegt oder unmittelbar ...“

bevorsteht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Könnten Sie noch sagen, woraus Sie zitieren?

Christian Flisek (SPD): Das ist MAT A BK-1/7b_5, Blatt 18 ff.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, ich kann das nur - -

Christian Flisek (SPD): Also, mit so was haben Sie gar nichts zu tun?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann nur ganz allgemein sagen: Wir haben mit der Datenübertragung vom BND an zum Beispiel amerikanische Dienste - - da sind wir nicht involviert. Aber natürlich allgemein kann ich mir gut vorstellen, dass man solche Disclaimer, die in unserem politischen Interesse sind, durchsetzt und sagt: Wenn man kooperiert, dann dürfen bestimmte Sachen nicht passieren. - So was kennen wir aus unserem Bereich in analoger Weise, sage ich mal, auch bei bestimmten Auslieferungssuchen zum Beispiel. Das ist ein ganz anderes Feld. Da würden wir auch sagen, wir können nur ausliefern oder unter bestimmten Disclaimern, wenn zum Beispiel Dinge wie Todesstrafe, die bei uns eben verboten sind, auch in auslieferungssuchenden Staaten nicht gelten, nicht angewendet werden. Also, das Instrument des Disclaimers ist uns nicht unbekannt. Aber was die konkrete Datenübertragung zwischen den Diensten angeht, muss ich leider immer wieder sagen, das ist etwas, das ist nicht unser Geschäft.

Christian Flisek (SPD): Aber noch mal zum Instrument selber: Haben Sie da den Eindruck, dass das Wirkung zeigt bei dem Adressanten des Disclaimers, beim Empfänger?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann nur ganz allgemein sagen, dass wir mit den Amerikanern in sicherheitspolitischen Fragen ganz allgemein eng und sehr vertrauensvoll zusammenarbeiten. Und wenn wir unseren amerikanischen Freunden sagen: „Bitte gebt acht, dass hier keine deutschen Staatsangehörigen zu Schaden kommen, zu Tode kommen etc.“, dann wird das selbstverständlich auch von amerikanischer Seite in Rechnung gestellt und auch ernst genommen. Also auf dieser allgemeinen Ebene kann ich sagen, dass so etwas natürlich eine Rolle spielt und auch gut und richtig ist. Aber, wie gesagt, zu den Datenaustauschen im Einzelnen kann ich mich nicht äußern.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen in Ihrer Arbeit irgendwann mal die Hauptstelle für Befragungswesen begegnet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nie. - Wissen Sie auch gar nicht, was das ist.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Christian Flisek (SPD): Kennen Sie das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 27. Mai 2015?

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist mir bekannt.

Christian Flisek (SPD): Auch inhaltlich jetzt in der Begründung bekannt?

Zeuge Jürgen Schulz: In den Grundzügen, ja.

Christian Flisek (SPD): Also es geht es da um eine Klage jemenitischer Opfer eines US-Drohnenangriffs. Das Gericht stellte damals fest, dass die Klage zwar zulässig ist grundsätzlich, aber eben nicht begründet. Wenn Ihnen das jetzt in Grundzügen bekannt ist, können Sie uns mal erläutern, wie die Bundesregierung in diesem konkreten Fall ihren Handlungspflichten, die ja Gegenstand dieses Klageverfahrens waren, gerecht geworden ist?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja. Also, ich glaube, das Gericht hat ja auch dazu Stellung genommen - - Vielleicht fange ich damit an, dass das Gericht ja noch mal recht ausführlich die Wahrnehmung der auswärtigen Gewalt innerhalb der Regierung dargestellt hat und noch mal sehr ausführlich auf den großen Ermessensspielraum der Regierungsseite gerade in diesem Bereich hingewiesen hat. Das Gericht hat auf der anderen Seite aber auch unterstrichen, dass natürlich auch die Regierung hier entsprechende Schutz- und Sorgfaltspflichten hat und die Regierung diesen Pflichten nachkommen muss. Das Gericht hat aber auch ausgeführt, dass die Bundesregierung diesen Pflichten in diesem konkreten Fall durchaus nachgekommen ist.

Christian Flisek (SPD): In welcher Form?

Zeuge Jürgen Schulz: Das hat das Gericht, glaube ich, in der Begründung, wenn ich mich richtig erinnere, nicht in allen Einzelheiten ausgeführt;

aber am Ende ist es auch nicht zuletzt dieser Dreischritt, den ich heute schon mal kurz angedeutet habe, dass wir zunächst einmal natürlich auf allen Ebenen entsprechende Gespräche mit der amerikanischen Seite führen und diese Fragen stellen und den Sachverhalt aufklären wollen und uns ein eigenes Bild über die Rolle von Ramstein machen wollen. Das tun wir, wie ich ausgeführt habe. Die amerikanische Seite, wenn man an einen bestimmten Punkt dieser Gespräche kommt, verweist halt auf vertrauliche Operationen und ist nicht bereit, alle Einzelheiten solcher vertraulichen Operationen darzulegen. Aber wir haben, glaube ich, nach bestem Wissen und Gewissen hier und wiederholt versucht, an diese Informationen zu kommen. Und wenn man das Ganze mal in einer zeitlichen Sequenz sieht, sind wir dabei, glaube ich, auch durchaus erfolgreich gewesen. Denn ganz zu Beginn dieser ganzen Diskussion hat die amerikanische Seite argumentiert, dass man sich zu diesem ganzen Fragenkomplex gar nicht, überhaupt nicht äußern würde. Und dann haben wir ja doch im Laufe der Zeit immerhin einige Aussagen bekommen, vom amerikanischen Präsidenten, von amerikanischen Regierungsvertretern, von Ramstein. Und wenn man das alles zusammennimmt, gibt es zumindest einige doch valable Aussagen der amerikanischen Seite, die es vor einiger Zeit noch nicht gegeben hat. Auch wenn die nicht jeden befriedigen mögen, ist das doch ein Prozess. - Das ist also der erste Schritt, dass wir durch eine Reihe von Gesprächen immer wieder darauf gedrungen haben, hier Informationen zu bekommen.

Zweiter Punkt: dass wir eben auch einen schriftlichen Fragenkatalog eingereicht haben und gesagt haben, diese Fragen möchten wir gern beantwortet haben. Das war ein zweites Instrument, das wir hier gewählt haben. Und da standen wir auch in langen Verhandlungen mit der amerikanischen Seite. Washington hat diesen Fragenkatalog am Ende mehr oder weniger beantwortet, vor allem mündlich, nicht schriftlich. Aber auch da gab es dann noch einige weitere Aussagen.

Und drittens, dritte Maßnahme: dass wir eben auch - darüber haben wir jetzt schon mehrfach gesprochen - das Gespräch mit den Verantwort-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lichen in Stuttgart, also AFRICOM, gesucht haben, mehrfach und wiederholt, und dass wir eben auch selbst nach Ramstein gefahren sind und das Gespräch dort vor Ort gesucht haben, um uns ein Bild zu machen. Also, ich glaube, das in der Summe - -

Und viertens natürlich, dass wir weiterhin auch in diesem vertraulichen Dialog mit der amerikanischen Seite bleiben. Der ist ja nicht abgebrochen; der ist aus unserer Sicht nicht beendet, sondern wir werden das auch weiterhin tun.

Ich glaube, all diese Dinge zusammengenommen haben zu der Bewertung des Gerichts geführt, dass die Bundesregierung hier ihrer Sorgfaltspflicht nachgekommen ist.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich hätte jetzt noch mal eine Frage, die in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes sicherlich hineinfällt, nämlich die Frage, inwieweit es im Amt Erkenntnisse darüber gibt, dass von den diplomatischen Vertretungen der Five-Eyes-Staaten hier in Berlin oder verteilt über die Bundesrepublik, wenn es Konsulate sind, aktiv Spionagetätigkeit ausgeht, im Sinne auch von technischen Einrichtungen.

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist keine Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes, in der Tat. Das ist natürlich eine Zuständigkeit der entsprechenden Innenbehörden, des Verfassungsschutzes.

Christian Flisek (SPD): Spionageabwehr, ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Spionageabwehr.

Christian Flisek (SPD): Aber die Botschaft selber, also das, was da an Personal und Sachmitteln usw. drinsteckt, das ist ja schon etwas, was in Ihren Geschäftsbereich reinkommt - nicht?

Zeuge Jürgen Schulz: Die Botschaft der Vereinigten Staaten in Berlin und die verschiedenen Generalkonsulate sind in unserem Geschäftsbereich, ja. Aber wir sind halt für die Pflege der auswärtigen Beziehungen zuständig. Das tun wir auch. Und wir stehen ja auch in engem Kontakt sowohl mit der Botschaft wie auch mit den Konsulaten. Wir sind aber nicht dafür zuständig, quasi eine

Sicherheitsüberprüfung der amerikanischen Botschaft hier am Pariser Platz vorzunehmen. Das ist nicht die Zuständigkeit.

Christian Flisek (SPD): Könnte man die denn machen? Gäbe es dafür eine Rechtsgrundlage?

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist zunächst einmal natürlich, ich sage mal, exterritoriales Gebiet. Man kann sich aber, wenn man technischer Experte ist und sich mit Fragen der inneren Sicherheit beschäftigt, zumindest von außen sicherlich mal das eine oder andere genauer angucken und sich da ein Urteil bilden. Aber, wie gesagt, das ist nicht die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes; das machen wir nicht.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, das wird gar nicht - - Nur, damit ich jetzt ein Bild habe: Das wird überhaupt gar nicht beim Auswärtigen Amt thematisiert, dieses Problem?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, was heißt - -

Christian Flisek (SPD): So ganz konkret: Ein paar Meter weiter ist ja jetzt hier die Vertretung der Vereinigten Staaten, dahinter dann die des Vereinigten Königreiches. Ist das - - Sagt man da: „Hier, das müssen die Jungs von der Spionageabwehr im Verfassungsschutz machen“? Ich meine, da haben wir ja gelernt, dass die eigentlich bisher Partner und Freunde nicht wirklich im Blick hatten. Die fangen jetzt gerade mal an, sich ein bisschen mit dem Hals umzudrehen und den berühmten 360-Grad-Blick zu pflegen. Wir sind uns nicht ganz sicher, wie das ohne entsprechenden Haushaltsaufwuchs funktionieren soll, bisher. Aber ich meine, wir haben ja scheinbar zumindest auch Indizien dafür, dass hier ganz konkret in Berlin das Risiko besteht, dass solche diplomatischen Vertretungen genutzt werden für solche Zwecke, durch technische Aufbauten etc. Und Sie sagen jetzt, das ist per se kein Thema im Auswärtigen Amt.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich sage, dass das Auswärtige Amt innerhalb der Bundesregierung seine Aufgabe, seine Zuständigkeit wahrnimmt, und wir haben sehr viel mit dieser Botschaft zu tun, auch mit den Konsulaten. Wir gehen da ein und



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus. Wir haben viele Ansprechpartner. Wir sind aber - - Das ist nicht unsere Zuständigkeit, sozusagen die innere Abwehr auch noch zu übernehmen; das ist einfach nicht die Zuständigkeit unseres Ressorts. Es gibt ja andere Kollegen in der Bundesregierung und nachgeordnete Behörden, die das tun - -

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich mal andersherum ganz kurz. Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche, Herr Schulz. - Wenn das so ist, dass also die Zuständigkeit in Sachen Spionageabwehr jetzt sicherlich nicht Aufgabe des Auswärtigen Amtes ist - da bin ich ja dabei -, gab es denn dann mal irgendwie von denen, die dafür zuständig sind, die mit Sicherheit nicht in diesen Botschaften aus- und eingehen - also, davon gehe ich jetzt mal aus, das Bundesamt für Verfassungsschutz geht da nicht so oft rein und raus - - dass man dann mal beim Auswärtigen Amt sagt: Also, wir müssen diesem Thema irgendwo mal nachgehen. Oder ist das etwas -ich spreche es auch ganz offen an -, wo man sagt: „Nein, das sprechen wir also eigentlich lieber nicht an, weil das irgendwie komisch rüberkommt“?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, diese Dinge werden ja angesprochen. Und gerade seit dem Sommer 2013 sind diese Dinge natürlich noch viel stärker in den Blick gerückt, als das vorher der Fall war. Also, diese Dinge werden angesprochen.

Christian Flisek (SPD): Von wem?

Zeuge Jürgen Schulz: Von den Zuständigen.

Christian Flisek (SPD): Wer? Verfassungsschutz?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, die Innenbehörden, die für die Sicherheit unseres Landes zuständig sind. Ich kann es ja nur wiederholen: Ich bin im Auswärtigen Amt; ich kann ja nur für mein Haus sprechen. Wir sind nicht für diese Dinge zuständig. Da würde ich Sie bitten, bei den Innenbehörden nachzufragen, welche Maßnahmen dort ergriffen werden.

Christian Flisek (SPD): Na gut. - Noch mal eine Schleife zum Thema „No Spy“. Sie hatten vorhin gesagt, in Ihrer ersten Antwort darauf, Sie halten

No Spy für ein merkwürdiges sprachliches Konstrukt. Spricht das aus Ihrer Sicht dafür, dass das in seiner Erfindung nicht von einem englischen Muttersprachler stammt? Oder was haben Sie mit dieser Formulierung gemeint?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, aus meiner bescheidenen Erfahrung würde ich sagen, dass ein No-Spy-Abkommen erst einmal ein merkwürdiger Begriff ist, der sich mir nicht sofort erschließt. „No Spy“ hört sich ja etwas merkwürdig an. Aber ich würde - -

Christian Flisek (SPD): Sprachlich oder inhaltlich meinen Sie?

Zeuge Jürgen Schulz: Na, rein sprachlich.

Christian Flisek (SPD): Sprachlich.

Zeuge Jürgen Schulz: Sprachlich.

Christian Flisek (SPD): Also, sagen Sie, das ist schlechtes Englisch - oder?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich sage, es ist Englisch, das sich mir nicht sofort erschließt.

Christian Flisek (SPD): Ja. Da haben wir was gemeinsam.

Zeuge Jürgen Schulz: Und ich sage aber auch, daraus würde ich nicht den Schluss ziehen, dass das kein Muttersprachler gewesen sein muss. Es gibt sicherlich auch viele andere Fachbegriffe und andere Begriffsbezeichnungen, die wir vielleicht, sage ich mal, im diplomatischen Verkehr benutzen, die aber in anderen Bereichen der internationalen oder zwischennationalen Regierungszusammenarbeit verwendet werden. Also, insofern: Diesen Schluss würde ich nicht ziehen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann frage ich konkret: Bei Ihren Gesprächen mit Ihren US-amerikanischen Counterparts, haben Sie da jemals von einem dieser Menschen den Begriff „No-Spy-Abkommen“ gehört - - dass er ihn verwendet hätte, und zwar mit aller Ernsthaftigkeit?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Dieses Thema war ja in aller Munde einige Wochen im Sommer 2013. Insofern kann ich nicht ausschließen, dass auch einer meiner amerikanischen Gesprächspartner diesen Begriff, der damals einfach durch die Medien geisterte, der in den Diskussionen war, auch so verwendet hat. Aber ich kann Ihnen das jetzt nicht mit - -

Christian Flisek (SPD): Aber nicht mit irgendeiner, ich sage mal, Konnotation im Sinne: „So, what you call a ‚No-Spy-Abkommen‘“?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, nein; nein, nein.

Christian Flisek (SPD): Sondern mit einer - - Aber Sie können sich auch nicht an was Konkretes erinnern jetzt?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, es wurden ja viele Gespräche geführt. Ich bin sicher, dass da auch mal der Begriff „No Spy“ eine Rolle gespielt hat. Aber ich kann Ihnen heute nicht sagen: „Dann und dann, an dem und dem Tag“, wenn Sie das fragen würden, zum Beispiel.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das - -

Christian Flisek (SPD): Eine Frage hätte ich noch. - Es gibt ja eine E-Mail auch von Ihnen in Vorbereitung eines Besuches des Bundesaußenministers, damals Bundesaußenminister Westerwelle, in den USA vom 7. August 2013, wo Sie anregen, dass der Bundesminister im Rahmen seiner Reisevorbereitungen für seine Gesprächsunterlagen zumindest doch auch anregen sollte, dass Präsident Obama, der dann am folgenden Freitag eine Rede hält, die Gelegenheit nutzt, das dann mal öffentlich zu verkünden, was man hier so allgemein eine Zusicherung nennt, bestenfalls vielleicht sogar zusagt: Wir werden ein No-Spy-Abkommen abschließen. - Das war ja nicht von Erfolg gekrönt. Also, Präsident Obama - soweit ich, soweit wir diese Rede ausgewertet haben - hat ja dann eigentlich nicht das gesagt, was man sich erhofft hat.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich glaube, die amerikanischen Aussagen sind zu diesem Zeitpunkt - wenn Sie sagen: Anfang Juli - sicher hinter den - -

Christian Flisek (SPD): Anfang August.

Zeuge Jürgen Schulz: Anfang August.

Christian Flisek (SPD): Also, Ihre E-Mail stammt vom 7. August 2013.

(Zuruf)

- Bitte? Ich verstehe Sie nicht.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Eine MAT-Nummer?

Christian Flisek (SPD): MAT A AA-1/3e.

Zeuge Jürgen Schulz: Könnte ich dieses Dokument vielleicht mal sehen, weil es einfach nicht mehr präsent ist?

Christian Flisek (SPD): Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Welche Blattzahl?

Christian Flisek (SPD): 331.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und LR Gunnar Berkemeier
(AA) nehmen Einblick)

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, okay. - Ja, in der Tat, das - - Dieser Wunsch ist dann so nicht realisiert worden; in der Tat, ja.

Christian Flisek (SPD): Damit wir es jetzt ab da abschließen: Aus meiner Sicht hat man dann - - Wenn das ohne Reaktion verlief, hätte man dann nicht sagen müssen: „Das Thema, was wir uns da wünschen, ist beerdigt“?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich glaube, es gab viele Petita, die wir hatten, viele Interessen. Wir haben ja bei einer ganzen Reihe von Fragen daran gearbeitet, über einen längeren Zeitraum hin. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

insofern war es ja nicht so, dass wir, wenn ein Petitum nicht sofort von amerikanischer Seite positiv beantwortet worden ist, die Dinge gleich ad acta gelegt haben, sondern, im Gegenteil, ein Interesse daran hatten, daran weiterzuarbeiten. Also, insofern: Das ist, glaube ich, hier so richtig wie bei vielen anderen Fällen.

Christian Flisek (SPD): Okay, Herr Schulz; danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir waren zuletzt bei der Einbestellung von Herrn Emerson im Oktober 2013. Und da wollte ich einfach noch fragen: Gut, da ging es jetzt um den Verdacht: Das Handy der Kanzlerin wurde abgehört. - In dem Gespräch, hat man denn konkret danach gefragt: Ist das so? Hat darauf die US-amerikanische Seite eine Auskunft gegeben?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich glaube, Sie haben den Vermerk gesehen. Der Vermerk spiegelt den gesamten Gesprächsverlauf wider. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Sie waren ja dabei. Deswegen würde mich auch mehr interessieren, als nur in dem Vermerk steht. So ein Protokoll ist ja nur ein Ergebnisprotokoll, und da kommen auch nur die Sachen rein - -

Zeuge Jürgen Schulz: In diesem Fall war es fast schon ein Verlaufsprotokoll, weil es war ein sehr kurzes Treffen, und das Protokoll gibt den Verlauf absolut wieder.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Eine Meldung. - Bitte.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Also, auch wenn es noch Informationen gäbe, die über den Protokollinhalt hinausgingen, gilt das Gleiche: Im Grundsatz ist das eingestuft. Entsprechend: Wenn Sie da was wüssten - ich habe es jetzt gerade nicht so verstanden -, müssten wir das auch entweder in der öffentlichen Sitzung so abstrakt

machen, wie es bislang war, oder eben dann in eingestufte Sitzung behandeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage mal weiter abstrakt: Hat man denn von bundesdeutscher Seite gefragt: Wenn das Handy der Kanzlerin abgehört wird, wird auch der Rest der Regierung abgehört? Das wäre meine erste Frage. Also, hat man gefragt, was in der Vergangenheit stattgefunden hat - über das Handy der Kanzlerin hinaus?

Zeuge Jürgen Schulz: Das Ziel dieses Gesprächs war ja, Aufklärung einzufordern, und zwar in diesem konkreten Fall wie auch in anderen möglichen Fällen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, man hat auch gefragt: Wird der Rest der Regierung auch abgehört?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, die Frage hat man sich natürlich gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hat man irgendwann dazu Antwort bekommen? Muss ja das Auswärtige Amt auch wissen.

Zeuge Jürgen Schulz: Wir haben in verschiedenen Gesprächen mit unseren amerikanischen Partnern diese Dinge im Rahmen unserer Zuständigkeit thematisiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man dazu Auskunft bekommen, ob die Bundesregierung Spionageziel der NSA ist?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir als Auswärtiges Amt haben diese Punkte in allgemeiner Form aufgeworfen. Aber - ich wiederhole mich - als Auswärtiges Amt führen wir dann keine konkreten Dinge über Spionage, keine konkreten Gespräche mit der amerikanischen Seite über „Spionage: stattgefunden oder nicht?“. Das ist dann am Ende nicht mehr unsere Zuständigkeit. Das ist eine Zuständigkeit der Dienste.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, mittlerweile gibt es ja Veröffentlichungen auf WikiLeaks. Da sind ja ganze Selektorenlisten der NSA veröffent-



Nur zur dienstlichen Verwendung

licht worden. Und da sieht man ja, welche Telefonnummern, Handynummern in den Ministerien durch die NSA erfasst werden sollten. Das ist also eine nicht ganz abwegige Frage, ich glaube, die sich ja nicht nur die Dienste stellen müssten, sondern auch die Betroffenen von Überwachung. In dem Falle muss sich doch das Auswärtige Amt gefragt haben: Werden wir überwacht?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, ich habe diese Medienberichte ja auch gesehen. Ich habe auch einige Telefonnummern gesehen, die dort auftauchten. Ich habe auch einige Telefonnummern wiedererkannt, die dort auftauchten. Aber noch mal: Das sind ja erst einmal immer Behauptungen. Wir können nicht einschätzen: Sind diese Dokumente wahrheitsgemäß? Sind das Originaldokumente, sind das Fakes? Sind das Leute - - Sind das Dokumente, die von interessierter Seite gestreut werden? Wir können das in eigener Zuständigkeit nicht beurteilen. Ich habe das auch gesehen. Und natürlich interessiert es das Auswärtige Amt, ob auch Personen im Auswärtigen Amt etwa abgehört werden. Natürlich. Das ist ja keine Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Nur: Wir sind nicht diejenigen, die dann die entsprechenden Gespräche mit der NSA oder anderen führen können. Wir sprechen mit unserem Gegenüber. Das sind die Vertreter der amerikanischen Regierung in der Botschaft, im Außenministerium. Und wir sprechen diese Dinge natürlich in allgemeiner Form an. Aber wir sind nicht diejenigen, die über die operativen Details und Einzelheiten dieser Dinge Auskunft geben können. Wir sind auch nicht - - Das ist nicht unser Geschäft. Und das muss dann auf anderer Ebene geklärt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Standen Sie auf der Liste der Selektoren?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich habe mich nicht gesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben sich nicht gesehen.

Zeuge Jürgen Schulz: Vielleicht habe ich aber auch nicht gut genug gelesen. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, das ist nicht Sache von Ihnen, sondern der Dienste, das zu beurteilen; Sie stehen nur im Kontakt mit den Botschaften. Aber - jetzt mache ich mal ein großes Aber - wir wissen ja, dass viele Mitarbeiter in den Botschaften legendierte Geheimdienstler sind. Sie haben ja doch was mit den Diensten zu tun, permanent. Die heißen offiziell Attaché für dieses oder Pressereferent für jenes. Aber in Wirklichkeit laufen die nur unter dem Namen und haben einen anderen Dienstherrn. Das wissen Sie so gut wie ich. Also, Sie haben ja mit den Diensten zu tun.

Zeuge Jürgen Schulz: Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen: Dieses Abschieben - das muss der BND beurteilen; da hat das AA überhaupt nichts mit zu tun; wir haben ja nur mit den Botschaften zu verhandeln -, das verstehe ich so nicht, weil die Überwachung funktioniert ja nur, weil man es zulässt, dass zum Beispiel Technik und Personal über die Botschaften legendiert werden.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, vielleicht mal etwas allgemeiner. Ich kann Ihnen versichern: Ich spreche mit amerikanischen Diplomaten sehr, sehr oft. Ich bin auch oft in Washington gewesen. Ich war noch nie in Fort Meade - ja? Ich fahre nicht in die NSA. Das ist auch nicht mein Thema. Das ist nicht mein Metier. Das sind nicht meine Ansprechpartner. Die würden - - Das gibt es nicht. Und es kommt auch kein NSA-Vertreter zu mir und sagt: Ich will jetzt mal mit dir, Auswärtiges Amt, über dieses oder jenes sprechen. - Das passiert ja nicht. Hier gibt es eine ganz klare Trennung, wer mit wem redet. Hier gibt es eingespielte Kommunikationskanäle. Und dass es Vertreter von Diensten in Botschaften gibt, das ist ja nun auch nichts Neues.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Nur: Bitte glauben Sie doch nicht, dass die Vertreter der Dienste in der amerikanischen Botschaft dann zu mir kommen. Die



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben ja andere Ansprechpartner. Die haben ja auch andere Aufgaben. Das ist ja auch gut. Es gibt ja auch Partnerschaften. Also, insofern ist die Vorstellung, dass wir dann am Ende doch mit den Diensten zu tun haben, einfach falsch. Wir haben mit den Diensten direkt nichts tun. Wir führen keine direkten Gespräche. Wir treffen die nicht; wir sehen die nicht. Das ist nicht so. Es gibt verschiedene Kommunikationsschienen, verschiedene Kommunikationskanäle. Und das erklärt eben auch, dass wir als Auswärtiges Amt - obwohl wir mit den transatlantischen Beziehungen zu tun haben und manchmal mit den völkerrechtlichen Fragen - nichts zu den operativen nachrichtendienstlichen Fragen sagen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie würden Sie das denn beurteilen, wenn Botschaften für bestimmte rechtswidrige Operationen im Bereich von Kooperationen benutzt werden? Würden Sie dann auch noch sagen: „Das ist extritorial, interessiert uns nicht“? Oder wo ist da eigentlich die Schmerzgrenze? Also - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, der Grundsatz: Die Schmerzgrenze ist dadurch definiert - -

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Methodenschutz und das alles darf es ja nicht für Straftaten geben - ja?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, irgendwo ist ja auch mal Ende im Gelände.

Zeuge Jürgen Schulz: Es ist ja so: Es gilt ja nach wie vor, dass deutsches Recht in Deutschland eingehalten werden muss. Und wenn Botschaften extraterritorialen Status genießen, dann hat das ja seinen guten Grund. Das heißt aber nicht, dass das nun den Botschaften die Möglichkeit gibt, rechtswidriges Verhalten an den Tag zu legen. Das ist natürlich auch nicht möglich. Das heißt, selbstverständlich sind auch die Botschaften hier gehalten, sich an deutsches Recht zu halten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, zum Beispiel, dass dort

Technik zur Überwachung von Mobilfunkverkehr vorhanden ist?

Zeuge Jürgen Schulz: Wenn es solche Anhaltspunkte geben sollte, dann müssen die zuständigen Behörden genau diesen Anhaltspunkten nachgehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn Botschaften dazu benutzt würden, bestimmte Operationen abzuwickeln - was wäre damit? -, die vielleicht auch außerhalb von Recht und Gesetz liegen? - Mein Kollege links neben mir lacht.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich sage nur: Wenn es Anhaltspunkte für Rechtsverstöße gibt, dann müssen die zuständigen Behörden in Deutschland diesen Anhaltspunkten nachgehen und aufklären.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und das findet auch statt? Solche Fälle kennen Sie?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich sage: Wenn es Anhaltspunkte gibt dafür, dann müssen unsere Behörden diesen Sachen nachgehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will noch mal auf dieses Einbestellen des Botschafters hinaus. Ich habe immer das Gefühl - - Aber das haben wir schon hier die ganze Zeit. Das ist auch, also, komischerweise so ein Déjà-vu. Also, beim BND hat man gesagt: Okay, was wir machen, ist nicht in Ordnung. Wir erfinden für diese rechtswidrige Praxis der massenhaften Überwachung insbesondere im Ausland ganz, ja, ich sage mal, steile Theorien - ja, Weltraumtheorie -, damit wir das irgendwie im Nachhinein uns zurechtschönen. Aber wir wollen unbedingt diese Kooperation. Wir wollen unbedingt die Technik der Amerikaner, der Briten. Das ist so super. Was die machen mit den Metadaten, wollen wir auch. - Und manchmal habe ich das Gefühl, dass das so ein bisschen analog ist, dass man sagt: Okay, wir wissen, die hören ab. Wir wissen - - Da gibt es auch natürlich Massenüberwachung. Das ist ja klar, dass in diesen Snowden-Dokumenten - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich darf den Satz zu Ende führen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, natürlich, die Frage, auch die Antwort. Nur wie gesagt: Es geht jetzt zum Ende.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Also - Herr Flisek konnte jetzt noch einen Vorhalt machen danach. Also, ich denke, wir kriegen das hin.

Und die sind nicht lanciert von irgendwelchen, die Übles wollen, sondern die Dokumente sind authentisch; hat bisher ja auch niemand bezweifelt. Aber dann sagt man: Na ja, gut. Es gibt so viele andere wichtige Dinge, die wir mit den US-Amerikanern machen: Kampf gegen den Terror, TTIP oder sonst irgendwas. Das ist wichtiger als die Bedenken oder diese möglichen Rechtsverstöße oder der mögliche Grundrechtseingriff oder so weiter, der da verbunden ist. Und mit Blick auf diese übergeordneten Interessen lassen wir mal Fünfe gerade sein. - Ist das so?

Also, anders kann man sich das nicht erklären, dass man sich so, ich sage mal, widerstandslos überwachen lässt und auch noch zulässt, dass man nicht nur selbst als Regierung überwacht wird, sondern damit ja auch die Bevölkerung, die Grundrechtsschutz genießt in dem Bereich - Schutz des Kommunikationsgeheimnisses -, in den Fokus der Dienste gerät. Sind es die übergeordneten Interessen, dass man sagt: „Dafür muss das in Kauf genommen werden“?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, die Bundesregierung hat ja, wenn es um konkrete Spionagevorwürfe ging - also Kanzlerhandy und solche Sachen -, sehr deutlich reagiert und auch gesagt: Natürlich geht das überhaupt nicht. - Und insofern gehen wir konkreten Hinweisen ja auch nach und sagen: Nein, das muss auch abgestellt werden, und das akzeptieren wir nicht. - Was die massenhafte Ausspähung angeht: Das haben Sie als Fakt unterstellt. Das ist ja auch Auftrag des Ausschusses, das festzustellen. Die Bundesregierung hat sich das - soweit ich das übersehen kann - ja nie in dieser Form zu eigen gemacht, sondern es ist ja im Sommer 2013, nicht zuletzt im August, da-

mals vom Chef des Bundeskanzleramts, sehr ausführlich dargelegt worden, warum wir hier von keiner massenhaften Ausspähung ausgehen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt ist er bei der Bahn halt!)

Wenn ich das kurz sagen darf: Es war ja so: Der Hauptvorwurf war doch Anfang Juli, *Spiegel*: Eine halbe Milliarde Datensätze deutscher Staatsbürger werden durch die NSA in Deutschland erfasst. Dann hat man gesagt: Gut, wir prüfen das in der Bundesregierung. - Die Bundesregierung ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das nicht der Fall war, und hat gesagt: Na ja, möglicherweise sind das Datensätze, die anderswo von eigenen Diensten erfasst werden und dann an die NSA weitergegeben werden. Und das ist ungefähr auch in dieser Größenordnung. Also -

Martina Renner (DIE LINKE): Ein bisschen größer.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das heißt aber, dass ja dieser Vorwurf massenhafter Ausspähung erstens dann so nicht richtig wäre, wenn das richtig ist, und zweitens vor allem ja auch die Tatsache, dass es um Daten deutscher Bürger - deutscher Bürger! - geht, auch nicht richtig wäre. Also, insofern - Sie haben das so dargestellt, aber ich sage nur: Die Bundesregierung hat sich das in dieser Form ja nicht zu eigen gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und lässt sich weiter überwachen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Gut. - Dann geht es jetzt weiter bei der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Schulz, ich würde doch noch mal auf das Thema DOCPER-Verfahren zurückkommen. Da hatten Sie zwar gesagt, im Einzelnen oder im Detail die juristischen Fragestellungen, da seien Sie nicht so drin. Aber Sie sind ja auch Verfasser einzelner Vermerke dazu. Und vielleicht können wir doch die eine oder andere Frage dazu hier besprechen zusammen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Seit, ja, dem Bundestagswahlkampf 2013 sind ja die Private Contractors, also private Dienstleister, deren sich US-Militär oder zum US-Militär gehörende Nachrichtendienste bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auch in Deutschland bedienen, im Fokus. Also, das sind sozusagen nichtdeutsche Unternehmen, die auf Grundlage eines Notenwechsels zwischen Bundesregierung und US-Regierung verschiedene Befreiungen bekommen - Vergünstigungen im Bereich Gewerbesteuer und Handelsrecht. Können Sie grundsätzlich dieses Verfahren uns mal erläutern, also wie dieser Notenwechsel vonstattengeht? Und können Sie was zu den Dienstleistern sagen, die diese Befreiungen und Vergünstigungen gewährt bekommen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das kann ich in generischer, allgemeiner Weise tun. Wie gesagt, ich bin nicht der juristische Experte, aber allgemein kann ich schon ein paar Worte dazu sagen.

Also, wie Sie sagten: Die US-Unternehmen, die für die US-Streitkräfte in Deutschland tätig sind, erhalten auf der Grundlage einiger Bestimmungen im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut einige wenige Befreiungen und Vergünstigungen, die vor allem im Bereich Handel und Gewerbe eine Rolle spielen. Diese Privilegierung findet durch einen Notenwechsel statt zwischen dem Auswärtigen Amt und der US-Botschaft, in einem formellen Verfahren. Und wichtig ist vielleicht auch, zu sagen: Diese Befreiungen gelten nicht für das Unternehmen in toto, sondern jeweils nur für einen konkreten Einzelauftrag, den dieses Unternehmen übernimmt. Diese Notenwechsel werden übrigens auch - jeder einzelne - im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und sind also damit für jedermann auch nachvollziehbar.

Klar ist dabei, dass auch diese - - Also, die US-Streitkräfte hier sind sowieso gemäß NATO-Truppenstatut verpflichtet, in Deutschland deutsches Recht zu achten. Die Gaststreitkräfte müssen das Recht des Gaststaates achten. Das ist ein Gebot des NATO-Truppenstatuts. Und selbstverständlich gilt das auch für die US-Firmen, die hier für die US-Streitkräfte in Deutschland tätig sind.

Zu den einzelnen Notenwechseln und wie das vonstattengeht, vielleicht nur so viel: Die Unternehmen bekommen in der Regel einen Auftrag, einen spezifischen Auftrag von den US-Streitkräften. Die US-Streitkräfte sind ja auch gerade in Deutschland in den letzten Jahren sehr stark reduziert worden, sodass sie nicht mehr alle Leistungen selber erbringen, sondern sich auch in verstärktem Maße auf sogenannte Contractors, also Vertragsunternehmen, die in ihrem Auftrag arbeiten, abstützen. Und wenn ein solcher Auftrag vergeben wird und eine entsprechende US-Firma eben diese handels- und gewerberechtlichen Vergünstigungen möchte, dann wendet sich diese oder wendet sich die US-Seite formell an uns mit einer Verbalnote und - - also einem sehr formellen diplomatischen Verfahren, in dem gesagt wird, um welche Firma es geht, um welchen Auftrag es geht, was das für eine Firma ist. In der Regel werden auch die wesentlichen Bestandteile des Vertrags zwischen den US-Streitkräften und diesem Unternehmen dann noch mitgeliefert. Und dann wird im Wege einer Bestätigung dieser Verbalnote vereinbart, dass diese Sonderrechte, diese Privilegien, erteilt werden.

Und wie ich heute schon kurz angedeutet habe, haben wir dieses Verfahren seit Herbst 2013 etwas angepasst. Da haben wir uns dieses Verfahren noch mal etwas genauer angesehen und die US-Seite darauf verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die beauftragten Unternehmen das deutsche Recht auch tatsächlich beachten. Und das heißt, dass hier eine zusätzliche Klausel in diese Verbalnoten aufgenommen worden ist, die diesen Punkt auch noch mal ganz bewusst und explizit erwähnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Art der Dienstleistungen oder Dienstleister - können Sie dazu was sagen?

Zeuge Jürgen Schulz: Die Art der Dienstleister: Es gibt im Prinzip zwei grundsätzliche Arten von Dienstleistungen. Zum einen geht es - das ist für den Ausschuss weniger interessant - einfach schlichtweg um Fragen der Truppenbetreuung. Und zum anderen geht es um sogenannte analytische Dienstleistungen, die erbracht werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die Unternehmen, die solche Dienstleistungen erbringen, sind eben im Bereich der analytischen Dienstleistungen auch Unternehmen - - die auf diesen Bereich der militärisch-technischen analytischen Arbeit spezialisierten Unternehmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie zu diesen analytischen Dienstleistungen was Näheres sagen, was sich genau dahinter verbirgt - beispielhaft?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja. Also, diese analytischen Dienstleistungen - - Wie ich schon gerade sagte: Die Amerikaner haben ja zwei strategische Kommandos hier in Deutschland, USEUCOM und U. S. AFRICOM. Beide decken so ungefähr die Hälfte der Welt ab. Das heißt, die sind also zuständig für ganz Europa, die ehemalige Sowjetunion, EUCOM, und dann eben AFRICOM für ganz Afrika. Und da die Amerikaner weltweit tätig sind, haben sie eben auch hier entsprechenden Bedarf, auch entsprechende analytische Dienstleistungen abzufragen. Das sind also verschiedene Spezialisten, die in diesem Bereich tätig sind. Das können Regionalspezialisten sein. Es gibt bei diesen analytischen Dienstleistungen, wenn ich es richtig sehe, circa fünf Kategorien. Da geht es um Planer, da geht es um Analysten; das ist die Mehrzahl der Personen, die dort in diesem Bereich der Analyse arbeiten. Dann gibt es Berater, Ausbilder und sogenannte Manager. Das sind die verschiedenen Tätigkeitsprofile bei den analytischen Dienstleistungen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt gab es da ja im Jahr 2013 auch verschiedentlich kritische Berichterstattung, zum Beispiel bei *Frontal21*. Und ein Vorwurf der damaligen Berichterstattung war ja, dass von deutscher Seite so gut wie keine Prüfungen der von US-Seite angemeldeten Firmen durchgeführt wurden. Jetzt haben Sie ja schon einiges gesagt zum Verfahren. Aber inwieweit genau prüft denn das Auswärtige Amt die angemeldeten Firmen, auch die Mitarbeiter? Gibt es bestimmte Voraussetzungen, die die Firmen erfüllen müssen, um auch die Privilegien und Rechte bekommen zu können?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, wir prüfen nicht jeden einzelnen Mitarbeiter, sondern wir prüfen diesen Verbalnotenwechsel und den Gesamtvergang. Und was wir uns anschauen, ist, ob diese Unternehmen in den Bereich passen, der im NATO-Truppenstatut hier und durch verschiedene andere Einzelvereinbarungen so definiert worden ist. Diese Privilegien sind gedacht für bestimmte Unternehmen, die bestimmte Dinge für die US-Streitkräfte ausführen. Und es gibt auch bestimmte Rahmenvereinbarungen, die das etwas präzisieren. Und die Kollegen und Kolleginnen im Auswärtigen Amt prüfen, ob die Unternehmen in dieses Schema passen, ohne jede einzelne Person allerdings jetzt zu überprüfen, sondern sie schauen erst einmal: Passt denn das überhaupt? Ist das ein Unternehmen, das in den Genuss dieser Privilegien kommen kann?

Und wir haben das seit Herbst 2013 - ich habe es schon kurz erwähnt - eben noch mal etwas klarer gemacht oder noch mal expliziter gemacht, dass hier eben auch deutsches Recht angewendet werden muss. Und wir haben jetzt auch vor, das Verfahren so weiterzuentwickeln, dass, bevor wir diese Verbalnote an die amerikanische Seite geben, auch noch das BMI, das BMVg und das Bundeskanzleramt künftig einbezogen werden. Das ist eine Neuerung, die wir auch erst seit kurzer Zeit vorgenommen haben.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit kurzer Zeit!)

Nina Warken (CDU/CSU): Das ist jetzt was, auf was ich auch noch zu sprechen gekommen wäre. Normalerweise behauptet ja das Auswärtige Amt seine Zuständigkeit für internationale Vereinbarungen schon auch klar für sich. Und jetzt binden Sie da andere Ressorts mit ein. Inwiefern ist das erforderlich? Aus welchen Gründen macht man das?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, die Zuständigkeit des Auswärtigen Amts für völkerrechtliche Vereinbarungen, die ist unbestritten, und die werden wir auch nicht ändern. Also, wir werden auch künftig dieses Verfahren in der Hand behalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir werden auch künftig den Verbalnotenwechsel mit der amerikanischen Seite durchführen. Das ist auch völlig unbestritten. Aber wir haben eben das Interesse, dass auch diejenigen Ressorts bzw. das Bundeskanzleramt, die eigene Dienste führen, auch noch mal mit einer dienstspezifischen Expertise auf diese Dinge schauen, bevor wir dann diese Verbalnoten an die amerikanische Seite senden. Das ist sozusagen noch mal eine weitere Prüfschleife und noch mal ein weiterer Blick auf diese Dinge, bevor wir diese Verbalnote erteilen.

Nina Warken (CDU/CSU): Diese Private Contractors, werden die dann auch während ihrer Tätigkeit in Deutschland noch mal gesondert kontrolliert?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, die Kontrolle der Tätigkeit, wenn diese Unternehmen dann ihre Tätigkeit aufgenommen haben, die ist möglich. Und das ist allerdings in dem Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Bundesländer. Das heißt, die Bundesländer haben hier die Möglichkeit, wenn sie sehen: „Hier sind US-Kontraktoren in unserem Bundesland tätig“, diese Tätigkeit auch noch zu überprüfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und für welche Zeiträume werden dann diese Privilegien erteilt? Ist das dann immer der Gesamtzeitraum, der dann gewünscht wird, oder machen Sie das grundsätzlich immer nur für - was weiß ich - ein Jahr? Oder wie ist das?

Zeuge Jürgen Schulz: Kann ich Ihnen aus dem Kopf, ehrlich gesagt, nicht sagen. Da müsste ich auf meine Kollegen in der Rechtsabteilung verweisen.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten jetzt gerade schon ein paar Sachen zum Umfang der Prüfung gesagt. Es gibt eine Anleitung zur Bearbeitung der Notenwechsel, die in Ihrem Haus im Jahr 2003 gefertigt wurde. Und da ist als einziger inhaltlicher Prüfschritt praktisch niedergelegt, dass man sich Gewissheit über die Übereinstimmung der im konkreten Fall beschriebenen Tätigkeit mit den in den Vereinbarungen niedergelegten Tätigkeitsprofilen verschafft; in MAT A AA -

3/3q, Blatt 56 ff. Halten Sie das für eine ausreichende inhaltliche Prüfung, dass man einfach nur diese Übereinstimmung überprüft?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, da würde ich Sie bitten, einfach auch noch mal mit meinen Kollegen aus der Rechtsabteilung über die - - Die Verfahrensschritte sind mir im Allgemeinen bekannt, aber ich kann zu den einzelnen Einzelheiten, wenn Sie jetzt aus einer allgemeinen Vorschrift von 2003 zitieren - da bitte ich um Nachsicht -, im Detail nichts sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ein weiterer Vorwurf, der immer wieder erhoben wurde, war, dass angeblich in Deutschland tätige Private Contractors sogenannte Rendition Flights für die CIA durchgeführt haben sollen, zum Beispiel die US-Firma CSC. Sind Sie, ist das Auswärtige Amt diesen Vorwürfen nachgegangen?

Zeuge Jürgen Schulz: Zu dem konkreten Fall kann ich nichts sagen. Mir ist nicht bekannt, dass - - Also, diese - -

Nina Warken (CDU/CSU): Zu den Vorwürfen allgemein.

Zeuge Jürgen Schulz: Dieser Vorwurf ist mir in dieser Form nicht bekannt. Ich muss dazusagen, dass diese Vertragsunternehmen für die US-Streitkräfte tätig sind. Und wir wissen auch, dass sie für die US-Streitkräfte, also nicht für den Auslandsnachrichtendienst der Vereinigten Staaten von Amerika, sondern die Streitkräfte in Deutschland tätig sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, aber Sie haben jetzt von den Vorwürfen noch nichts gehört, oder Sie haben die Vorwürfe - - sind den Vorwürfen nicht nachgegangen? Ich habe es jetzt nicht richtig verstanden.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich kenne - - Diesen konkreten Vorwurf, den kenne ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und insgesamt, dass eben Firmen an Rendition Flights beteiligt waren, die dann auch hier als Private Contractor, ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

sage mal, zugelassen waren oder Vergünstigungen bekommen haben - -

Zeuge Jürgen Schulz: Diesen Vorwurf kenne ich in dieser Form nicht. Ich müsste mich kundig machen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen. - Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Danke schön. - Dann geht es weiter bei Herrn von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie den Vorwurf in *irgendeiner* Form?

Zeuge Jürgen Schulz: Das - - was bitte? Welchen Vorwurf?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage von Frau Warken eben: Kennen Sie den Vorwurf in *irgendeiner* Form, weil Sie gesagt haben: „Den kenne ich nicht in *dieser* Form“?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, also, dass die US-Vertragsunternehmen, die wir quasi per Verbalnote - - denen wir per Verbalnote bestimmte handels- und gewerberechtliche Privilegien zuteil werden lassen, dass die an Flügen für die CIA beteiligt sein sollen, den Vorwurf kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass andere Kontraktoren, die Sie nicht genehmigt haben, daran teilgenommen haben - wissen Sie darüber was?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das ist mir auch nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Sie haben vorhin - - das wollte ich noch ganz kurz nachfragen - noch mal diese Geschichte - das schien wichtig zu sein - mit den 550 Millionen Daten pro Monat sozusagen, die da im August 2013, Juni, August, eine große Rolle gespielt haben - - Wissen Sie vom Auswärtigen

Amt sicher, dass das Daten aus Afghanistan waren?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß - - Ich kann - - Es war ja der Vorwurf, oder es wurde ja unterstellt noch mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, da haben wir ja eben drüber geredet.

Zeuge Jürgen Schulz: Darüber haben wir geredet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Aber dass diese Daten aus Krisenregionen stammen, nicht aus Deutschland. Das ist mein Stand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber wissen Sie, dass das so ist? Oder - -

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, ich kann das ja nicht aus eigener Erkenntnis behaupten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, genau. Okay, alles klar. Das wollte ich nur klarstellen, nur weil das eben so rüberkam, als wäre das so. - Wenn ich das verstanden habe, hat die Bundesregierung gesagt: 550 Millionen Metadaten pro Monat - ja, das ist viel. Passt eigentlich ganz gut. Wir sammeln selbst und haben nicht viel Metadaten unter anderem in Afghanistan, und die Zahlen könnten übereinstimmen. - So. Aber die haben nicht gesagt: Das sind diese Daten. - Da lege ich verschärften Wert drauf. Es sei denn, Sie wollen das jetzt korrigieren. Ich glaube, die Bundesregierung hat sehr bewusst nicht gesagt: Das sind diese Daten.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sei denn, Sie wollen es anders darstellen.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie nicht - nicht?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich habe mich bezogen - - Ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf die allgemeine Berichterstattung.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, nein, nicht nur das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich wiederhole mich: Wir haben keine eigenen Erkenntnis dazu. Ich habe mich auf das Statement vom Chef des Bundeskanzleramts vom 12. August bezogen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat das genauso windelweich gesagt, wie ich das gerade dargestellt habe. Der hat versucht, eine Kausalität herzustellen. Ob die besteht, das weiß niemand bis heute. - Ich wollte Sie fragen, ob Ihnen der Begriff des Bedarfsträgers etwas sagt.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß nicht, in welchem Kontext Sie meinen, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das Auswärtige Amt Bedarfsträger des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir sind Kunde des Auswärtigen - - des BND sozusagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Exakt, genau.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, natürlich, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und mich wundert das so ein

bisschen, dass Sie da so fein separieren können zwischen den Dingen, für die Herr Akmann zuständig ist, und den Sachen, die Sie jeden Tag beschäftigen. Ich sage mal: Sie lesen ja bestimmt auch Zeitung. Und es steht ja im Raum, dass der Bundesnachrichtendienst französische Politiker überwacht haben soll und so, habe ich gelesen, und selbst unglaublich viele Botschaften überwacht hat und so. Jetzt frage ich Sie als Bedarfsträger oder Kunde des Bundesnachrichtendienstes: Sind Ihnen mal so Informationen irgendwie begegnet, wo Sie gedacht haben: „Mensch, wo kommen die denn her? Das ist gut zu wissen, aber wo das wohl herkommt?“? Dass man nicht nachfragt, das weiß ich. Aber ist Ihnen das begegnet, sodass Ihnen vielleicht diese ganzen Verhandlungen mit den USA über die bösen Dinge, die die machen, so ein bisschen schief auch vorgekommen sind?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das ist mir in dieser Form nicht begegnet. Also, vielleicht kann ich das etwas erläutern: Wir sind - wenn Sie sagen „Bedarfsträger“, ist das vielleicht ein Terminus technicus -, ich würde sagen: Wir sind natürlich auch Kunden des BND. Das heißt, wir kriegen im Auswärtigen Amt natürlich sehr viele Informationen aus dem BND - täglich. Über meinen Schreibtisch gehen jeden Tag sehr viele Informationen aus dem BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist so. Das ist ja auch gut so. Wir sind auch durchaus insofern natürlich in Verbindung mit dem BND, dass, wenn wir ein Interesse haben, wenn wir als Auswärtiges Amt sagen: „Hier, uns ist besonders dieses oder dieses Dossier wichtig, und da möchten wir gerne Informationen haben, die uns aber nicht zur Verfügung stehen“, dann sagen wir auch dem BND gelegentlich: Also, bitte, wir wären dankbar, wenn ihr da mal genau hingucken könntet. - Also, so läuft das - ja?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Und das ist das normale Geschäft. Und insofern gibt es Verbindungen zwischen AA und BND. Aber das ist eben was ganz anderes als das operative Geschäft. Da sind wir eben nicht eingebunden, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut.

Zeuge Jürgen Schulz: - sondern wir lesen die Dinge vom BND. Wir können auch manchmal sagen: Also, dieses Thema, dieses Gebiet, das interessiert uns jetzt besonders. - Und dann schaut der BND da vielleicht noch genauer hin. Also, das gibt es natürlich schon. Aber das ist was ganz anderes als die operativ-technische Zusammenarbeit. Und wenn Sie fragen: Gab es mal Beispiele, wo ich gesagt hätte: „Das ist aber komisch“ oder: „Wo kommt das her?“, kann ich nur sagen: Nein, kein einziges Mal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie hat das total überrascht, als Sie jetzt gelesen haben, dass der Bundesnachrichtendienst auch Botschaften, Konsulate, französische und andere europäische Politiker abhört. Das hat Sie vollkommen aus den Latschen gehauen?

Zeuge Jürgen Schulz: Mich persönlich hat das überrascht, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Denn ich meine, das ist ja - - Wenn man sich das überlegt, dass man mit den USA jetzt über solche Dinge diskutiert - - Also, ich weiß es nicht genau und habe - - kann das nicht belegen, aber ich würde vermuten, dass die USA auch eine Idee davon haben, was der BND macht. Und das haben die in den Gesprächen auch nie angeführt oder so? Die haben nie gesagt: Ihr empört euch über Merkels Telefonnummer - habt ihr mal geguckt, wen ihr so - - wie viel amerikanische Ziele der Bundesnachrichtendienst hat? - Das war nie ein Thema.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, nie im Einzelnen und nie im Detail. Aber natürlich haben die Amerikaner, ohne auf den BND zu rekurrieren, hin und wieder darauf hingewiesen, dass auch europäi-

sche Dienste Aufklärung betreiben und dass manche europäischen Dienste vielleicht auch sogar Aufklärung in den USA betreiben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben die aber nicht auf den Bundesnachrichtendienst bezogen?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie denn zu irgendeinem Zeitpunkt erreicht, dass der Bundesnachrichtendienst selbst Zehntausende von Selektoren genau in der Zeit löschen musste, weil die eben sozusagen dieser Policy, die da gerade mit den USA verhandelt wurde, nicht entsprachen?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, offiziell dienstlich erreicht mich so was nicht, weil solche Informationen erreichen mich in der Tat nicht. Aber ich lese natürlich Zeitung und lese Medienberichte. Aber offiziell erreichen mich solche Dinge nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn irgendwann positiv - - Sind Sie unterrichtet worden von irgendwelchen Absprachen und Regierungsrunden von den Zuständigen, dem Bundeskanzleramt: „Übrigens, in den Verhandlungen hier mit den USA, doucement, wir haben da selbst keine blütenreine Weste; müssen wir mal gucken, wie wir das zukünftig hinbekommen“? Also, haben Sie gesagt bekommen: „Es gibt da Kooperationen in der Welt sowieso, aber auch in Europa und in Deutschland, wo wir gemeinsam Daten abgreifen und wo aus Big Data Big Brother droht zu werden; wir dürfen da nicht zu selbstgerecht auftauchen“? Oder hat das Bundeskanzleramt Sie über diese Dinge nie informiert, und Sie haben einfach fröhlich vor sich hinverhandelt?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wir haben ja diese Dinge nicht direkt verhandelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Wir sprechen ja mit Amerikanern über Dinge auf einer anderen Ebene. Aber nein, solche Ansagen hat es nicht gegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Bundeskanzleramt hat nie darüber geredet, was eigentlich der Bundesnachrichtendienst macht und dass er eng - - sozusagen, dass man die Snowden-Affäre nur verstehen kann, wenn man versteht, was eigentlich auch der Bundesnachrichtendienst macht. Das war nie Thema im Auswärtigen Amt?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, in meiner Position - und nur über die kann ich reden - erreichen mich solche Informationen nicht. Es ist nicht so, dass ich regelmäßig vom Bundeskanzleramt über das unterrichtet werde, was der BND macht. Das war nicht der Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Regelmäßig muss ja nicht sein, aber in so einer speziellen heiklen Situation einmal oder zweimal.

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist nicht der Fall gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht der Fall gewesen. - Haben Sie in dieser Zeit, die unseren Untersuchungsauftrag betrifft, also vor allen Dingen nach den Snowden-Veröffentlichungen 2013, irgendwelche wissenschaftlichen Gutachten anfertigen lassen, rechtliche Einschätzungen im Haus anfertigen lassen über Fragen, die im Zusammenhang mit den Snowden-Veröffentlichungen stehen?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, wissenschaftliche Analysen meines Wissens: Nein. Ich kann mich zumindest nicht daran erinnern. Und rechtliche Bewertungen wurden im Auswärtigen Amt nur - - Nein, auch nicht, was die Snowden-Veröffentlichungen angeht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Fragen von Snowden selbst, ob der ausgeliefert werden muss, wie überhaupt diese Fragen zu behandeln sind: Hat sich damit das AA auseinandergesetzt?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, und zwar haben sich damit ja viele Ressorts in der Bundesregierung auseinandergesetzt. Und die Frage stand ja durchaus im Raum, ob Herr Snowden vielleicht in Deutschland aussagen könne oder wolle und was denn das alles rechtlich und politisch heißen würde. Und in diesem Zusammenhang ist natürlich das Auswärtige Amt auch um eine außenpolitische Bewertung dieser Dinge gebeten worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und, wie haben Sie es bewertet?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, es ist eine Güterabwägung, die man hier vornehmen muss. Eine Güterabwägung, die auf der einen Seite natürlich das Interesse an einer Anhörung von Herrn Snowden hier in Deutschland zum Beispiel beinhalten würde. Auf der anderen Seite - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Darf ich einmal unterbrechen? Es gibt eine Wortmeldung.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Herr Schulz, für Sie der Hinweis, dass aus unserer Sicht die Frage, wie die Bewertung zu einem möglichen Asyl von Snowden innerhalb der Bundesregierung diskutiert worden ist, eben genau nicht zum Untersuchungsauftrag gehört. Wenn Sie jetzt sozusagen da eine weitere allgemeine Ausführung, die Sie gerade begonnen haben, zu Ende führen wollen: richtig. Aber aus unserer Sicht, um das auch noch klarzumachen, gehört das eben nicht zum Untersuchungsgegenstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kann das nicht zum Untersuchungsausschuss gehören? Wir streiten darüber hier jedes Mal. Wir sind in Karlsruhe vor Gericht darüber. Was ist das denn für eine These? Also, die habe ich noch nie gehört. Das hat noch nie Herr Wolff - - dass das nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört. Das Justizministerium schickt hier extra Leute vorbei, mit denen wir das bequatschen, also - nicht? Das wäre schon interessant. Die Frage ist: Haben wir das bei den Akten? Haben Sie uns das geschickt? Ich glaube, nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das gehört so eindeutig zu unserem Untersuchungsgegenstand, dass das interessant ist - ja? Also - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr von Notz, dass er es noch mal beantwortet, weil dann die Runde weit drüber ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - muss ich in der nächsten Runde noch mal fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Ja. - Gut, dann geht es weiter bei der SPD.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich habe noch ein paar wenige Fragen jetzt in der Öffentlichkeit. Zum einen jetzt noch mal zu dem Thema US-Botschaften, Konsulate hier in Deutschland. Ich meine, es ist doch jetzt so, dass man ja da irgendwo reagiert hat. Welche Möglichkeiten hat man denn, wenn so was bekannt wird, dass es von diplomatischen Vertretungen gegebenenfalls Spionagetätigkeiten gibt? Wie kann man darauf reagieren? Und hat man das in der Vergangenheit getan?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, zunächst mal muss man ja den Sachverhalt aufklären, ob es denn Spionage gegeben hat.

Christian Flisek (SPD): Wie tut man das, mit welchen Instrumenten?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das - - Da gibt es ja die Instrumente der Spionageabwehr, nicht in unserem Hause ansässig, und der Sicherheitsbehörden. Und dafür gibt es die einschlägigen Verfahren und Kanäle.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist sehr abstrakt jetzt.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich kann mich - - Ich bitte um Nachsicht, aber das ist eben nicht unsere Zuständigkeit. Ich kann ja nur zu Dingen in der Sache Stellung nehmen, für die ich auch zuständig bin.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Aber noch mal: Ich finde das richtig mit Zuständigkeiten usw., aber man muss natürlich auch gucken - - Ich meine, das berührt ja das Auswärtige Amt. Und solche Dinge müssen ja irgendwo abgestimmt werden. Also, ganz konkrete Frage: Ist Ihnen bekannt, dass es zum Beispiel über dem US-Generalkonsulat in Frankfurt einen Hubschrauberflug der Bundespolizei gegeben hat?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das ist mir bekannt.

Christian Flisek (SPD): So. - Und was hatte der für einen Zweck?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir sind von diesem Hubschrauberflug informiert worden, als sich die US-Botschaft bei uns danach erkundigt hat.

(Lachen des Abg. Christian Flisek (SPD))

Christian Flisek (SPD): Die haben angerufen - oder?

Zeuge Jürgen Schulz: Und wir haben - -

Christian Flisek (SPD): „Unbekanntes Flugobjekt.“

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das hat schon einen ernstesten Hintergrund, weil bei der - - die Amerikaner uns darauf hingewiesen haben, dass eben dort offensichtlich Fotos gemacht worden sind, aber aus einem quasi offenen Hubschrauber heraus.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Jürgen Schulz: Und dass amerikanische Sicherheitskräfte, wenn sie offene



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hubschrauber¹¹ sehen, auch leicht nervös werden können.

(Martina Renner (DIE LINKE): Und schießen! Noch mal gut gegangen!)

Und insofern gesagt wurde, dass da tatsächlich

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wäre Herr Pofalla noch früher - -)

- nein - eine große Nervosität auf amerikanischer Seite herrschte. Und das war ein sehr ernstes Petition, das die Amerikaner da an uns herangetragen haben. Also, insofern: Mir ist das bekannt. Wir haben damals auch mit den Amerikanern darüber - - ja, Kontakt dazu gehabt. Und das war offensichtlich ja eine Maßnahme in dem Sinne, den Sie gerade angesprochen haben. Aber wie gesagt, das sind Maßnahmen, die nicht wir als Auswärtiges Amt durchführen.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie denn, wer das angeordnet hatte?

Zeuge Jürgen Schulz: Das kann ich Ihnen im Einzelnen nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Jetzt, ich muss - - Wissen Sie, wir hören immer ganz genau hin: Das können Sie uns nicht sagen - im Sinne von Ihrer Aussagegenehmigung oder irgendwie so? Oder weil Sie es nicht wissen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich weiß es auch nicht.

Christian Flisek (SPD): Da sind Sie auch nicht im Vorfeld dann irgendwie informiert worden, unterrichtet worden, sondern das fand statt, und dann hat sich der US-Botschafter oder direkt in Frankfurt der Generalkonsul, wer auch immer, ans Auswärtige Amt gewandt. Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das ist - - Ich - -

Christian Flisek (SPD): Haben gesagt: Wir waren nervös und - -

Zeuge Jürgen Schulz: Eines Tages hat mich der damalige Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft angerufen, hat mir gesagt, dass das so passiert ist, und hat gebeten oder uns gefragt oder - nein - gebeten, dass solche Dinge doch - - Also, er wollte einfach mal den Sachverhalt aufklären. Wir konnten natürlich nichts zur Sachverhaltsaufklärung beitragen. Aber das ist der Kontakt gewesen, den wir gehabt haben. Und die Amerikaner haben eben darauf verwiesen, wie ich schon sagte, dass sie da in Frankfurt erst sehr nervös waren, weil sie nicht - - das nicht richtig einordnen konnten und nicht wussten: Was ist denn das?

Christian Flisek (SPD): Und dann haben Sie den Sachverhalt gegenüber den Amerikanern aufklären können, also das Auswärtige Amt.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich habe dann auf die zuständigen Behörden verwiesen, und über die zuständigen Kanäle ist das Ganze dann mit den Amerikanern aufgenommen worden.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, das war konkret eine Maßnahme, um mal zu gucken, was die da oben irgendwie auf dem Dach haben. Wie war denn die Reaktion dann des Auswärtigen Amtes im Übrigen gegenüber dem Geschäftsträger, außerhalb der Weitergabe von sachverhaltsdienlichen Informationen? Hat man gesagt: „Das machen wir jetzt; in Zukunft müsst ihr damit öfters rechnen“, oder hat man gesagt: „Um Gottes willen, das wird ein Einzelfall bleiben; das wird nie mehr wieder vorkommen“?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, das können wir ja nicht. Das sind ja Maßnahmen der Sicherheitsbehörden. Und wir haben darauf hingewiesen, dass das ein Überflug war - das ist ja ein gutes Recht unserer Sicherheitsbehörden -, und haben allerdings die Tatsache oder die amerikanische Schilderung auch so weitergegeben an die Sicherheitsbehörden.

11) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ist das so? Ist das so ohne Weiteres möglich? Ich meine: Überflug - ja, ich meine: Klar. Überflug - ich denke mal, das kommt so ein bisschen auf die Höhe an - nicht? Also, klar, wenn ich da irgendwo ganz oben drüberfliege - - Aber wenn ich jetzt - - Ich habe jetzt keine Informationen, wie dieser Überflug konkret war. Aber wenn man eben Fotos macht aus einem offenen Hubschrauber heraus, dann, denke ich mal, wird das nicht allzu hoch gewesen sein. Und ist das rechtlich so ohne Weiteres im Sinne da der gesamten völkerrechtlichen Rechtsgrundlagen, die es gibt für diplomatische Vertretungen, zulässig?

Zeuge Jürgen Schulz: Also, mir ist nicht erinnerlich, dass irgendjemand das für unzulässig erklärt hatte.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut, ich sage mal, in unseren Unterlagen, die wir haben, wird das ziemlich erörtert, um es mal freundlich zu sagen. Also, es finden sich auch Ansichten, die das grundsätzlich für unzulässig halten, weil das eine Verletzung - - Ich glaube, WÜD ist das, die Wiener Übereinkunft für die diplomatischen Vertretungen, irgendwie so - ja? Ich bin jetzt völkerrechtlich nicht so ganz versiert, aber Artikel 22, der die Unverletzlichkeit der Mission festlegt - - dass sozusagen ein Überflug in so niedriger Höhe, das sei dann ein Eingriff, eine Verletzung der Mission.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich kenne diese Vorschrift der Wiener Konvention, kann aber nichts dazu sagen. Ich weiß nicht, wie die Höhe des Überflugs war. Ich kenne die Einzelheiten dieses Vorgangs nicht. Es hat aber auch keine weiteren Proteste amerikanischerseits gegeben. Es hat auch keine Thematisierung dieser Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit dieser Frage gegeben. Daher gehe ich davon aus, dass das auch rechtmäßig war.

Christian Flisek (SPD): Ansonsten: Eine Möglichkeit ist ja, einzelne Vertreter der Mission, also zum Beispiel solche, die einen Geheimdienst repräsentieren hier, auszuweisen. Das ist ja auch passiert - oder? Also, es gab ja den Fall, dass dieser CIA-Repräsentant - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das - -

Christian Flisek (SPD): Wie heißt das dann? Der wird dann zur Persona non grata erklärt und muss dann ausreisen innerhalb einer bestimmten Frist.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich glaube nicht - -

Christian Flisek (SPD): Es kommt dann zwar ein Neuer, aber - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich glaube nicht, dass er zur Persona non grata formell erklärt wurde, aber ihm wurde deutlich gesagt, dass er bitte das Land verlassen möge. Das ist sicher richtig.

Christian Flisek (SPD): Also, das ist auch im Instrumentarienkasten sozusagen vorgesehen. Und ist das üblich? Macht man so was? Ist das schon mal öfters vorgekommen? Oder ist das schon, wo Sie jetzt sagen würden in Ihrer Bewertung im Rahmen der allgemeinen Eskalationsstufe, das schärfste Schwert, was man in dem Fall jetzt gegenüber Partnerstaaten wie den Vereinigten Staaten führt?

Zeuge Jürgen Schulz: Na ja, also, das ist natürlich nicht die alltägliche Praxis. Das sind schon Ausnahmemaßnahmen. Das gilt sowohl für die Einbestellung des Botschafters. Auch das eine - - Bei einem Partner, bei einem Alliierten, mit dem wir ja aufs Engste zusammenarbeiten und der für unsere Sicherheit von vitaler Bedeutung ist, ist das natürlich schon eine ganz besondere Maßnahme. Und das Gleiche gilt, glaube ich, auch für die andere Maßnahme, die Sie angesprochen haben. Also, das ist nicht der Alltag. Das sind schon besondere Maßnahmen, die sehr selten getroffen werden.

Christian Flisek (SPD): Kurz: Hat man sich eigentlich bei diesem Hubschrauberflug dann irgendwie entschuldigt, ganz formell?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jürgen Schulz: Warum sollten wir? Das sind Maßnahmen der inneren Sicherheit, die wir durchführen können in eigener Verantwortung.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und diese Ausweisung, wie ist die damals aufgegriffen worden, wie ist die da angekommen bei den amerikanischen Freunden?

Zeuge Jürgen Schulz: Die amerikanischen Partner haben das natürlich -

MR Torsten Akmann (BMI): Ja - -

Zeuge Jürgen Schulz: - zur Kenntnis genommen.

MR Torsten Akmann (BMI): Können wir ganz kurz unterbrechen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist nicht Untersuchungszeitraum. Das ist sehr viel später.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann der Zeuge ja bei seiner Äußerung berücksichtigen und nur den Teil in den Fokus nehmen, der untersuchungsgegenständlich ist vom Zeitraum.

(Christian Flisek (SPD):
Sehr gut!)

Sage ich ja: Dass der Zeuge nur den Teil beleuchtet, der auch Untersuchungsgegenstand und auch vom Zeitraum abgedeckt ist. Geht noch eine weitere Wortmeldung.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Vielleicht als Hinweis für den Zeugen: Wenn Sie dazu konkrete Kenntnisse hätten, dann würde eben das zum Tragen kommen, was gerade der Kollege Akmann vom BMI gesagt hat: Allgemein grundsätzliche Ausführungen zur Ausweisung können Sie natürlich machen; aber da müsste dann eben sozusagen auch die Grenze des Untersuchungsauftrags auch gewahrt bleiben

Christian Flisek (SPD): Das wird für Sie jetzt nicht einfacher, Herr Schulz. Die Frage war eigentlich einfach, aber jetzt wird es kompliziert.

(Heiterkeit des Abg.
Christian Flisek (SPD))

Tut mir leid, das ist nicht - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich glaube, ich habe ohnehin das gesagt, was ich dazu sagen kann.

Christian Flisek (SPD): Vielleicht auch von meiner Seite noch mal eine Frage. Ich meine, man muss ja - allgemein jetzt - da wissen, wen man ausweist im Zweifel. Wenn die da kommen, diese ganzen Residenten von CIA & Co., melden die sich - also nur jetzt interessehalber die Frage - dann beim Auswärtigen Amt an? Also ein Botschafter: klar. Alle Leute, die da irgendwie - - Aber melden die sich als - -

Zeuge Jürgen Schulz: Also, es gibt so was wie eine Diplomatenliste. Und jeder, der hier bei uns in Deutschland als Diplomat gemeldet ist, der ist auf dieser Diplomatenliste. Also, insofern ist der quasi angemeldet, wenn Sie so wollen.

Christian Flisek (SPD): Okay, ja. - Das hätte ich jetzt so auch noch gedacht. Aber auf dieser Diplomatenliste - wissen Sie, wer von den Diplomaten auf der Liste jetzt derjenige in der Botschaft ist, der die Geschäfte der CIA erledigt beispielsweise? Also, werden die so irgendwie da akkreditiert oder so?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, es gibt da spezielle Verfahren und noch mal: Auch das läuft natürlich dann - - Diese Kontakte laufen nicht primär über das Auswärtige Amt, auch wenn wir für die Diplomatie zuständig sind. Aber die Dienste, die Repräsentanten der Dienste - das läuft primär auch wieder über die Schiene der Dienste. Wir sehen dann diese Liste, aber wir haben natürlich auch da keine eigenen Einblicke. Das ist nicht unsere Zuständigkeit. Und insofern ist das dann auch wieder eher Sache der Dienste.

Christian Flisek (SPD): Also, das heißt - ich fasse das jetzt mal zusammen -: Sie wissen sehr wohl,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wer in einer diplomatischen Vertretung hier in Berlin oder woanders in der Republik arbeitet. Aber Sie wissen nicht, wer davon beispielsweise auf der Payroll eines anderen Dienstes steht. Das wissen Sie nicht. Das wird nicht erfasst.

Zeuge Jürgen Schulz: Na ja, also, in bestimmten Fällen wissen wir das. Und bei engen Partnern, mit denen wir uns eng und vertrauensvoll austauschen, da sind wir uns auch sehr sicher, dass wir das wissen. Aber es gibt natürlich auch viele Staaten, -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Jürgen Schulz: - die hier diplomatisch akkreditiert sind, bei denen wir das nicht wissen.

Christian Flisek (SPD): Das ist ja schon mal eine gute Differenzierung. Aber bei den Partnern - also, wir reden ja jetzt auch hier in unserem Untersuchungsgegenstand im Wesentlichen von Ländern, die wir als Partner bezeichnen -, da wissen Sie das dann deswegen, weil die kommen hierher und sagen: Hier - ich werde CIA-Geschäfte machen.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, die Partnerstaaten und Partnerdienste haben ja auch hier Ansprechpartner und Kontakte. Und da ist das in der Regel klar.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, das ist dann auch die Grundlage, damit Sie wissen, wen Sie da sozusagen, also, auffordern müssen, Deutschland zu verlassen, wenn man zu diesem Mittel greift.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, wenn man zu diesem Mittel greifen will, werden wir in Kooperation mit den Diensten schon den Richtigen finden.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, weiß ich nicht. Es kann ja auch sein, dass man sozusagen im Rahmen einer politisch gewollten Reaktion jetzt irgendwie einen rauspickt und sagt: Komm! Die Symbolik zählt. Einer muss gehen. Wurscht, was er macht. - Aber das ist nicht so. Da nimmt man schon - - Da weiß man dann ganz gezielt, wen man sich herausgreift.

Zeuge Jürgen Schulz: Das ist keine Maßnahme, die wir bei engen Freunden so oft anwenden.

Christian Flisek (SPD): Na ja, einmal ist sie jetzt angewendet worden. Zumindest wissen wir das jetzt im Nachgang. Hat man das irgendwie begründet noch? Oder wie läuft das? Ich habe keine Ahnung von diesem Verfahren. Ich meine, man hört davon. Aber wie läuft das?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, die Begründung war, glaube ich, in diesem Fall ziemlich klar.

Christian Flisek (SPD): Ja, können Sie die uns hier im Ausschuss noch mal nennen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann Ihnen jetzt aus dem Stegreif nicht die einzelnen Maßnahmen - - Wie gesagt, das ist auch etwas, was nicht mehr in die Zeit des Untersuchungsgegenstandes fällt, und insofern würde ich mich auch darauf beschränken.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut, Herr Schulz. Dann erst mal herzlichen Dank. - Und wir haben jetzt in öffentlicher keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe nur noch ein, zwei Fragen noch mal zum DOCPER-Verfahren, und insbesondere zu den auch konkreten Bedenken, die möglicherweise auch seitens des Auswärtigen Amtes vorlagen bei der Neufassung des Notenwechsels im Herbst 2013. Ich möchte mich beziehen auf eine Vorlage MAT A BMVg-1-4g_2.pdf, Blatt 108. Das ist die Paginierung 104. Das haben Sie nicht verfasst, sondern die Abteilung 5. Aber ich nehme ja an, dass Sie auch an dem DOCPER-Verfahren beteiligt waren, dass Sie den ganzen Vorgang kennen. Und da ist es schon so, dass nach der Darstellung der Rechtsgrundlagen unter „b. Prüfungsumfang“ hier ausgeführt wird:

AA (Ref. 503) prüft, ob die vorgelegten Tätigkeitsbeschreibungen der Verträge den Tätigkeitsfeldern



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Rahmenvereinbarungen entsprechen, und ob konkrete Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen DEU Recht vorliegen. Seit dem Entführungsfall Murat Kurnaz verlangt AA Zusicherung der amerikanischen Seite, dass das jeweilige Unternehmen nicht an Tätigkeiten im Zusammenhang mit Gefangenentransporten beteiligt ist ...

Und dann gibt es auch noch einen Punkt 2: „NSA-Affäre“. Da wird noch mal ausgeführt, dass in Zukunft in allen Verbalnotenwechseln ausdrücklich die amerikanische Seite darauf hingewiesen wird,

DEU Recht zu achten und verpflichtet [wird], alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, ... dass die Unternehmen bei der Erbringung von Dienstleistungen deutsches Recht achten.

Und dann gibt es noch unter 3 „Anstehender Verbalnotenwechsel am 17. Dezember“ so einen Punkt „a. Abwägung“. Da heißt es, seitens des Referats 503 bestehe

nach wie vor kein klares Bild über die tatsächlichen Tätigkeiten der Unternehmen. Es kann insbesondere nicht beurteilt werden, ob die beantragten Unternehmen deutsches Recht einhalten (werden). Das gegenüber unserem engen Partner und Verbündeten USA geltende Vertrauensprinzip, die Versicherung der amerikanischen Botschaft und die in die Verbalnoten neu aufgenommene Versicherung deutsches Recht einzuhalten sprechen dafür, mangels konkreter negativer Erkenntnisse die beantragten Befreiungen und Vergünstigungen zu gewähren. Angesichts des Medieninteresses ist jedoch damit zu rechnen, dass zumindest einige der anstehenden Notenwechsel spätestens bei Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt durch die Öffentlichkeit sehr kritisch hinterfragt werden.

Das heißt ja im Kern, dass man schon seit Murat Kurnaz konkrete Bedenken hatte hinsichtlich dieser Kontraktoren, dass man auch Maßnahmen getroffen hat, eben wie diese verlangten Zusicherungen, dass man sich kein klares Bild machen konnte und offenbar nicht in der Lage war, zu den tatsächlichen Tätigkeiten der Unternehmen - - aber dann auf Grundlage des Vertrauensprinzips doch gesagt hat: Okay, wir unterschreiben das. - Reicht das aus, bei all diesen Bedenken am Schluss zu sagen: Das Vertrauensprinzip und die Zusicherung der US-amerikanischen Seite, deutsches Recht zu beachten - - um in diesem Vorgang dann doch im Grunde im Blindflug, weil man die erbetenen Informationen auch seitens der Dienste nicht erhalten hat zu den Unternehmen, diese Einwilligung in diesem Notenwechsel zu geben? Oder wie wurde das im - -

Also, es wurde doch - also nicht so sehr vom AA, aber von anderen Ministerien - durchaus ja sehr, sehr kritisch diskutiert damals im Herbst, ob man das tun sollte. Hätte man da nicht noch eine vertiefte Prüfung tatsächlich durchführen müssen, wo man gesagt hätte: „Wenn man nicht die Angaben zu diesen Unternehmen, insbesondere diesen Analysten, bekommt, können die nicht auf diesen Notenwechsel aufgenommen werden“? Also, ich würde Sie gerne - - Also, wie gesagt, das ist jetzt die Abteilung 5. Aber da wird ja schon relativ deutlich: Kurnaz, Bedenken, wir kriegen nicht die wichtigen Informationen. Und am Schluss: Okay, aus Vertrauen machen wir es. - Reicht das?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, es ist ja auch nicht nur das Vertrauensprinzip. Es ist ja zunächst einmal so, dass diese Unternehmen ja auch rechtlich verpflichtet sind, hier deutsches Recht einzuhalten. - Das ist mal Punkt eins.

Dann haben die Amerikaner uns immer wieder versichert, zugesichert, dass dieses Recht hier eingehalten wird. Sie haben uns zugesichert, dass hier auch keine Erfassung von Daten durch diese Unternehmen stattfindet. Explizit: keine Erfassung von Daten durch diese Unternehmen. Explizite Zusicherung der Amerikaner, immer wieder.

Und dann haben wir eben auch diese Prüfung vorgenommen. Ja, Kurnaz. Ich meine, das zeigt ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch, dass wir da reagiert haben. Wir haben das gesehen, dass bei diesem einen Fall das so war. Dann haben wir diese entsprechende Klausel aufgenommen, weil wir das ja nicht noch einmal sehen wollten. So.

Und insgesamt, glaube ich, ist es so, dass wir natürlich nicht jeden einzelnen Mitarbeiter und jedes einzelne Unternehmen qua AA bis ins Letzte prüfen können. Aber da müssen wir den Aussagen unserer amerikanischen Partner irgendwo auch vertrauen können. Wir sprechen immer von einer vertrauensvollen Partnerschaft. Das setzt eben auch voraus, dass man dem Wort des anderen irgendwo vertraut. Und wenn die Amerikaner uns wieder und wieder, auch auf explizite Nachfrage, sagen: „Nein, es gibt keine Erfassung von Daten in Deutschland durch diese Unternehmen“, dann ist das etwas, das ja auch - - dem wir erst mal Glauben schenken. Das heißt ja nicht, dass wir dann auf weitere Prüfungen, das heißt ja nicht, dass die Länder dann auf weitere Kontrollen verzichten. Aber dass wir dann zunächst einmal nach all diesen Zusicherungen und nach den Prüfungen, die wir jetzt auch noch zusätzlich erweitert haben, sagen: „Also, das glauben wir denen, dass diese Unternehmen hier keine Daten in Deutschland erfassen“, ich glaube, das ist schon ein bisschen mehr als nur ein blindes Vertrauen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, es geht ja nicht nur um Datenerfassung, sondern auch um Analyse von Daten - nicht? Also, so Profilbildung und auch möglicherweise Verknüpfungen zum geheimen Krieg und Ähnliches. Aber ich will jetzt fragen: Hat sich seit Herbst 2013 da noch mal was geändert? Oder ist das immer noch der Stand?

Zeuge Jürgen Schulz: Sie haben eine Vorlage aus der Abteilung 5 zitiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann nur sagen: Im Herbst haben wir ja - das hatte ich schon erwähnt - diese zusätzliche Klausel aufgenommen, die wir jetzt auch in diesen Verbalnotenaustausch aufgenommen haben, in der sich auch die amerikanische Seite noch mal verpflichtet, alles

zu tun, damit diese Unternehmen, die für sie arbeiten, hier auch deutsches Recht einhalten. Das ist hinzugekommen. Das ist ein Punkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich frage das deswegen - - Also, das war jetzt im Dezember 2013.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bestimmte Vorgänge sind ja erst im Nachhinein auch öffentlich geworden. Wir haben diskutiert, zum Beispiel hier im Bundestag, darüber, dass wir nicht den Provider Verizon wollen, weil da offenbar Backdoors auch bestehen und Ähnliches mehr. Also, es hat sich ja seit Winter 2013 sozusagen diese ganze Debatte weitergedreht. Und möglicherweise gibt es ja auch neue Erkenntnisse. Wissen Sie oder können Sie uns sagen, ob sich da etwas geändert hat oder ob man weiterhin sagt: „Zusicherung und Vertrauen reichen uns“?

Zeuge Jürgen Schulz: Zusicherung, Rechtspflicht, Zusicherung, ja, Vertrauen auch, aber, wie ich auch schon sagte: Wir haben ja noch mal eine zusätzliche Prüfschleife auch eingezogen, dadurch dass jetzt noch mal die - - also BMI, BMVg und Bundeskanzleramt auch noch mal draufschauen auf diesen Verbalnotenaustausch, auf diese Tätigkeitsbeschreibung, gerade was die analytischen Tätigkeiten angeht. Also, das ist noch mal eine weitere - wie soll ich sagen - - ein weiteres Instrument, das wir hier eingebaut haben, um noch sicherer zu sein, dass hier keine Dinge passieren, die wir vielleicht nicht passieren sehen wollen. Also, insofern ist das ein Prozess. Ich glaube, wir haben uns - - wir haben dieses Verfahren angepasst. Wir haben auch gesehen, dass es da immer noch mehr Nachfragen gab, und wollen so sicher sein wie möglich, dass die amerikanischen Zusicherungen auch tatsächlich eingehalten werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln. - Da die Union keine Fragen im öffentlichen Teil mehr hat, gehen wir direkt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal ganz kurz zu diesem Helikopterflug am 09.09.2013. Also, das war eine mit dem Auswärtigen Amt nicht abgestimmte Maßnahme, die da erfolgt ist.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, muss ja auch nicht abgestimmt sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar muss das nicht abgestimmt sein. Manchmal ist es schön, wenn man Dinge abstimmt, auch wenn man es nicht muss. Hat man denn im Nachhinein darüber geredet?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir haben dann darüber Nachforschungen quasi angestellt, um zunächst einmal herauszufinden, was der Sachverhalt war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, im Nachhinein haben wir darüber geredet, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war der Sachverhalt?

Zeuge Jürgen Schulz: Sachverhalt ist, dass man im Rahmen einer routinemäßigen Überprüfung auch hier mal das GK Frankfurt überfliegen wollte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Routinemäßig - - Im Rahmen einer routinemäßigen Überprüfung heißt: Wir fliegen - - Also, das Bundesamt für Verfassungsschutz in Kooperation mit der Bundespolizei überfliegt häufiger Konsulate in Deutschland?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann Ihnen zur Praxis des Bundesverfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden nichts sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie haben gesagt: Im Rahmen einer Routine- -

Zeuge Jürgen Schulz: Sie haben ja mich gefragt, ob ich Nachforschungen - - Und da wurde mir gesagt, das sei halt ein Flug gewesen über das GK; solche Flüge würden regelmäßig routinemäßig stattfinden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das sei praktisch zufällig gewesen, dass das ausgerechnet da am 09.09.2013 erfolgt ist.

Zeuge Jürgen Schulz: Darüber haben wir nicht geredet, aber das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Worüber haben Sie denn geredet?

Zeuge Jürgen Schulz: Wir haben über den Sachverhalt geredet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war der Anlass dafür? Nichts. Routine.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, der Anlass war - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Routineerfassung aus dem Hubschrauber sozusagen.

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, der Anlass war, dass wir, wie ich schon gerade sagte, durch die US-amerikanische Botschaft darauf aufmerksam gemacht wurden. Wir waren im Vorhinein darüber nicht informiert. Daraufhin haben wir mit den Sicherheitsbehörden das aufgenommen und gesagt: Was war denn da? Was ist das? - Das ist der ganze Vorgang.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist eben die Frage, ob das der ganze



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorgang ist. Ich habe dem Auswärtigen Amt oder ich habe der Bundesregierung in der Zeit eine Frage gestellt bezüglich dieses Überflugs, die auch beantwortet worden ist. Da ging es vor allen Dingen darum, wie viele Leute da arbeiten, in diesem Generalkonsulat. Da gab es große Diskrepanzen zwischen der angegebenen Zahl der Leute, die da arbeiten, und den tatsächlichen Zahlen. Können Sie uns dazu vielleicht etwas sagen?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich kann Ihnen aus dem Stand, aus dem Stegreif nicht sagen, wie viele US-Amerikaner in Frankfurt arbeiten. Ich kann Ihnen aber sagen - aus vielen Gesprächen mit amerikanischen Partnern -, dass die Zahl ziemlich hoch ist, dass die Zahl aber deswegen hoch ist - - Das sind mehrere Hundert Personen aus meiner Erinnerung heraus. Das hat aber auch den Grund, dass die Amerikaner das Generalkonsulat Frankfurt als quasi logistische Drehscheibe für alle US-Vertretungen in ganz Europa benutzen. Insofern ist das GK Frankfurt ein bisschen größer als die meisten anderen Generalkonsulate.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber müssen trotzdem sozusagen die Mitarbeiter gemeldet werden?

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also Mitarbeit - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gab es da eine Diskrepanz zwischen der gemeldeten Zahl und der tatsächlichen?

Zeuge Jürgen Schulz: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, okay. Na gut. - Ich habe noch mal eine Frage bezüglich dieser interessanten - - also, der Diskussionen - und Sie haben sich ja damit offensichtlich intensiv auseinandergesetzt - und der Frage, ob deutsches Recht eingehalten wird - auch aus Sicht der Amerikaner - bei dem, was die USA hier machen, auch zusammen mit dem Bundesnachrichtendienst. Gibt es im Hinblick auf

das NATO-Truppenstatut oder auf andere Geheimabkommen irgendwie, ich sage mal, Möglichkeiten des Missverständnisses, dass eventuell die Amerikaner glauben, zu mehr befugt zu sein, als jetzt das Auswärtige Amt ihnen zugestehen wollte? Haben Sie über so was mit den Amerikanern diskutiert? Also, haben die mal dargelegt, wenn die sagen - - ja, hier:

Any joint operation conducted by
NSA and the German Intelligence
Service has been in accordance
with German and U.S. law*

Haben Sie mal gesagt: Erklärt uns das mal juristisch, wie - - Worauf beruft ihr euch denn?

Zeuge Jürgen Schulz: Nein, die Amerikaner sind ja verpflichtet, in Deutschland deutsches Recht einzuhalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag sein, trotzdem - - Herr Schulz.

Zeuge Jürgen Schulz: Insofern ist das ja eine Bestätigung dessen, was schon eine Rechtspflicht ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dafür, dass es eine Rechtspflicht ist, haben Sie, glaube ich, auch viele Gespräche in den letzten Jahren über dieses Thema geführt. Also, deswegen bitte ich Sie, das zu beantworten: War das mal Thema, und haben die Amerikaner mal mit dem Gesetz in der Hand oder irgendwie erläutert, worauf sie sich berufen, dass sie denken, dass sie sich an deutsches Recht halten?

Zeuge Jürgen Schulz: Ich habe solche Diskussionen nicht geführt. Ich bin sicher, dass meine Kollegen in der juristischen Abteilung solche Diskussionen auch geführt haben. Aber ich weiß aus meinen nicht juristischen Diskussionen mit Amerikanern, dass es völlig klar ist, dass wir über dieselben Rechtsgrundlagen reden. Also, das NATO-Truppenstatut zum Beispiel für die US-Streitkräfte hier in Deutschland ist die Rechtsgrundlage. Und das NATO-Truppenstatut

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BK-1/2j, Blatt 18.



Nur zur dienstlichen Verwendung

besagt eindeutig und glasklar, dass die Gaststreitkräfte sich an das Recht des Gaststaates zu halten haben. Und darüber gibt es auch gar keinen Dissens mit den Amerikanern. Insofern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie, dass es darüber keinen Dissens gibt.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, das weiß ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl Sie bei den Gesprächen nicht dabei waren. Also, wir müssen nicht extra die Hausjuristen des AAs laden, weil die das eventuell anders diskutiert haben, sondern Sie wissen: Die Amerikaner gucken da genauso drauf wie - -

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, also, ich kann Ihnen sagen, ich bin - das ist schon ein paar Tage her - - ich war dabei, als die Revision des NATO-Truppenstatuts verhandelt worden ist. Das war anno 1992. Da haben die Amerikaner sehr, sehr intensiv mit uns diese Revision des NATO-Truppenstatuts diskutiert. Und schon aus diesem ganz anderen Kontext ist mir klar, wie ernst sie das nehmen, wo um jede Kleinigkeit, um jedes Komma, um jeden Punkt gerungen worden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Schulz: Also, das ist etwas, was auch unsere amerikanischen Freunde, die ja auch ein Rechtsstaat sind - - die nehmen das auch sehr ernst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das brauchen Sie nicht so zu betonen. Das ist mir völlig bewusst, und ich teile das inhaltlich auch. Trotzdem ist natürlich eine interessante Frage, wenn man sozusagen sich das gegenseitig versichert und jahrelang über diese Frage diskutiert, ob man denn sozusagen vor demselben rechtlichen Hintergrund argumentiert. Und Sie sagen: Ja, das tut man.

Zeuge Jürgen Schulz: Ja, ich weiß, dass die Amerikaner, wenn wir über die Anwendung oder den

Respekt des deutschen Rechts in Deutschland sprechen, dass sie hier keine andere Auffassung haben als wir und dass sie auch keine anderen rechtlichen Vorstellungen ins Feld führen, dass sie nicht sagen: Wir sagen das Gleiche, aber wir meinen etwas anderes. - Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie mir vielleicht doch noch mal erklären, Herr Schulz, warum es nicht zu einem - drolliger Titel hin, drolliger Titel her - No-Spy-Abkommen gekommen ist.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich fürchte, das kann ich Ihnen nicht abschließend erklären. Aber vielleicht hat das ja auch, hat das ja jetzt - - Es kann ja viele Gründe haben. Ich kann es - - Wie gesagt, ich habe auch keine Einblicke in die Motivlage der Amerikaner. Ich kann Ihnen das nicht abschließend beantworten. Aber es liegt ja nahe, dass, wenn zum Beispiel die Amerikaner ein solches Abkommen mit einem Staat schließen würden, vielleicht auch viele andere Staaten dieser Welt ein ähnliches Abkommen schließen möchten und dass die Amerikaner schon aus diesem Präzedenzgesichtspunkt heraus vielleicht sich dafür entschieden haben. Aber wie gesagt: Abschließend kann ich Ihnen nicht sagen, warum sich die Amerikaner am Ende dagegen entschieden haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich glaube, die Fraktion der SPD hat auch keine Fragen im öffentlichen Teil mehr, sodass wir wieder bei der Fraktion Die Linke wären. - Frau Kollegin Renner hat auch keine Fragen mehr. - Wenn wir keine Fragen mehr hätten, die im öffentlichen Teil gestellt werden können - ich gucke noch mal in die Runde -, dann sind wir am Ende der Befragung im öffentlichen Teil. Und jetzt frage ich mal: Gibt es Fragen, die im nicht-öffentlichen oder eingestuften Teil gestellt werden sollten? - Ich sehe, das ist auch nicht der Fall.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie uns so lange Rede und Antwort gestanden haben. Wir wären am Ende Ihrer Vernehmung.

Am Ende der Vernehmung sage ich immer die gleichen Sätze: Ihnen wird ein Protokoll zugestellt, sobald es fertiggestellt ist. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Ergänzungen oder Korrekturen vorzunehmen und uns das Protokoll dann zurückzusenden. Ich wünsche Ihnen einen schönen Restabend noch und einen guten Nachhauseweg. Und nochmals herzlichen Dank, dass Sie für eine so lange Befragung zur Verfügung gestanden haben.

Zeuge Jürgen Schulz: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön.

Zeuge Jürgen Schulz: Ich danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Ich schaue mal gerade. Wir sind damit auch am Ende der öffentlichen Vernehmung insgesamt. Ich bedanke mich daher an dieser Stelle bei der Öffentlichkeit, dass Sie auch heute wieder dem Untersuchungsausschuss beigewohnt haben. Und wir ziehen jetzt um in den Raum, wo wir immer nichtöffentlich und eingestuft tagen, und setzen dann unsere Zeugenvernehmung weiter fort mit unserem Zeugen A. Sch.

Die Sitzung ist für den Umzug, ich sage mal, für gut 15 Minuten unterbrochen. - Danke schön.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 18.50 Uhr -
Folgt Sitzungsteil
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich)

ANLAGE 1



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ja. - Entschuldigung, Herr Ströbele. - Also, ich bin Diplomingenieur für Luft- und Raumfahrttechnik, habe in der Industrie gearbeitet, wurde vom BND angeschrieben, ob ich für sie arbeiten will, bedingt durch meine Ausbildung. Habe in der Zeit dann die ersten 15 Jahre in der Auswertung gearbeitet, habe dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das, als Sie Ihr Studium abgeschlossen haben und vom BND angeschrieben wurden?

Zeuge H. K.: Ist das wirklich wichtig?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist wichtig, weil es um die fachliche Expertise geht. Wenn das 1912 gewesen ist, ist das was anderes von der Erkenntnis her, die Sie haben, als wenn es 1980 war.

Zeuge H. K.: Mit 1912 hätte ich mich gut gehalten. - 84.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 84. Danke schön. - Es geht mir jetzt also nicht darum, Ihr privates Leben auszuforschen, sondern um die Fragen, die wir hinterher stellen können. Deswegen frage ich auch nach Ihrer Ausbildung. Wenn Sie ein Jurist sind, dann sind das andere Fragen, als wenn Sie ein E-Techniker sind oder ein Nachrichtendienstler, der früher bei der Telekom gearbeitet hat. Das sind so Hintergrundfragen; deswegen.

Zeuge H. K.: Ich habe ja, wie schon gesagt, bis 2001 in der Auswertung gearbeitet, habe dann zur technischen Aufklärung gewechselt und bin dort seit diesem Zeitpunkt tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also von 1984 ununterbrochen bis 2001 in der Auswertung.

Zeuge H. K.: Nein, 85 habe ich erst beim - - Ich wurde angeschrieben 84, und es hat noch eine Weile gedauert, bis ich -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - die Einstellung erfolgte.

Zeuge H. K.: - mich dann durchgerungen hatte, für unseren Verein zu arbeiten, und ich kam dann zum 1. April 85 zum Bundesnachrichtendienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dann, ab 85, kontinuierlich in der Auswertung?

Zeuge H. K.: Ja, bis 2001.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Abteilung TA ist das dann?

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein. Auswertung ist was anderes -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sagen Sie es mir.

Zeuge H. K.: - als technische Aufklärung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, in welcher Abteilung waren Sie dann, wenn Sie nicht TA waren?

Zeuge H. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In welcher Abteilung waren Sie dann, wenn es nicht TA war?

Zeuge H. K.: Die heißt jetzt TB. *W*

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: TB. - Waren Sie in der Zeit, also bis 2001, zeitweise in den USA?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja?

Zeuge H. K.: Ja, regelmäßig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Regelmäßig. - Aber jetzt nicht im Sinne von einem längeren, mehrmonatigen Aufenthalt? Das war dann zu Besuchen?

Zeuge H. K.: Nur zu Besprechungen, wenige Tage bis zu wenigen Wochen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu nah, glaube ich nicht; eher zu weit.

Zeuge H. K.: T1E ist für die Erfassung von Kabeleinsätzen in Deutschland zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kabeleinsätzen in Deutschland?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie mit T1E zusammengearbeitet und Rohdaten ausgetauscht?

Zeuge H. K.: Nein. Ich war ja Referatsleiter bei T1E von 2009 bis 2010, und wir hatten, als ich bei T1E war, in diesem ein bisschen mehr als einem Jahr überhaupt keinen Kontakt zu den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu anderen, bitte was?

Zeuge H. K.: Überhaupt keinen Kontakt zu den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Ich hatte jetzt eigentlich nach T1E gefragt.

Zeuge H. K.: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach, das sind die Amerikaner?

Zeuge H. K.: Nein, nein. T1E ist für die Einsätze in Deutschland zuständig. Und in der Zeit, als ich Referatsleiter T1E war, hatte ich keinen Kontakt zu amerikanischen Dienststellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe gar nichts mit Amerikanern gefragt. Vielleicht habe ich mich da nicht - -

Zeuge H. K.: Ja, gut, okay. Ja, sorry.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe noch die Zeit - - Im Grunde ging es mir -

Zeuge H. K.: Ich habe doch auch - - Sorry.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - um den Austausch zwischen T2C und T1E.

Zeuge H. K.: Also Austausch T2C und T1E ist: T1E erfasst Routinemeldungen, auch G 10 dann, und liefert die Ergebnisse, also die Erfassungen, an T2C.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Kabeleinsätze?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das wollte ich nur wissen, ob das, was am Kabel erfasst wird, dann auch ausgetauscht wird. - Warum macht T1E das nicht völlig autark? Was ist der Grund dieses BND-internen Datenwanderns?

Zeuge H. K.: Weil T1E eigentlich nur erfasst und die entsprechende Bearbeitung der Nachrichten bzw. die Umsetzung dann zu Meldungen dann bei T2C erfolgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge H. K.: Weil sonst müsste man hingehen und müsste dann den Apparat T1E ganz anders gestalten, was vom Aufwand her - - ja ein Aufwand wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, T2C hat mehr Manpower, Womenpower, wie auch immer, um entsprechende Meldungen auch dann erstellen zu können?

Zeuge H. K.: T2C hat die entsprechende Nachrichtenbearbeitungskompetenz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ohne dass Sie da jetzt in Details gehen müssen; nur dass ich halt dieses Zusammenspiel so ein bisschen verstehe. - Und T1E hat im Endeffekt das nicht, erfasst nur am Kabel?

Zeuge H. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und T1E erfasst nur am Kabel und hat sonst keine Auswertekompetenz - oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Metadaten in dieser Datenbank stehen: Sie brauchen ein Ergebnis. Also, das interessiert auch keinen Nachricht**enbearbeiter**.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, für uns ist es nicht irrelevant, weil wir ja hier der These der anlasslosen Massenüberwachung nachgehen; deswegen frage ich. - Ich würde noch gerne wissen: Die Metadaten, die in die Datenbank einlaufen, sind das nur Metadaten, die über Erfassungsmaßnahmen des BND gewonnen werden? Oder sind das auch Metadaten, die andere erfassen?

Zeuge H. K.: Nein, soweit ich weiß, sind es nur Metadaten, die wir erfassen, weil - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sicher?

Zeuge H. K.: Ja, was heißt „sicher“? Wir sind die Anwender dieser Metadaten; wir stellen die nicht ein. Und da müssten Sie halt irgendjemanden von den Erfassungsstellen fragen, wo genau die Metadaten herkommen, weil die T2C-Leute, die Nachrichtenbearbeiter in T2C, ziehen diese Daten aus der Datenbank raus und machen entsprechendes „call chaining“.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn man mit der Datenbank arbeitet, muss man doch wissen, woher die Daten kommen, um auch im Endeffekt die Nachricht beurteilen zu können.

Zeuge H. K.: Ja, von unseren Erfassungsstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Und stammen diese Daten alle aus Erfassungsmaßnahmen des BND oder auch von Erfassungsmaßnahmen Dritter? Das muss man doch als Nachrichtbearbeiter wissen, woher der Kram stammt.

Zeuge H. K.: Aus meiner Sicht stammen die alle von uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie, also - -

Zeuge H. K.: Soweit ich weiß, soweit mir bekannt ist, sind die von uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Metadaten in der Datenbank: Werden die ausgeleitet an Dritte?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht - -

Zeuge H. K.: Also, wenigstens nicht von T2C.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht von T2C. Von wem dann?

Zeuge H. K.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen es nicht. Sie leiten nicht an Dritte aus.

Zeuge H. K.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Leiten Sie die Nachrichten an Dritte aus?

Zeuge H. K.: Es gibt Situationen, bei denen bestimmte Nachrichten, bestimmt durch Kooperationen - nicht Nachrichten, Meldungen dann -, an andere Staaten weitergegeben werden, weil bestimmte Kooperationsverbünde existieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Werden diese Daten automatisiert weitergegeben?

Zeuge H. K.: Nein. Das ist alles nur - - immer Einzelfall.

Martina Renner (DIE LINKE): Individuell.

Zeuge H. K.: Immer individuell.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Begriff „Rohmaterialaustausch“?

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo findet der statt?

Zeuge H. K.: Der läuft - - die Erfassung läuft bei den Außenstellen. Das Rohmaterial wird von den Außenstellen erfasst und wird an die entsprechenden Kooperationsländer über die Zentrale weitergeleitet.

ANLAGE 2

Tel.: +49 (0)30 1817 [REDACTED]
Fax: +49 (0)30 181 [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@auswaertiges-amt.de
Internet: www.auswaertiges-amt.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: 2-B-1 Schulz, Juergen

Gesendet: Mittwoch, 9. Dezember 2015 18:27

An: 011-33 [REDACTED]

Betreff: WG: 1.UA_18WP: vorläufiges Stenographisches Protokoll der 77. Sitzung (77 I) - öffentlich -
Wichtigkeit: Hoch

Liebe Frau Lehmann,

ich bitte um folgende Änderungen im Stenographischen Protokoll:

Seite 45: Streiche: Frau "Ivanovic"; Ersetzen durch: Frau "Yovanovich"

Seite 51: Streiche: was "der" Snowden veröffentlicht hat; Ersetzen durch: was "Herr" Snowden veröffentlicht hat

Seite 53: Streiche: uns war damals wichtig, dass wir "Zusicherung" von amerikanischer Seite bekommen. Ersetzen durch: "Zusicherungen"

Seite 53: Streiche: klare Meinung zu der Frage gab, wie das in "ihren" Abkommen zwischen den Diensten..; Ersetzen durch: "einem"

Seite 53: Streiche: Wir wollten "Zusicherung" von amerikanischer Seite; Ersetzten durch: "Zusicherungen"

Seite 57: Streiche: nicht nur " " geflogen werden "(sic)", sondern eben auch nicht durchgeführt; Einfügen: nicht nur "nicht" geflogen werden. Streiche: "(sic)".

Seite 72: Streiche : ein deutlich "sicheres" Internet. Ersetzen durch: "sichereres"

Seite 73: Streiche "Pfizer Act(?)". Ersetzen durch: "FISA Act".

Seite 95: Streiche offene "Flugschrauber (sic!)". Ersetzen durch: "Hubschrauber".

Gruß,

Jürgen Schulz